



LANDKREISTAG KOMPAKT

MITTEILUNGEN DES BAYERISCHEN LANDKREISTAGS

Ausgabe Nr. 4/2018



Die bayerischen Landrätinnen und Landräte in Berlin:
Gemeinsam für den ländlichen Raum

(Foto: Bundesregierung / Steffen Kugler)

LANDRÄTETAGUNG S. 6

GRUNDSTEUER – BUNDESVERFASSUNGSGERICHT FORDERT RASCHE
REFORM BIS 31.12.2019 S. 14

AUSLAUFEN DER ERHÖHTEN GEWERBESTEUERUMLAGE
AB 2019 BZW. 2020 S. 15

**Editorial** 4**Landrätetagung 2018**Starke Stimme im Bund: die bayerischen Landrätinnen und Landräte
unterwegs in Berlin 6**Aktuell**Grundsteuer – Bundesverfassungsgericht fordert rasche Reform
bis 31.12.2019 14Auslaufen der erhöhten Gewerbesteuerumlage ab 2019 bzw. 2020
Beendigung der Mitfinanzierung der Deutschen Einheit durch die
Kommunen ab 2020 nach 25 Jahren 15Präsidium des Bayerischen Landkreistags ruft im Fall des „Nuxit“ zu
Geschlossenheit auf: Doppelstrukturen vermeiden, Kosten sparen, Bürger
entlasten 16

Sicherer Messenger für die bayerischen Landrätinnen und Landräte 17

1000 Schulen für unsere Welt – Kommunale Spitzenverbände starten
Gemeinschaftsinitiative 19**Zeichen gegen das Vergessen**

13 Führerscheine – Dreizehn jüdische Schicksale im Landkreis Lichtenfels 20

Energie und Klimaschutz

Klimafrühling Oberland: Bühne für den Klimaschutz 24

Nachahmen ausdrücklich erwünscht: das Klimaschutzkonzept des Landkreises
Freyung-Grafenau 26Landkreis Berchtesgadener Land als Europäische Energie- und Klimaschutz-
kommune ausgezeichnet 29

Adaptiv. Innovativ. Nachhaltig. Der Klimaschutz im Landkreis Kulmbach 30

Alternative Mobilität

Radwegekonzept im Landkreis Fürstentfeldbruck 33

#BUSFAHREN – Landrat Tritthart stellt Imagekampagne für den
ÖPNV vor 34

Modellversuche für den Radverkehr in Bayern 35

Startschuss für das Mietradsystem im Landkreis München gefallen 37

Kräftiger Schub für den Zugverkehr im Großraum Ulm/Neu-Ulm 38

Impressum:**Herausgeber:**Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Telefon (089) 286615-0

Telefax (089) 282821

info@bay-landkreistag.de

www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen LandkreistagsSarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**Herstellung:**Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach



Haus der bayerischen Landkreise

FREIE WÄHLER stellen Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund auf 13 % in Aussicht	40
Neue Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise: „Naturparke in Bayern“	41
Haus der bayerischen Landkreise öffnet im Rahmen der Langen Nacht der Architektur am 18. Januar 2019 seine Türen	43
Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landkreises Konstanz in München	43
Erfolgreiche Praxistage 2018 des Bayerischen Innovationsrings	44
„Radverkehr in der Stadt – Zeitgemäße Mobilität“: ADFC-Mittagsgespräch	48

Aus den Landkreisen

Yoga in der Mittagspause und ohne Hetze zum Hort im Landkreis Regensburg	48
Workshop für Medizinstudenten, Demenzwegweiser und Infomappe – die Gesundheitsregion plus Passauer Land bewährt sich	50
Gesundheitliche Chancengleichheit für alle im Landkreis Miltenberg	52
App „Integreat“ für Migrantinnen und Migranten im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen	53
Die Einführung der elektronischen Akte im Landratsamt Mühldorf am Inn	54
Der Landkreis Pfaffenhofen rüstet sich für die digitale Zukunft	56
Möglichkeiten der internen Führungskräftequalifizierung: Masterstudiengang Public Management – Rückblick einer Absolventin ..	59

Personalien	61
--------------------------	----

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags
Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Herstellung:

Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns allen liegt ein herausforderndes Jahr. In Land und Bund war mit dem Schmieden von Koalitionsverträgen und der Bildung neuer Regierungen einiges los. Es wurde viel geredet, viel debattiert, viel gestritten, beschwichtigt, versöhnlichere Töne angeschlagen und schließlich schwor man sich wieder auf das Gemeinsame ein. Die Resonanz bei unseren Bürgerinnen und Bürgern war entsprechend. Trotzdem – und das sollte man nie vergessen – gehört auch eine ordentliche Streitkultur zur Demokratie und damit zu unserer Gesellschaft dazu. Ein jeder von uns hat seine eigenen Wertevorstellungen und Erfahrungen. Diese auf einen für alle akzeptierbaren Nenner zu bringen, ist harte Arbeit und gelingt nicht immer. Dennoch müssen Entscheidungen getroffen werden. Denn wir brauchen Wege, Richtungen und Ergebnisse.

Die Weihnachtsfeiertage geben vielen die Möglichkeit, einmal innezuhalten und über das Gewesene, aber auch das, was noch kommt, nachzudenken. Was zählt wirklich im Leben? Was ist uns wichtig? Wie geht es den Menschen, die uns nahe stehen? Auf was kommt es eigentlich an? Kann man sich selbst und den anderen einmal eine Verschnaufpause gönnen und die Dinge gut sein lassen?

In unseren Landkreisen geht es mehrheitlich „harmonisch“ zu. Parteibücher spielen grundsätzlich keine Rolle. Eine starke Zukunft unseres ländlichen Raumes eint uns. Aber auch hinter 71 Landkreisen stehen 71 vielfältige Interessen und 71 Köpfe, die erst einmal für ihre Leute „daheim“ verantwortlich sind. Nicht immer ist jeder von einem Thema gleich betroffen. Den einen drückt sein Krankenhaus, den anderen die Mobilität. Ungeachtet dessen ist es uns in den zurückliegenden Jahren immer wieder gelungen, mit einer Stimme zu sprechen. Unsere gemeinsame Haltung hat uns stark gemacht. Das ist das, was zählt!

Man kann sich nie sicher sein, was ein neues Jahr bringen wird. Und doch wissen wir schon heute, dass Ereignisse vor uns liegen, mit denen sich noch viele Geschichtsbücher befassen werden. Den Austritt eines „Nachbarstaates“ aus der Europäischen Union hätten wir uns bis dato nicht vorstellen können. Was schon vor vielen Jahren begann und nicht wirklich (be-)greifbar war, wird im Jahr der Europawahl Realität werden. Die europäische Idee hat Teile der Briten nicht mehr überzeugen können. Die Europäische Union ist nicht



**Landrat Christian Bernreiter
Deggendorf
Präsident des Bayerischen Landkreistags**



**Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags**

perfekt. Vielen ist sie zu weit weg, zu techno- und bürokratisch. Andere empfinden die Lasten, aber auch den Nutzen zu ungleich verteilt. Und dennoch sind wir alle Teil davon.

Gerade auch in der Bundesrepublik verdanken wir dem europäischen Integrationsprojekt einiges. Als Exportnation profitieren wir unter anderem vom freien Warenverkehr. Nach dem Zweiten Weltkrieg



wurden wir durch Europa wieder Teil einer Wertegemeinschaft und die Idee des Friedens ist in unserer Mitte fest verankert.

In einer Welt, die immer mehr bietet und gleichzeitig mehr verlangt, wird es zunehmend schwieriger das wertzuschätzen, was man bereits erreicht hat. Alles was wir heute haben, ist aber nicht so selbstverständlich wie es uns die „Gewöhnung“ vorgaukeln mag. Im Bereich der Fachkräftesicherung klagen mittlerweile die verschiedensten Branchen. Überall werden händelnd Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht. Das ist zunächst einmal ein Problem, auf das Politik und Wirtschaft Antworten finden müssen. Das wird nicht einfach.

Andererseits aber sind die Arbeitsmarktlage und die andauernde Beschäftigungssituation ein Segen. Es gab in der Vergangenheit Jahre, in denen die wirtschaftliche Lage so schlecht war, dass sehr viele Menschen keine Arbeit hatten. Existenzen ganzer Familien waren gefährdet. Die Auswirkungen spüren gerade viele Ältere bis heute.

Menschen müssen auch einmal etwas vergessen dürfen. An was sie sich allerdings immer erinnern müssen,

sind ihre Werte. Unsere Verfassung und unser Grundgesetz sind ein überzeugender Kompass. Teilhabe an unserer Gesellschaft, ein würdiges Leben, Freiheit und Gerechtigkeit müssen jedermann möglich sein. Gewalt und Feindlichkeit sind nicht tolerabel. Nicht nur wir Landkreise oder das Land und der Bund müssen dafür einstehen, sondern wir alle.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir ein christlich soziales Wertefundament haben. Nicht nur zu Weihnachten, sondern das ganze Jahr müssen wir daran denken. Und dass es viele Menschen und Anstrengungen benötigt, damit es uns so gut wie heute geht und noch einmal mehr Menschen und Einsatz braucht, dass auch diejenigen, denen es heute noch nicht so gut geht, eine Perspektive haben.

Das turbulente 2018 liegt in seinen letzten Zügen. Sie wissen selbst am besten, dass ruhige Zeiten längst eine Ausnahme vom „gewöhnlichen“ Alltag sind. Die Welt entwickelt sich rasend und mit ihr unsere Aufgaben. Das wird auch im neuen Jahr nicht anders. Wir wünschen Ihnen deswegen, dass Sie die heiligen Tage im Kreise Ihrer Lieben verbringen können und mit bester Gesundheit ins neue Jahr rutschen!

Ihr

Christian Bernreiter

Ihr

Dr. Johann Keller

Starke Stimme im Bund: die bayerischen Landrätinnen und Landräte unterwegs in Berlin

Vieles, was direkten Einfluss auf das Leben und die Rahmenbedingungen in den bayerischen Landkreisen hat, wird in Berlin entschieden. Da die Kommunen aber mit Blick auf ihre besondere Nähe zum Bürger nicht nur das umsetzen wollen, was andere beschließen, sondern auch bereits vor geplanten Gesetzesinitiativen und Projekten ihr kommunales Know-how einbringen möchten, ist der regelmäßige Austausch mit den Verantwortlichen vor Ort unerlässlich. Entsprechend fand die letzte Landrätetagung nicht wie sonst üblich in einem der 71 bayerischen Landkreise, sondern in Berlin statt. Rd. 60 Landrätinnen und Landräte haben drei Tage lang mit den höchsten Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und dem Bundestag um die besten Lösungen für Bayerns Landkreise gerungen.

Reform der Grundsteuer

Los ging es im Bundesministerium der Finanzen. Die Kommunen finanzieren einen großen Teil ihrer Aufgaben und damit ihren Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Bayerns aus eigenen Steuereinnahmen, aus ihrem Anteil an wichtigen Steuerquellen und über den kommunalen Finanzausgleich, für den der Freistaat zuständig ist. In zahlreichen Fragen sind sie auf eine kommunalfreundliche (Finanz-)Politik des Bundes angewiesen. Mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz haben sie deswegen intensiv das neue Grundsteuer-Modell, das Ende der kommunalen Mitfinanzierung der Deutschen Einheit und die vom Bund geplante Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand ab 1.1.2021 diskutiert.

Die heutige Grundsteuer muss bis Ende 2020 reformiert werden, ansonsten ist sie verfassungswidrig. Für die Kommunen ist das deswegen so brisant, weil die Einnahmen aus der Grundsteuer eine unverzichtbare kommunale Finanzierungsquelle sind. Allein für Bayern betragen die Einnahmen aus der Grundsteuer 1,8 Mrd. €. Bundesweit sind es 14 Mrd. €.

Problem der aktuellen Grundsteuer ist, dass diese auf der Grundlage veralteter Werte (1.1.1935 (Ost) bzw. 1.1.1964 (West)) berechnet wird. Zum zukünftigen Grundsteuer-Modell gibt es unterschiedliche Haltun-

gen. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen favorisieren das Flächenmodell, das die Wohn- und Grundstücksfläche bei der Berechnung heranzieht. Daneben gibt es noch das Bodenwert-Modell und das Kostenwert-Modell.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat den bayerischen Landkreisen bei ihrem Besuch in seinem Ministerium die Unterstützung einer kommunal- und bürgerfreundlichen Lösung gleichermaßen garantiert. Dies würde bedeuten, dass die Kommunen auch weiterhin mit den bisherigen Einnahmen rechnen könnten.



Die bayerischen Landrätinnen und Landräte im Gespräch mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz am 9. Oktober 2018 (Bildquelle: Florian Gaertner, photothek.net Fotoagentur GbR/BMF)

Ende der kommunalen Mitfinanzierung der Deutschen Einheit

Auch an anderer Stelle ist Druck im Kessel. Über die erhöhte Gewerbesteuerumlage finanzieren die Kommunen seit 25 Jahren die Deutsche Einheit mit. 2020 soll damit Schluss sein und die bayerischen Kommunen um mehr als 800 Mio. € pro Jahr entlastet werden. Bundesweit sind es 3,5 Mrd. €. Diese Mittel werden vor Ort dringend für Schulen, Kindertageseinrichtungen, Krankenhäuser, ÖPNV-Investitionen und Straßen gebraucht. Gegenüber Bundesfinanzminister Scholz haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte ihrem Unmut über die Bestrebungen einzelner Bundesländer, von diesem Ende abzurücken, Luft gemacht. Sie sind dabei auf offene Ohren gestoßen und haben nicht nur das geltende Recht auf ihrer Seite – denn in Art. 6 des Solidaritätsgesetzes vom 20.12.2001 (BGBl S. 3955) wurde das gesetzliche Ende der erhöhten Gewerbesteuerumlage ab 2020 bereits fixiert – sondern auch im Bundesfinanzministerium einen gewichtigen Fürsprecher.



Umsatzsteuerpflicht der Kommunen

Auch die ab 2021 voraussichtlich geltende Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand wurde mit dem Bundesfinanzminister diskutiert. Wenn die Kommunen ihre hoheitliche Gewalt ausüben, sind sie nicht steuerpflichtig. Anders sieht dies schon heute aus, wenn sie wirtschaftlich tätig werden. Mit dem ab 1.1.2021 geltenden Umsatzsteuergesetz würde die kommunale Steuerpflicht noch weiter ausgeweitet werden. Hilfsgeschäfte (Verkauf von Kopien, Mobiliar, Fahrzeugen), wettbewerbsrelevante hoheitliche Tätigkeiten (Überlassung von Parkplätzen), Tätigkeiten im Rahmen von nicht begünstigten Beistandsleistungen und Tätigkeiten mit geringem Umfang sollen steuerpflichtig werden. Das trifft vor allem auch die bisherige Zusammenarbeit der Landkreise mit den örtlichen Sportvereinen. Diese konnten bisher gegen eine Miete die Schulsporthallen für ihre Zwecke nutzen – eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Denn so wurden die Hallen rund um die Uhr genutzt. Die Kommunen wurden dabei nicht umsatzsteuerpflichtig, wenn sie Einnahmen von 35.000 € jährlich nicht überschritten. Mit dem neuen Umsatzsteuergesetz soll diese Grenze jetzt aber auf 17.500 € gesenkt werden. Damit werden die Kommunen umsatzsteuerpflichtig und ein enormer Verwaltungsaufwand in den Landratsämtern, aber auch in den Finanzämtern ausgelöst.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz versprach, eine Rückkehr zur Grenze von 35.000 € zu prüfen. Die Landräte vertrauen bei seiner Entscheidung auf seine eigene langjährige kommunale Erfahrung und damit das Wissen um die Bedeutung der Vereine für ein buntes gesellschaftliches Zusammenleben.



Landkreistagspräsident Christian Bernreiter (links) mit Bundesminister Olaf Scholz (Bildquelle: Florian Gaertner, photothek.net Fotoagentur GbR/BMF)

Erhalt der medizinischen Grund- und Regelversorgung in der Fläche

Von den übergeordneten Ebenen die Mittel zu bekommen, die für die Erledigung der kommunalen Aufgaben unerlässlich sind, ist gerade im medizinischen Bereich ein Dauerthema. Nicht refinanzierte Tarifsteigerungen im Personalbereich und Gesetzesinitiativen, welche zu Lasten des ländlichen Raumes gehen, sind nicht nur ein Ärgernis, sondern eine echte Gefährdung. Hinzu kommen immer größere Schwierigkeiten, die Mitarbeiter in der Pflege, aber auch im ärztlichen Bereich, überhaupt noch zu finden. Bereits in den zurückliegenden Jahren haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte deswegen alle zur Verfügung stehenden Kräfte mobilisiert, um die Versorgung in der Fläche vor dem Schlimmsten zu bewahren. Umso wichtiger war es ihnen, am 9. Oktober mit dem Bundesgesundheitsminister in den direkten Dialog treten zu können.

Dieser nutzte seinerseits den Termin ebenfalls, um für seine Positionen zu werben. Was ihn mit den bayerischen Landkreisen eint, ist das Streben nach einer bestmöglichen Qualität für die Patienten. Die Landkreise wollen dabei eines nicht: „einen einzigen“ von Berlin auferlegten Weg, ohne die jeweiligen Besonderheiten in 16 verschiedenen Ländern zu beachten. Zum Verdross der kommunalen Vertreter gingen in jüngster Zeit viele Beschlüsse aus Berlin zu Lasten der kleineren Häuser, die gerade in Bayern für die Grund- und Regelversorgung in der Fläche entstehen. So wurden unter anderem Mengenaspekte, also die Anzahl der medizinischen Fälle, mit der Qualität gleichgesetzt. Der Bundesminister räumte aber ein, dass Qualität durchaus auch in kleineren Häusern erreicht werden kann. Er bekannte sich, bei der im kommenden Jahr erneut anstehenden Qualitätsdiskussion nicht pauschal zwischen großen und kleinen Krankenhäusern unterscheiden und Kriterien entwickeln zu wollen, die nachvollziehbar und auch messbar sind.

Auch bei der Kosten-Erlös-Schere gab es Klärungsbedarf. Viele Krankenhäuser leiden seit Jahren unter der Finanzpolitik der Krankenkassen. Diese bilden Tarifsteigerungen im Personalbereich nicht in den Budgets der Häuser ab. Entsprechend starten diese in jedes neue Haushaltsjahr bereits mit roten Zahlen. Nicht nur im Koalitionsvertrag war die vollständige Refinanzierung enthalten gewesen, sondern Bundesgesundheitsminister Spahn hatte dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags im Frühsommer zudem zu-



Die bayerischen Landrätinnen und Landräte mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, MdB, am 9. Oktober 2018 (Bildquelle: BMG)

gesichert, zukünftig die Tarifsteigerungen refinanzieren zu wollen. Im Oktober bekannte er sich aber erst einmal nur noch zur Refinanzierung der Tarifsteigerungen im Bereich der Pflege. Diese sind aber längst nicht der größte Personalkostenblock in den Krankenhäusern. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, forderte deswegen gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen, dass sich die von der Bundespolitik bereits zugesicherte Berücksichtigung der Tarifsteigerungen bei der Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser nicht allein auf die Pflegekräfte beziehen dürfe. Auch die Tarifsteigerungen für die anderen Berufsgruppen an Krankenhäusern müssten ausgeglichen werden, da ansonsten weitere Betriebskostendefizite anfielen.

Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern

Die Flüchtlingskrise hat die Kommunen im ganzen Bundesgebiet weit über ihre Grenzen gefordert. Gemeinsam mit vielen Mitstreitern vor Ort mussten die Landratsämter diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe schultern. Im ersten Schritt ging es um die Unterbringung von Hunderttausenden von Geflüchteten. Heute stellt sich die Frage, wie die heimische Bevölkerung in Zukunft mit Migration umgehen kann. Mit Blick auf Grenzen der Integrationsfähigkeit und auch der Überlastung der aufnehmenden Gesellschaften stehen gerade im Bereich der Entwicklungspolitik heute Antworten darauf im Vordergrund, wie sich die Lebensbedingungen in den Ländern so verändern müssen,



Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, im Gespräch mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, MdB (Bildquelle: BMG)

dass die Menschen die lebensgefährliche Reise nach Europa erst gar nicht antreten. Am 9. Oktober folgten die bayerischen Landrätinnen und Landräte deswegen gerne der Einladung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller, MdB, um unter anderem über die Strategien des Bundes zur Bekämpfung der Fluchtursachen zu sprechen.

„Rd. 66 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Die Hälfte davon sind Kinder. In ihrer Heimat herrschen Krieg, Gewalt und Unterdrückung. Die politischen und die wirtschaftlichen Verhältnisse

sind instabil. Es fehlt ihnen an allem. Der Klimawandel verschärft diese Situation noch. Die Flüchtlingskrise war für alle Bürger in der Bundesrepublik eine sehr harte Zeit. Auch die Entwicklungsländer müssen einen immensen Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise leisten. Rd. 86 Prozent der Flüchtlinge werden von ihnen aufgenommen. Diese brauchen unsere Unterstützung, um selbst nicht zu kollabieren. Eine Kernaufgabe des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist deswegen die Bekämpfung der Fluchtursachen. Die Menschen müssen Perspektiven und Chancen bekommen. Darum müssen wir uns alle bemühen“, so der Bundesminister.

Mit alle meint der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch die Kommunen. Er hat deswegen im Rahmen des Austausches mit viel Leidenschaft für ein stärkeres Engagement der Landkreise geworben. Einige – wie Donau-Ries oder auch Lindau – haben sich bereits auf den Weg gemacht.

Landrat Stefan Rößle hat den Landkreis Donau-Ries deutschlandweit mit seinem Engagement in der kommunalen Entwicklungshilfe bekannt gemacht. Getreu dem Motto „Aus dem Regionalen für das Regionale“ werden mit Spenden von Unternehmen aus der Region und von Privaten Projekte in den ärmsten Regionen der Welt möglich gemacht. Schwerpunkte sind die Stärkung der Bildung und der Bau von Schulen vor Ort. 26 Schulen konnten in den zurückliegenden Jahren bereits realisiert werden. Auch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist von diesem Ansatz überzeugt: „Bildung ist der Schlüssel für Entwicklung und Fortschritt.“

Die Initiative wurde zwischenzeitlich sogar vom Deutschen Landkreistag, Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund aufgegriffen und wird natürlich von Bundesminister Dr. Müller unterstützt. „1000 Schulen für unsere Welt“ heißt das gemeinsame Projekt, mit dem Fluchtursachen bekämpft und die Lebensumstände der Menschen verbessert werden sollen.



(V.l.n.r.): Landrat Franz Meyer (Passau), Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries), Landrat Herbert Eckstein (Roth), 2. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags (BayLkT), Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Präsident (BayLkT), Tamara Bischof (Kitzingen), 3. Vizepräsidentin (BayLkT), MdB Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied (BayLkT), Landrat Thomas Karmasin (Fürstfeldbruck), 1. Vizepräsident (BayLkT), Landrat Anton Klotz (Oberallgäu) (Bildquelle: Felix Zahn Photothek/ BMZ)

Bundesminister Dr. Gerd Müller mit Landrätin Maria Rita Zinnecker und den schwäbischen Landräten (Bildquelle: Felix Zahn Photothek/ BMZ)





Bundesminister Dr. Gerd Müller mit Landrätin Tanja Schweiger (Regensburg) (Bildquelle: Felix Zahn Photothek/ BMZ)



Bundesminister Dr. Gerd Müller mit Landrätin Tamara Bischof (Kitzingen) und den unterfränkischen Landräten (Bildquelle: Felix Zahn Photothek/ BMZ)



(V.l.n.r.): Bundesminister Dr. Gerd Müller, Landrätin Maria Rita Zinnecker (Ostallgäu), Landrat Anton Klotz (Oberallgäu), Landrat Elmar Stegmann (Lindau) (Bildquelle: Felix Zahn Photothek/ BMZ)



Bundesminister Dr. Gerd Müller mit den mittelfränkischen Landräten (Bildquelle: Felix Zahn Photothek/ BMZ)



Bundesminister Dr. Gerd Müller mit den niederbayerischen Landräten (Bildquelle: Felix Zahn Photothek/ BMZ)



Unterstützung seitens der Bundestagsfraktionen

Eine solide fachliche Zusammenarbeit mit den Ministerien ist die eine Seite einer erfolgreichen Politik für den ländlichen Raum. Ebenso wichtig ist aber auch der direkte Austausch mit denjenigen, welche die Gesetze überhaupt erst auf den Weg bringen und damit kommunales Handeln entscheidend prägen. Zwischen den Landrätinnen und Landräten und ihren jeweiligen kreisansässigen Bundestagsabgeordneten bestehen seit jeher enge Bande. Aber auch der Dialog mit Fraktionsvorsitzenden und Landesgruppenchefs gehört dazu.

Umso erfreuter war die bayerische Delegation am 10. Oktober im Bundestag, Ralph Brinkhaus, MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, und Alexander Dobrindt, MdB, Vorsitzender der CSU im Bundestag, treffen zu können. Darüber hinaus waren alle Landesgruppenchefs und bayerischen Abgeordneten aller Fraktionen am Abend in die Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund geladen.

Sowohl der neu gewählte Chef der größten Fraktion im Deutschen Bundestag Ralph Brinkhaus als auch der im Umgang mit den bayerischen Landräten erprobte Landesgruppenchef der CSU Dobrindt ließen keine Zweifel an ihrem Wissen um die Arbeit und das Gewicht der Kommunen. Obwohl Brinkhaus selbst aus Nordrhein-Westfalen stammt, wo die Strukturen nicht wirklich mit Bayern vergleichbar sind, hatte er insbesondere Verständnis für die bayerischen Sorgen im Krankenhausbereich. Im Kampf um die Flächenversorgung empfahl er, das Gehen neuer Wege in Betracht zu ziehen und noch deutlicher gegenüber dem Bund aufzutreten. Dass eine Region ohne Krankenhaus nicht nur die medizinische Grund- und Regelversorgung verliert, sondern einen Standortfaktor, davon war er überzeugt. Die Menschen würden ganz genau hinschauen, wie es um die Lebensqualität in den Gemeinden, Städten und Landkreisen bestellt sei und würden sich bewusst für eine Heimat entscheiden. Vom Verlust eines Krankenhauses wären somit nicht nur diejenigen betroffen, die medizinisch versorgt werden müssen, sondern auch die Unternehmen, die die Fachkräfte brauchen.

Bei Alexander Dobrindt, MdB, Vorsitzender der CSU im Bundestag, rannten die Landrätinnen und Landräte ohnehin offene Türen ein, was die Förderung ländlicher Regionen betrifft. Ebenso wie sein Nachfolger im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur Bundesminister Andreas Scheuer, MdB, der

sich am 10. Oktober ebenfalls weit über eine Stunde Zeit für die Sorgen der Landräte genommen hatte, steht er voll hinter deren Forderungen des Bayerischen Landkreistags im Mobilfunkbereich. Im Rahmen der 5G-Frequenzvergabe verlangt der Bayerische Landkreistag verbindliche Auflagen zur flächendeckenden Mobilfunkversorgung gerade auch des ländlichen Raums. „Wir erwarten, dass die Vorgabe des Koalitionsvertrags „Neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung“ zügig umgesetzt wird“, so Landkreistagspräsident Bernreiter im Gespräch.

Die Mobilfunkversorgung, flächendeckende Breitbandnetze auf Glasfaserbasis bis 2025, der Erhalt der medizinischen Versorgung, soziale Fragen und vieles mehr wurde auch im Rahmen des Parlamentarischen Abends bei der Vertretung des Freistaats Bayern diskutiert. Die Staatskanzlei hatte es dem Bayerischen Landkreistag ermöglicht, die Räumlichkeiten zu nutzen. So hatten die bayerischen Landrätinnen und Landräte die Chance, mit allen bayerischen Mandatsträgerinnen und -trägern ins Gespräch zu kommen. Auch die Landesgruppenchefs der Bundestagsfraktionen, Alexander Dobrindt, MdB, Vorsitzender der CSU im Bundestag, Martin Burkert, MdB, Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Klein, MdB, Vorsitzender der bayerischen Landesgruppe der FDP im Deutschen Bundestag und Dr. Anton Hofreiter, MdB, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, gaben starke Statements auf der Bühne ab und versprachen den bayerischen Kommunen Rückendeckung.

Abgerundet wurde der Abend durch regionale Köstlichkeiten aus Passau und der Rhön. Die Hausbrennerei Penninger und die Rhön GmbH waren eigens für den Parlamentarischen Abend angereist und werden allen Gästen in bester Erinnerung bleiben.

Herausfordernde Gespräche mit dem Ausschuss für Gesundheit

Im Austausch mit dem Vorsitzenden und Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit erschien die Gesundheitspolitik des Bundes am 11. Oktober 2018 dann in größerer Ferne von dem, was im ländlichen Raum gebraucht wird. Die immer wieder seitens der Ausschussmitglieder vorgebrachten Zentralisierungsstrategien wie in Dänemark konnten die bayerischen Landrätinnen und Landräte nicht überzeugen, weil sie in einem Flächenland wie Bayern ganz einfach keine Grund- und Regelversorgung eines jeden Bürgers garantieren

können. Die Kommunalpolitiker aus Bayern sind zwar durchaus offen für Strukturdiskussionen, aber eben nur solche, die auch nachhaltig garantieren können, dass jeder Bürger behandelt wird, wenn er Hilfe braucht.

Ein versöhnlicher Abschluss mit der Bundeskanzlerin

Versöhnlicher gestimmt wurden die Landrätinnen und Landräte dann im Anschluss von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Trotz ihrer zahlreichen Aufgaben in der Bundesrepublik, in Europa und in der Welt, wusste sie ganz genau, wo bei den Kommunen der Schuh drückt.



Landrat Franz Löffler (Cham), Bezirkstagspräsident Oberpfalz, und Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, im Gespräch im Bundestag

In dem über 2-stündigen Gespräch warb sie bei den Landräten aber auch um Verständnis, dass der Bund im kommunalen Bereich oft nur Zufinanzierer sei und gar nicht die Möglichkeiten hätte, die man bei ihm vermuten würde. Weitere Themen des Austausches waren die gleichwertigen Lebensverhältnisse im ländlichen Raum, die Entwicklung der Gesellschaft, die Fachkräftezuwanderung und der Zustand des Finanzmarktes. Präsident Bernreiter bedankte sich bei der Bundeskanzlerin, dass sie gerade gegenüber den Landkreisen in der Vergangenheit immer Wort gehalten habe. Beispielhaft dafür nannte er im Rahmen der Flüchtlingskrise ihren erfolgreichen Einsatz für eine Erstattung der Unterkunftskosten.



Die Landrätinnen und Landräte beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer, MdB



Alexander Dobrindt, MdB, Vorsitzender der CSU im Deutschen Bundestag, Dr. Anton Hofreiter, MdB, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags beim Parlamentarischen Abend in der Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund (Bildquelle: Britta Pedersen / Bayerische Staatskanzlei)



Landrat Franz Meyer (Passau) mit Dr. Rolf-Dieter Jungk, Bevollmächtigter des Freistaates Bayern beim Bund beim Parlamentarischen Abend in der Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund (Bildquelle: Britta Pedersen / Bayerische Staatskanzlei)



Die Rhön GmbH und die Hausbrennerei Penninger haben beim Parlamentarischen Abend in der Vertretung des Freistaates Bayern einen Ausschnitt ihrer regionalen Köstlichkeiten gezeigt. (Bildquelle: Britta Pedersen / Bayerische Staatskanzlei)



Der offizielle Teil beim Parlamentarischen Abend des Bayerischen Landkreistags in der Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund (Bildquelle: Britta Pedersen / Bayerische Staatskanzlei)

Der gemütliche Teil beim Parlamentarischen Abend des Bayerischen Landkreistags in der Vertretung des Freistaates Bayern beim Bund (Bildquelle: Britta Pedersen / Bayerische Staatskanzlei)



Grundsteuer – Bundesverfassungsgericht fordert rasche Reform bis 31.12.2019



Von Emil Schneider, Referent für Finanzen, Steuern und Haushaltsrecht beim Bayerischen Landkreistag

Wie bereits mehrfach berichtet, muss das geltende System der Grundsteuererhebung reformiert werden. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat nunmehr am 28. November 2018 den Finanzministern der Länder zwei Reformmodelle – ein wertabhängiges sowie ein wertunabhängiges Modell – vorgestellt.

Wertunabhängiges Modell (WUM)

Das wertunabhängige Modell orientiert sich im Wesentlichen an dem vom Freistaat Bayern in die Diskussion eingebrachten Flächenmodell. Um es umsetzen zu können, ist eine Verfassungsänderung notwendig. In dem Modell würde die Grundsteuer A entfallen. Es ist eine Länderoption für eine vollständige Kommunalisierung der Grundsteuer vorgesehen.

Das Modell sieht ein zweistufiges Besteuerungsverfahren (Verzicht auf Steuermessbetragsverfahren), bei dem das Produkt aus Flächenbezugsgröße und nutzungsartabhängigen Äquivalenzzahlen die Ausgangsgröße für die Anwendung der Grundsteuerhebesätze durch die Kommunen sein soll. Die Äquivalenzzahlen sollen an der Höhe des bisherigen Messbetragsvolumens ausgerichtet werden. Für Wohngebäude, Betriebswohnungen und Betriebsgebäude der Land- und Forstwirtschaft sollen die Kommunen spezielle Hebesätze festlegen können.

Wertabhängiges Modell (WAM)

Das vom BMF vorgestellte wertabhängige Modell orientiert sich an dem Modell des Bundesrates, weist aber weniger Wertkomponenten als dieses auf. Es knüpft an die Nettokaltmiete statt an den Verkehrswert an. Bei selbstgenutztem, nicht vermieteten Wohnraum

dienen zur Ermittlung der fiktiven Miete die im Rahmen des Mikrozensus durch das Statistische Bundesamt für jedes der 16 Länder vorwiegend aus Bestandsmieten erhobenen durchschnittlichen Nettokaltmieten als Vergleichsmaßstab. Diese Werte werden sodann gemeindebezogen analog zur Wohngeldstatistik nach Mietenniveau (Mietenstufen) gestaffelt.

Um die angestrebte Aufkommensneutralität zu wahren, soll die Steuermesszahl gegenüber dem Status quo massiv gesenkt werden. Im Modell ist die Steuermesszahl einheitlich festgesetzt worden; sie kann aber auch nach Grundstücksarten differenziert werden. Die Umsetzung des wertabhängigen Modells ist ohne Verfassungsänderung möglich. Die Grundsteuer A wird in dem Modell weiter fortgeführt.

Erforderliche externe Daten sind in dem Modell die tatsächlich vereinbarte Nettokaltmiete (soweit vorhanden), Wohn-/Nutzfläche, Baujahr, Grundstücksfläche und Bodenrichtwert. Die Hauptfeststellung soll alle sieben Jahre erfolgen, wobei angestrebt wird, das Verfahren ab 2027 automatisch ablaufen zu lassen.

Zur Umsetzung der Grundsteuer C soll ein gesonderter Hebesatz für unbebaute baureife Grundstücke möglich sein. Nachgedacht wird zudem über ein zoniertes Hebesatzrecht für Großstädte.

Fazit

Die nun zu erwartende Diskussion wird in den nächsten Monaten zeigen, welches der beiden Modelle sich durchsetzen wird.

Auslaufen der erhöhten Gewerbesteuerumlage ab 2019 bzw. 2020

Beendigung der Mitfinanzierung der Deutschen Einheit durch die Kommunen ab 2020 nach 25 Jahren

Von Emil Schneider, Referent für Finanzen, Steuern und Haushaltsrecht beim Bayerischen Landkreistag

1. Zusammenfassung:

Die Kosten der Deutschen Einheit wurden bzw. werden von den westdeutschen Kommunen durch die Zahlung erhöhter Gewerbesteuerumlagen mitgetragen. Zur Mitfinanzierung des „Fonds Deutsche Einheit“ sind das 4,3 %-Punkte und als erhöhte Solidarpaktumlage 29,0 %-Punkte. Beides läuft in Kürze aus. Ende dieses Jahres wird der Fonds Deutsche Einheit abfinanziert sein, so dass ab 1.1.2019 die Gewerbesteuerumlage um 4,3 %-Punkte sinkt. Zum 1.1.2020 sinkt die Gewerbesteuerumlage dann um weitere 29,0 %-Punkte, wie dies schon im Jahr 2001 im Rahmen des Solidarpaktfortführungsgesetzes (vom 20.12.2001, BGBl S. 3955 dort Art. 6) festgelegt wurde (siehe § 6 Abs. 3 Satz 5 Gemeindefinanzreformgesetz).

Die Ausgaben der bayerischen Städte und Gemeinden aus der Gewerbesteuerumlage reduzieren sich damit ab 2019 um rund 110 Mio. € und ab 2020 um weitere rund 740 Mio. €. Zeitversetzt um zwei Jahre wirkt sich dies auch auf die Berechnung der Steuer- und Umlagekraft aus.

2. Derzeitige Berechnung der Gewerbesteuerumlage:

Die Städte und Gemeinden führen nach dem Gemeindefinanzreformgesetz von der vereinnahmten Gewerbesteuer Umlagen an den Bund und die Länder ab. Die Gewerbesteuerumlage der bayerischen Kommunen beträgt 2018 68,3 %-Punkte, berechnet aus dem Gewerbesteuermessbetrag. Der Vervielfältiger 2018 setzt sich damit wie folgt zusammen:

1. Bundesvervielfältiger (§ 6 Abs. 3 GFRG)	14,5 %-Punkte
2. Landesvervielfältiger (§ 6 Abs. 3 GFRG)	53,8 %-Punkte

bestehend aus:

a) Basisvervielfältiger	20,5 %-Punkte
b) Solidarpakt	29,0 %-Punkte
c) Erhöhungszahl Fonds Deutsche Einheit (§ 6 Abs. 5 GFRG)	4,3 %-Punkte

Vervielfältiger insgesamt **68,3 %-Punkte**

Gewerbesteuerumlage 2017 in Bayern gesamt	1.687,00 Mio. €
davon:	
– Bundesvervielfältiger	14,5 %-Punkte = 358,15 Mio. €
– Landesvervielfältiger (Basis)	20,5 %-Punkte = 506,35 Mio. €
– Erhöhungszahl Solidarpakt	29,0 %-Punkte = 716,30 Mio. €
– Erhöhungszahl Fonds DE	4,3 %-Punkte = 106,20 Mio. €

3. Erhöhungszahl Fonds Deutsche Einheit – Wegfall 2019:

Entsprechend den Regelungen im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – vom 31.08.1990 (BGBl. II S. 885) wurde auch nach der Wiedervereinigung der Länderfinanzausgleich bis Ende 1994 zwischen den elf alten und den fünf neuen Bundesländern getrennt durchgeführt. Den neuen Bundesländern wurde finanziell durch den Fonds Deutsche Einheit (FDE) der notwendige Ausgleich für die fehlende Steuerkraft gewährt. Der FDE wurde i.H.v. 47 Mrd. € Kredit finanziert.

Mit dem vorzeitigen Auslaufen der FDE-Abfinanzierung Ende 2018 entfällt die sachliche Grundlage für die in § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz geregelte Mitfinanzierung der westdeutschen Gemeinden an den FDE-Finanzierungslasten ihrer Länder. § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzreformgesetz ist damit nicht mehr erforderlich und wird ab 01.01.2019 aufgehoben. Damit entfällt ab 01.01.2019 die Erhöhungszahl

FDE von 4,3 %-Punkten, wodurch die Einnahmen der Gemeinden aus der Gewerbesteuer netto um rund 110 Mio. € in 2019 ansteigen. Im Jahr 2021 wird die Steuer- und Umlagekraft einen entsprechenden Zuwachs verbuchen. Das entsprechende Gesetzgebungsverfahren durchläuft gegenwärtig den Bundestag und Bundesrat.

4. Solidarpaktumlage i.H.v. 29 %-Punkte – Wegfall 2020:

Entsprechend der Regelung in § 6 Abs. 3 Gemeindefinanzreformgesetz entfällt ab 2020 die Erhöhungszahl zur Finanzierung der Solidarumlage i.H.v. 29 %-Punkten beim jeweiligen Landesvervielfältiger. Dieser wurde 1995 eingeführt, um die westdeutschen Kommunen an den Belastungen ihrer Länder an der Deutschen Einheit zu beteiligen. Somit endet nach 25 Jahren die Mitfinanzierung der Deutschen Einheit durch die Kommunen. Die Kommunen haben im Vertrauen auf das gesetzlich fixierte Ende der Solidarpaktumlage ihre Konzepte zur Haushaltsaufstellung und -Konsolidierung eingerichtet (Art. 6 Solidarpaktfortführungsgesetz vom 20.12.2001 BGBl. S. 3955).

Bundesweit geht es hier um Belastungen der Kommunen i.H.v. 3,5 Mrd. €, allein in Bayern um 740

Mio. €. Die Solidarpaktumlage muss deshalb entsprechend der gesetzlichen Lage Ende 2019 auslaufen, **da die Sondersituation durch die Wiedervereinigung mit Auslauf des Solidarpakts II zum 31.12.2019 beendet ist und der Bund den Ländern zusätzliche Mittel aus der Umsatzsteuer von 4 Mrd. € zukommen lässt.** Es gibt keine Begründung, die sich aus den Verhandlungen über die Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen herleiten lässt, dieses kommunale Sonderopfer fortzuführen, **zumal der Freistaat Bayern eine Entlastung aus der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen i.H.v. ca.1,4 Mrd. € ab 2020 erfährt.**

Entsprechenden Vorstößen aus den Ländern (Ministerpräsident Bouffier aus Hessen), wonach die erhöhte Gewerbesteuerumlage fortgeführt werden soll, ist eine deutliche Absage zu erteilen. Eine Fortführung würde die bayerischen Kommunen jährlich i.H.v. rd. 740 Mio. € belasten, die dringend zur Finanzierung anstehender Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Schulen, Kindertageseinrichtungen, Krankenhäuser und Straßen benötigt werden. Auch eine Belastung der Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich ab 2020 ist deshalb abzulehnen.

Präsidium des Bayerischen Landkreistags ruft im Fall des „Nuxit“ zu Geschlossenheit auf: Doppelstrukturen vermeiden, Kosten sparen, Bürger entlasten

Seit März 2018 ist bekannt, dass die Stadt Neu-Ulm kreisfrei werden will. Sie hat einen entsprechenden Antrag bei der Bayerischen Staatsregierung eingereicht. Die Kreisfreiheit hätte aber gravierende Auswirkungen für alle Bürger und auch alle anderen Gemeinden im Landkreis. Deswegen ruft der Bayerische Landkreistag vor der Entscheidung durch den Bayerischen Landtag in 2019 noch einmal alle Beteiligten zu Geschlossenheit auf.

Die kommunale Verwaltung ist ein leistungsstarkes System, in dem jede Einheit Aufgaben wahrnimmt. Durch Arbeitsteilung und Kooperation von Landkreis, Städten und Gemeinden werden Doppelstrukturen vermieden, Ressourcen gebündelt und somit Steuergelder gespart. Alle Beteiligten profitieren von der Zusammenarbeit. So brauchen beispielsweise die Städte

und Gemeinden für Tätigkeiten, die der Landkreis übernimmt, kein eigenes Personal einzustellen. Schert ein Mitglied aus diesem gut funktionierenden System aus, hat dies gravierende finanzielle Auswirkungen für alle anderen und die Umlage müsste höher ausfallen. „Doppelstrukturen kosten Geld. Um genau zu sein, Steuergeld. Das ist unseren Bürgern nicht zu vermitteln. Die Kreisfreierklärung hätte tiefgreifende strukturelle Änderungen zur Folge, die negative Auswirkungen auf den Landkreis Neu-Ulm und die landkreisangehörigen Kommunen mit sich bringen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, in der Sitzung des Präsidiums am 5. Dezember. Nach einer Studie der „SME INSTITUT Sozial- und Wirtschaftsforschung für den Mittelstand GmbH“ würde die Kreisfreiheit Neu-Ulms in den ersten 5 Jahren 75 Millionen Euro kosten.

Sicherer Messenger für die bayerischen Landrätinnen und Landräte



Von Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Die 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte können künftig mobil sicher und datenschutzkonform miteinander kommunizieren. Der Bayerische Landkreistag stellt hierzu in Kooperation mit der Deutschen Post mit „SIMSme Business“ einen sicheren Messenger für den kollegialen Austausch von Nachrichten zur Verfügung.

SIMSme Business deckt alle wesentlichen Funktionen eines Messengers ab (Einzel- und Gruppenchats, Übermitteln von Dateien etc.) und erfüllt dabei zugleich hohe Anforderungen an die Sicherheit und den Datenschutz. So werden im Gegensatz zu anderen Messengern (z. B. WhatsApp) keine Daten aus dem Mobiltelefon-Adressbuch in datenschutzrechtlich bedenklicher Weise in eine Cloud hochgeladen. Überdies werden sämtliche Nachrichten Ende-zu-Ende verschlüsselt. Diese Technologie stellt sicher, dass Nachrichten auf dem Übertragungsweg vom Smartphone des Senders bis zum Smartphone des Empfängers verschlüsselt transportiert werden. So können die Nachrichten auch nicht auf den Servern der Deutschen Post entschlüsselt werden.

SIMSme Business funktioniert auf allen gängigen mobilen Endgeräten (iPhones, iPads, Android-Smartphones und -Tablets) und bietet mit dem sog. Web Messenger auch eine sichere Kommunikationsmöglichkeit für den Büro-Arbeitsplatz. Der Messenger kann auch gleichzeitig auf verschiedenen Endgeräten eingesetzt werden (z. B. iPhone und iPad). In diesem Fall werden alle Chats, Daten und Kontakte laufend miteinander synchronisiert, so dass die Geräte immer

auf dem gleichen Stand sind. Der nunmehr allen Landrätinnen und Landräten zur Verfügung gestellte Messenger hatte sich zuvor im Rahmen eines 18-monatigen Pilotbetriebs bewährt.

Datenschutz und Datensicherheit

Bei der Entwicklung der App wurde besonderer Wert auf Datensicherheit und Datenschutz gelegt. Die Nutzerdaten werden streng nach der EU-Datenschutzgrundverordnung und deutschem Datenschutzrecht verarbeitet. Die Kommunikation zwischen Nutzern der App läuft ausschließlich über Server in Deutschland. Eine vollständige Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sorgt für höchste Sicherheit: Damit der Empfänger die Nachricht lesen kann, benötigt er den entsprechenden Schlüssel, der im RSA-2048-Verfahren asymmetrisch für jeden Empfänger der Nachricht einzeln generiert und verschickt wird.

Bei dieser Vorgehensweise kommt ein öffentlicher Schlüssel zum Verschlüsseln und ein privater Schlüssel zum Entschlüsseln zum Einsatz – wobei letzterer niemals das Smartphone des Besitzers verlässt und nur lokal gespeichert wird. Selbstverständlich sind auch die Sender- und Empfänger-Informationen verschlüsselt. Die Nutzer der App können daher darauf vertrauen, dass ihre Nachrichten nicht von Dritten unbefugt mitgelesen werden. Eine weitere Besonderheit ist, dass der eingesetzte sichere Messenger nur einem geschlossenen Benutzerkreis zugänglich ist, der vom Bayerischen Landkreistag zentral verwaltet wird.



Funktionen des Messengers

Trotz der hohen Sicherheit unterscheidet sich der Funktionsumfang des Messengers nicht von anderen Kurznachrichtendiensten. Die wesentlichen Funktionen sind:

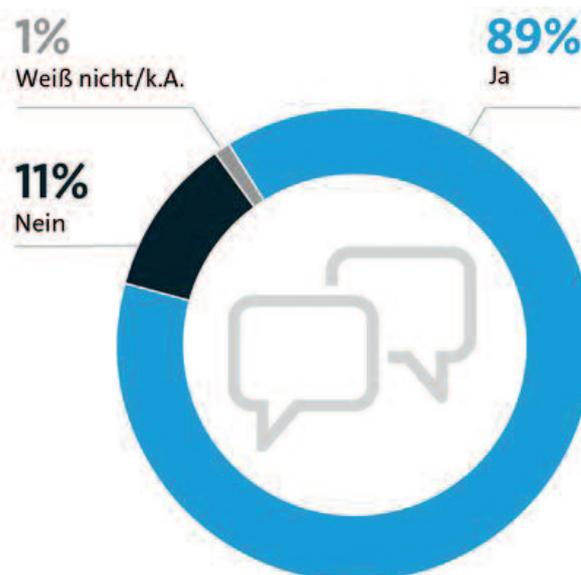
- Sichere mobile Kommunikation sowohl in Einzels als auch in Gruppenchats.
- Übermittlung von Fotos, Audio- und Videoaufnahmen, Ortsinformationen, Kontaktdaten und Office- oder anderen Dateien.
- Automatische Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sämtlicher Nachrichten.
- Der Zugriff auf die App kann mit einem Passwort geschützt werden.
- Besonders vertrauliche Nachrichten können bei Bedarf mit einer „Selbsterstörungsfunktion“ versehen werden. Diese Nachrichten verschwinden automatisch zum gewünschten Zeitpunkt.



Mobile Kommunikation wird zum Standard

Mit der zunehmenden Verbreitung von Smartphones wird auch das Kommunikationsverhalten mobiler. Nach den Ergebnissen einer im Mai 2018 veröffentlichten, repräsentativen Studie im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, bei der 1.212 Internetnutzer ab 14 Jahren befragt wurden, nutzen inzwischen neun von zehn Internetnutzern (89 Prozent) entsprechende Messengerdienste. Bei den Jüngeren zwischen 14 und 29 Jahren ist es nahezu jeder (98 Prozent), bei den 30- bis 49-Jährigen sind es 94 Prozent, bei den 50- bis 64-Jährigen 81 Prozent und bei der Generation 65 Plus sind es immer noch 70 Prozent. 90 Prozent ist der datenschutzrechtliche Umgang mit ihren persönlichen Daten wichtig und 87 Prozent die Datensicherheit der Kommunikation, etwa durch eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.

Dieses veränderte Kommunikationsverhalten ist nicht nur auf den privaten Bereich beschränkt, sondern beeinflusst auch die Kommunikation im öffentlichen Bereich bzw. in Unternehmen. Mit der Bereitstellung des sicheren Messengers greift der Bayerische Landkreistag diese Entwicklung auf und trägt zugleich den hohen Anforderungen an die Datensicherheit und den Datenschutz im öffentlichen Bereich Rechnung. Mit der Deutschen Post konnte ein verlässlicher und vertrauenswürdiger Partner für die Entwicklung der App gefunden werden.



Quelle: bitkom research, Neun von zehn Internetnutzern verwenden Messenger, Presseinformation vom 02.05.2018 (Abweichung zu 100% ist rundungsbedingt).



1000 Schulen für unsere Welt – Kommunale Spitzenverbände starten Gemeinschaftsinitiative

Bildung zu fördern heißt, Armut zu verringern, Perspektiven vor Ort zu schaffen und Kindern eine Zukunft in ihren Heimatländern zu geben. Das ist das Ziel der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“, die der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund im November gemeinsam mit dem Schirmherrn Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in Berlin starteten. Städte, Landkreise und Gemeinden wollen gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft und der lokalen Wirtschaft einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit, zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Verbesserung der Lebenssituationen in Ländern des globalen Südens leisten.

Die Gemeinschaftsinitiative soll erreichen, mit Spenden von Bürgerinnen und Bürgern sowie der lokalen Wirtschaft insgesamt 1000 Schulen in Afrika, Asien und Südamerika zu bauen. Der Landkreis Donau-Ries hat bereits begonnen, gemeinsam mit der Reiner Meusch Stiftung Fly & Help bis 2020 ausschließlich durch Bürgerspenden und Sponsoring der lokalen Wirtschaft über zwanzig Schulen in Afrika zu errichten. Die ersten dieser Schulen konnten bereits eröffnet werden. Dieses Engagement soll sich durch die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ vervielfältigen und an Dynamik gewinnen. „Ich möchte, dass das Beispiel des Landkreises Donau-Ries bundesweit Schule macht und ein Zeichen für kommunale Verantwortung in der Welt setzt. Auch kommunales Engagement kann sehr wirksam dazu beitragen, die Lebenschancen in anderen Teilen der Welt zu verbessern“, so Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries).

Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Schirmherr: „Immer mehr Menschen wollen, dass wir als reiches Land Verantwortung für eine gerechte Globalisierung übernehmen. Ich freue mich, dass sich immer mehr Kommunen entwicklungspolitisch engagieren. Waren es vor wenigen Jahren 200, so sind es jetzt bereits 750. Das neue Großprojekt „1000 Schu-

len für unsere Welt“ ist ein weiterer Meilenstein. Gerade Investitionen in Bildung sind wichtig, denn Bildung ist der Schlüssel für Entwicklung und Fortschritt. Ich wünsche der Initiative der kommunalen Spitzenverbände viel Erfolg für nachhaltige Partnerschaften.“

Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster: „Bildung ist eine Schlüsselressource und hilft den Menschen vor Ort, bessere Chancen für ihr Leben zu gewinnen. Für etwa 50.000 Euro kann in Afrika, Asien oder Südamerika eine Schule gebaut werden, die pro Schule und Jahr bis zu 1.000 Schülern eine Zukunftsperspektive ermöglicht. Das ist wirksame Zusammenarbeit mit Kommunen aus dem globalen Süden.“

Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages und Landrat des Kreises Ostholstein: „Bei der Flüchtlingsintegration haben Städte, Landkreise und Gemeinden bewiesen, wie viel Kraft, Energie und Einsatzbereitschaft auf kommunaler Ebene mobilisiert werden kann. Dieses Engagement möchten wir auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen mobilisieren und damit einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten.“

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: „Bildung heißt Zukunft. Weltweit. Mit „1000 Schulen für unsere Welt“ wollen wir dazu beitragen, dass Menschen auf der ganzen Welt besseren Zugang zu Bildung erhalten und so ihre Zukunft selbstbestimmt gestalten können.“

(Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände)

13 Führerscheine – Dreizehn jüdische Schicksale im Landkreis Lichtenfels

Von Heidi Bauer, Pressestelle Landratsamt Lichtenfels

Alles begann mit einem Zufallsfund im Landratsamt Lichtenfels (Oberfranken): Im Frühjahr 2017 landete ein alter brauner Umschlag, der bei Aufräumarbeiten im Rahmen der Digitalisierung aufgetaucht war, auf dem Schreibtisch von Landrat Christian Meißner. Der Inhalt: 13 Führerscheine, die man jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern des damaligen Bezirksamtes Lichtenfels 1938 abgenommen hatte – teils bei deren Emigration, teils im Zusammenhang mit den Novemberpogromen.

„Es geht sehr unter die Haut“ – Zitat Landrat Christian Meißner

„Meine Idee war es, dass man diese Führerscheine nicht einfach dem Staatsarchiv zurückgibt, sondern dass wir junge Leute, Abiturienten, bitten, im Rahmen eines P-Seminars zu untersuchen, wer waren denn eigentlich diese Menschen und welche Schicksale hatten sie“, erläutert Landrat Christian Meißner. Sein Gedanke: „Wir müssen uns unserer Vergangenheit stellen und die Lokalgeschichte aufarbeiten. Was aus diesen Recherchen der Schülerinnen und Schüler des P-Seminars 2pg am Meranier-Gymnasium Lichtenfels (MGL) geworden ist, ist einfach großartig: Eine einzigartige Ausstellung, die diese 13 Leben und ihre zum Teil äußerst tragischen Wege dokumentiert. Es geht sehr unter die Haut.“

Die jungen Leute haben es in einer außergewöhnlichen Spurensuche geschafft, 80 Jahre später den Namen jeweils ein Gesicht zurückzugeben. Die Einziehung zunächst der Führerscheine und dann der Autos und Motorräder von Juden ging auf einen Erlass des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, vom 3. Dezember 1938 zurück.

Überlebenskampf nachgezeichnet

Ein Jahr lang rekonstruierten die 14 Schülerinnen und Schüler mit ihrem Seminarleiter Studiendirektor Manfred Brösamle-Lambrecht die Lebensläufe. Sie recherchierten vor Ort nach Grabsteinen und Inschriften, in Archiven in Lichtenfels, Altenkunstadt, Bamberg oder Coburg nach alten Zeitungen, Todesanzeigen, Deportationslisten. Sie machten Zeitzeugen und schließlich Nachkommen ausfindig, die persönliche Briefe und Unterlagen zur Verfügung stellten. So gelang es den Abiturienten, den Überlebenskampf der Menschen nachzuzeichnen, die von den Nationalsozialisten schikaniert, enteignet und einige auch zwangsverschleppt und ermordet wurden. Das Ergebnis der Recherchen füllt eine umfangreiche Ausstellung, ein über 100 Seiten dickes Begleitbuch, knüpft Kontakte nach Übersee und erregt bundesweit Aufsehen.

Die Entdeckungen, die die Abiturienten bei ihren Recherchen machten, waren traurig und zum Teil äußerst tragisch: Fünf der Führerschein-Inhaber wurden er-



Bei der Ausstellungseröffnung gab Landrat Christian Meißner den aus den USA und Argentinien angereisten Nachfahren die Führerscheine ihrer Angehörigen zurück. „Für alle Beteiligten und auch für mich war das ein sehr prägendes Erlebnis“, resümiert Landrat Christian Meißner. (Foto: Heidi Bauer/ Landratsamt Lichtenfels)



Von Trauer, Wut und tiefen Gefühlen sprechen die Schülerinnen und Schüler, die bei der Ausstellungseröffnung in bewegenden Beiträgen die einzelnen Schicksale der jüdischen Führerscheininhaber detailliert vorstellten. (Foto: Heidi Bauer/ Landratsamt Lichtenfels)

mordet. Acht konnten rechtzeitig ins Ausland fliehen. Ihre Nachkommen haben die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in Nord- und Südamerika sowie in Israel gefunden. Zehn von ihnen kamen über den Atlantik aus den USA und Argentinien zur Eröffnung der Ausstellung „13 Führerscheine – Dreizehn jüdische Schicksale“ am 5. November 2018 am Meranier-Gymnasium ins oberfränkische Lichtenfels. Ein Projekt, bei dem nicht nur die Schüler hautnah erfahren haben, was Geschichte bedeutet. Die Begegnungen haben das Leben aller Beteiligten nachhaltig verändert. Aus ihnen sind inzwischen eine tiefe Verbundenheit und enge Freundschaften gewachsen.

„Ich fühle, dass es auch mein Ort ist“ – Zitat Betina Kraus

„Lichtenfels ist eine besondere Stadt für mich. Ich fühle, dass es auch mein Ort – Heimat für mich ist“, sagt die Argentinierin Betina Judith Kraus in fließen-

dem Deutsch. Als sie ihre Papiere zur deutschen Staatsangehörigkeit gesucht hat, hat sie festgestellt, dass diese in Lichtenfels ausgestellt wurden: „Irgendwie gehöre ich auch hierher“, meint sie. Traurig stimmt sie: „Heute lebt in Lichtenfels kein Jude mehr.“ Das Leben zweier Vorfahren von Betina Kraus wird in der Ausstellung dokumentiert: das ihrer Großmutter Jenny Kraus und das von Josef Kraus, der Cousin ihres Vaters Willy. Ihre Großmutter und ihr Vater konnten ein neues Leben in Argentinien aufbauen. Josef Kraus überlebte den Holocaust nicht. Vermutlich wurde er in einer der Gaskammern im Lager Sobibor umgebracht.

Betina Kraus berichtet darüber, was ihr Vater über Lichtenfels erzählt hat. Ihre Vorfahren waren einst angesehene Mitbürger, die das Leben der Stadt mitgeprägt haben – bis sie plötzlich durch das NS-Regime in Missgunst gerieten, zu Geächteten der Gesellschaft, herausgerissen wurden.

Leo Wolf ist fast vom ersten bis zum letzten Kriegstag an der Westfront des Ersten Weltkriegs im Einsatz, wird zum Unteroffizier befördert und erhält das Eiserne Kreuz zweiter Klasse und den seltenen bayerischen Militär-Verdienstorden mit Krone und Schwertern dritter Klasse. Als die Juden in Altenkunstadt (Landkreis Lichtenfels) am 25. April 1942 deportiert werden, führt er den Zug der Todgeweihten an, die Orden an der Brust. Vermutlich am 6. Juni 1942 wurde er mit seiner Frau Helene und Tochter Margot im Vernichtungslager Sobibor ermordet. „Das Land, für das Leo Wolf gekämpft hat, hatte ihn verraten“, schreiben die Gymnasiasten Sophie Rauh, Markus Betz und Dennis Brosig in ihrem Beitrag zur 100-seitigen Scrap-Book Ausstellung.

88-jährige Zeitzeugin aus den USA

Die 88-jährige Inge Stanton kann sich noch gut erinnern, wie die Nazis damals den Mercedes ihrer Familie abholten. „Man konnte nichts tun. Wenn man sich zu viel aufregt, verliert man sein Leben“, wird sie im Scrap-Book zitiert. Bei der Ausstellungseröffnung, zu der sie mit ihren beiden Töchtern und einer Enkelin aus Florida angereist war, berichtete sie als letzte Augenzeugin in einer bewegenden Ansprache vom Schicksal ihrer Familie. Sie war gerade mal acht Jahre alt, als sie aus Lichtenfels fliehen musste.

Als Erstes fanden die Schüler ein Dokument über Schutzhaft, Deportation und Ermordung von Alfred



Die in den USA lebende 88-jährige Inge Stanton, geborene Marx, gedenkt zusammen mit ihren Töchtern und Enkelin ihrer ermordeten Familienmitglieder. Für diese wurden in der Lichtenfelser Innenstadt Stolpersteine verlegt. (Foto: Heidi Bauer/ Landratsamt Lichtenfels)

Oppenheimer, erinnert sich die Schülerin Luise Au-müller. „Wir rekonstruierten sein Leben und das seiner Familie und wussten von Anfang an, dass diese Geschichte mit dem Tod endet“, erzählt sie. Von Trauer, Wut und tiefen Gefühlen sprechen die Schülerinnen und Schüler, die bei der Ausstellungseröffnung in bewegenden Beiträgen die einzelnen Schicksale detailliert vorstellten: „Plötzlich hört die Masse auf, eine Masse zu sein, sie wird zu einzelnen Menschen, die hier gelebt haben“, schildert die Schülerin Sophie Rauh ihre Gefühle: „Das bewegt einen so sehr – man kann es gar nicht beschreiben.“

Geschichtsbewusstsein schärfen

Seminarleiter Manfred Brösamle-Lambrecht umschreibt den Rechercheeifer seiner Schülerinnen und Schüler mit „Sturheit“, angesichts oft wochenlanger ergebnisloser Suche, die schließlich dann doch noch von Erfolg gekrönt wurde. „Gänsehaut“ – das treffe es am besten, „was wir immer wieder empfanden“, meint er. Gänsehaut bei guten und bei schlechten Nachrichten. Gänsehaut beim Schreiben von Briefen und E-Mails an und von Nachkommen. Gänsehaut, wenn dann Antworten und Fotos kamen und Gänsehaut, als schließlich die Nachfahren zu der Ausstellung anreisten. Gänsehaut beim Gedanken an aktuelle Entwicklungen.

„Wir wünschten, unser Thema wäre nicht so aktuell“, sagt Seminarleiter Brösamle-Lambrecht und verweist auf rechte Parolen, Verharmlosungen historischer Ereignisse, Diskriminierung und Anschläge. 2018 und nicht 1938. Angesichts der Debatte um den Umgang mit Geflüchteten und verharmlosender Aussagen zum Nationalsozialismus sei es immens wichtig, bei jungen Menschen das Geschichtsbewusstsein zu schärfen. Landrat Christian Meißner warnt: „Je länger Verbrechen zurückliegen, desto höher ist die Gefahr, dass sie nur noch in Geschichtsbüchern erwähnt werden.“

Ein Auftrag an die Jugend

Das Projekt am Meranier-Gymnasium setzt ein Zeichen gegen das Vergessen. Für die Gymnasiasten und Kursleiter Studiendirektor Manfred Brösamle-Lambrecht wurde das Projekt zur Herzenssache, für die sie gerne auch viel Freizeit opferten. Für alle hat sich durch das Projekt einiges verändert. Weil sie gesehen haben, was es bedeutet, wenn Menschen jedes Recht genommen wird. Welche Folgen das hat – bis heute. Und die Abiturienten fühlen daraus einen Auftrag: „Aufgabe von uns jungen Leuten ist es, dafür zu sorgen, dass es nie wieder zu so etwas kommt!“, findet Schülerin Francesca Schütz.

„Keiner von uns hätte je erwartet, dass aus „13 Führerscheinen“ ein Projekt wird, das Menschen auf mehreren Kontinenten bewegt und so tief berührt“, sagen die Kurssprecher Francesca Schütz, Sophie Rauh und Lukas Franke. In jedem Fall haben die Schülerinnen und Schüler durch das Projekt gewonnen, nicht nur an vielen Erkenntnissen: Aus den Begegnungen mit den Nachfahren sind inzwischen enge Freundschaften gewachsen – eine Art große Familie ist es, die da durch die Spurensuche entstanden ist. Und: Die Spurensuche geht weiter und die Ausstellung auf Reisen. Der Beginn in Lichtenfels war nur der Anfang eines wohl einzigartigen Projekts.

Erste Stolpersteine in Lichtenfels

Vom 9. November 2018 an war die Ausstellung vier Tage lang in der Lichtenfelser Synagoge zu sehen und ist jetzt auf Reisen. Anlässlich der Eröffnung und des 80. Jahrestages der Novemberpogrome wurden von der Stadt Lichtenfels auch die ersten Stolpersteine verlegt zur Erinnerung an die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die hier einst zu Hause waren. Die Besucher aus den USA und Argentinien konnten miterleben, wie für ihre Vorfahren diese Mahnmale gesetzt wurden. Weitere sollen im Frühjahr folgen.



Bei einem Empfang im Landratsamt im Rahmen der Ausstellungseröffnung trugen sich die Schülerinnen und Schüler des P-Seminars des Meranier-Gymnasiums Lichtenfels mit den Nachfahren der früheren Führerscheininhaber aus den USA und Argentinien im Beisein von Landrat Christian Meißner ins Goldene Buch des Landkreises Lichtenfels ein. Den Festvortrag hielt Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold. (Foto: Heidi Bauer/ Landratsamt Lichtenfels)

Führerscheine zurückgeben

Bei der Ausstellungseröffnung gab Landrat Christian Meißner den aus den USA und Argentinien angereisten Nachfahren die Führerscheine ihrer Angehörigen zurück. „Für alle Beteiligten und auch für mich war das ein sehr prägendes Erlebnis“, resümiert Landrat Christian Meißner. „Und wenn ich mir derzeit die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anschau, kann ich nur sagen: Wir haben allen Anlass dazu, nachzudenken, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist. Das Schicksal der ehemaligen jüdischen Mitbürger zeigt, wie schnell aus einem Rechts-ein Unrechtsstaat werden konnte. Diese Ausstellung ist auch eine Mahnung an alle, dass so etwas nie wieder passieren darf. Insofern möchte ich auch Schulen, Institutionen und Menschen weit über unseren Landkreis hinaus einladen, sich diese als Wanderausstellung konzipierte Dokumentation anzuschauen und auch auszuleihen.“

Eckdaten zur Ausstellung:

Die Ausstellung besteht aus 20 Bannern von 85x200 cm Größe in transportfreundlichen (Außenmaße 95x11x21 cm) und sehr leicht aufzubauenden Roll-

Ups mit Beleuchtung (pro Banner ein Stromanschluss). Hinzu kommen optional zwei Kurzfilme von je vier Minuten, die in einem Permanentloop gezeigt werden können: Ein Bericht des Bayerischen Rundfunks über das Gesamtprojekt sowie ein Kurzfilm von Rachel Schlesinger über den Besuch der Familie Marx/Stanton in Nürnberg und Lichtenfels von 2016, in dessen Mittelpunkt die in Lichtenfels geborene Inge Marx Stanton steht.

Das Begleitheft (104 Seiten DIN A4 in Farbe) kann gegen einen Beitrag zu den Druckkosten von 3,00 € pro Exemplar bezogen werden.

Der Stand der Belegung ist einsehbar unter <https://doodle.com/poll/ixqm4k3wzna9qtza>.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:

Manfred Brösamle-Lambrecht, StD
Meranier-Gymnasium Lichtenfels
Kronacher Str. 34
96215 Lichtenfels

Tel. dienstlich: 09571-951320

Mobil: 01520 9132832

Mail dienstlich: manfred.broesamle-lambrecht@meranier-gymnasium.de

Mail persönlich: broesamle_lambrecht@web.de

Klimafrühling Oberland: Bühne für den Klimaschutz



Klimawandexperte Prof. Ralf Ludwig hatte den Vortrag auf der Eröffnungsveranstaltung gehalten. (Foto: Prof. Ralf Ludwig)

„Gemeinsam. Verantwortung. Hier!“ – unter diesem Motto zeigten 76 Veranstaltungen im Rahmen des Klimafrühlings Oberland Anfang 2018 wie Klimaschutz in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen funktionieren kann. Für die rund 2.000 Besucherinnen und Besucher waren Vorträge, Exkursionen, Workshops und Filmvorführungen über zukunftsfähige Mobilitätsformen, Energiesparen, erneuerbare Energien bis hin zu Plastikvermeidung und Klimaschutz in der Landwirtschaft geboten. Die Landräte Josef Niedermaier (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) und Anton Speer (Landkreis Garmisch-Partenkirchen) freuen sich mit Blick auf den Erfolg des Klimafrühlings 2018 auf die nächste Runde in 2019.

Wer, wie, was ist der Klimafrühling?

Ziel des Klimafrühlings Oberland ist es, in den teilnehmenden Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen das bestehende Engagement im Bereich Klimaschutz sichtbar zu machen. Denn Klimaschutz ist ohne den gemeinnützigen Einsatz zahlreicher Akteure der Zivilgesellschaft undenkbar. Gerade Vereine und andere Organisationen sind es, die für Probleme sensibilisieren, praktikable Lösungen entwickeln und deren Umsetzung politisch einfordern. Und das Oberland steckt voller kreativer und

engagierter Köpfe, denen mit dem „Klimafrühling Oberland“ eine große Bühne sicher ist. Die im Rahmen des Klimafrühlings 2018 angebotenen Veranstaltungen richteten sich an alle Bürgerinnen und Bürger der Region und konnten informieren, aktivieren und Lust am gemeinsamen Engagement wecken, denn beide Landkreise eint ein Ziel: Bis zum Jahr 2035 versorgt sich das Oberland vollständig aus erneuerbaren Energien und nimmt damit eine Vorreiterrolle im Klima- und Ressourcenschutz ein. Eine Aufgabe, die besonders vor dem Hintergrund der sensiblen Alpenregion große Herausforderungen und Chancen zugleich bietet.

Das Programm

Feierlich eröffnet wurde der letzte Klimafrühling in der voll besetzten Westtorhalle in Seehausen mit einem Keynote-Vortrag von Klimawandexperte Professor Ralf Ludwig von der Ludwigs-Maximilians-Universität in München, der mit seinen Einblicken in neueste Forschungserkenntnisse die Klimaschutzbemühungen im Oberland nochmals bestärkte.

In den folgenden drei Wochen gab es täglich an verschiedensten Orten in den Landkreisen insgesamt 76 Klimaschutz-Veranstaltungen.

Die Themenvielfalt des Klimafrühlings hatte selbst die Organisatoren überrascht, so Andreas Süß, Klimaschutzbeauftragter des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, der diese „Bühne für den Klimaschutz“



Klimaschutzmanager der Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen und Garmisch sind die Initiatoren. (Foto: Stefan Drexelmeier)



(Foto: Stefan Drexelmeier)

zusammen mit seinem Kollegen aus Garmisch-Partenkirchen und dem Zukunftswerk e.V. ins Leben gerufen hatte.

Walter Huber, Chef der Stadtwerke Bad Tölz, bot beispielsweise eine Führung durch das Isarkraftwerk an und zeigte ca. 25 Teilnehmenden die faszinierende Technik des 1958 in Betrieb genommenen Wasserkraftwerks, welches einen Teil des Tölzer Stroms erzeugt. „Ich hätte wirklich nicht gedacht, dass sich so viele dafür interessieren“, so Walter Huber.

Auch das größte Wasserkraftwerk der Region, das Walchenseekraftwerk, konnte im Rahmen des Klimafrühlings bei einer ganz besonderen Führung besichtigt werden. Für die 25 Besucher gab es die seltene Möglichkeit, das Wasserschloss des Kraftwerks zu besichtigen, also den Ort, an dem das Wasser aus dem Walchensee in ein riesiges Becken geleitet wird, bevor es durch die sechs 400 Meter langen Rohre in den 200 m tiefer gelegenen Kochelsee hinabstürzt und dort jährlich 300 Millionen Kilowattstunden Strom produziert.

Dass Klimaschutz weit mehr als erneuerbare Energien bedeutet, zeigten auch zahlreiche weitere Klimafrühling-Veranstaltungen, z. B. im Zusammenhang von Landwirtschaft und Klimawandel. Dabei sind wir alle – Landwirte wie Konsumenten – Verursacher und Opfer zugleich. Aber wie hoch ist der Einfluss der Landwirtschaft auf den Klimawandel und unsere Biodiversität tatsächlich? Können Landwirte nur Täter sein oder sogar Teil der Lösung? Die Macher vom Biotop Oberland e.G. – einer solidarischen Landwirtschaft aus dem Isartal – gingen diesen Fragen nach und

zeigten in ihrem Vortrag, wie Verbraucher und Erzeuger die Dinge selber in die Hand nehmen können.

Auch wie unser Plastikkonsum und der Klimawandel zusammenhängen, wurde beim Klimafrühling thematisiert. Alleine in Deutschland werden pro Jahr 5,2 Milliarden Plastiktüten verbraucht. Für deren Produktion benötigt man rund 260 Millionen Liter Erdöl. Welche Alternativen es gibt und wie jeder seinen Plastikkonsum verkleinern kann, konnten Besucher z. B. auf den Workshops „Kleinvieh macht auch Mist“ und „Müllfrei und selbstgemacht“ erfahren, welche vom Verein „Plastikfreie Zone Oberland e.V.“ angeboten wurden.

Auch Mobilitäts- und Verkehrsthemen durften natürlich beim ersten Klimafrühling im Oberland nicht fehlen. So luden der Kreisverband des ADFC – Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern – und die Stadt Wolfratshausen im Rahmen des Klimafrühlings zu einem Workshop „Verkehrswende Wolfratshausen“ ins Rathaus ein. Radverkehrsbeauftragte Susanne Leonhard zog ein rundum positives Fazit des Workshops. Gemeinsam loteten Stadtverwaltung, ADFC und interessierte Bürger die Möglichkeiten aus, wie in Wolfratshausen das Fahrrad verstärkt genutzt und so die Verkehrsprobleme der Stadt entschärft werden können.

Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen zählte beispielsweise die „Fair Freeski Movie Night“ mit CO₂-neutral



Karlheinz Seim hatte beim Klimafrühling eine Veranstaltung angeboten: „Eine Familie setzt die Energiewende um“. (Foto: Stefan Drexelmeier)

produzierten Skifilmen, die Exkursion auf die Klimaforschungsstation Schneefernerhaus oder die Veranstaltung „plants, poets and the piano“ mit einem Mix aus Kultur und Artenschutz zu den Highlights, so Florian Diepold-Erl, Klimaschutzmanager des Landkreises. Für ihn steht die Vernetzung der Akteure über die Landkreisgrenzen hinaus stark im Fokus: „Das hat sich beispielsweise in unserer Abschlussveranstaltung wiedergespiegelt. Hier waren nur die Veranstalterinnen und Veranstalter sowie Schlüsselakteure der Region eingeladen, um gemeinsam neue Projekte und Kooperationen zu initiieren.“

Nach dem Klimafrühling ist vor dem Klimafrühling

Die zahlreichen positiven Resonanzen haben die Organisatoren dazu bewogen, den Klimafrühling Oberland als Veranstaltungsformat 2019 wieder anzubieten. Und auch der Zeitraum für den 2. Klimafrühling Oberland steht bereits fest. Vom 14. März bis zum 7. April 2019 können erneut Veranstaltungen im Rahmen des Klimafrühlings durchgeführt werden. Vereine, Unternehmen, Kommunen, Bildungseinrichtungen



(Foto: Wolfgang Ehn)

oder Privatpersonen, die eine Veranstaltung im Rahmen des Klimafrühlings Oberland anbieten, profitieren u. a. von der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit zum Klimafrühling Oberland (u. a. Flyer, Plakate, soziale Medien, Inserate) und können so neue Partner, Netzwerke oder Interessenten gewinnen.

Umfasste das Veranstaltungsgebiet in diesem Jahr nur die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen, so haben sich für den Klimafrühling Oberland 2019 auch der Landkreis Miesbach und die Stadt Penzberg angeschlossen.

Aktuelle Informationen zum Klimafrühling Oberland sind jederzeit unter www.klimafruehling.com erhältlich.

Fazit

Es gibt sie in jeder Region – Ideen, Lösungsansätze und Initiativen für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften und Leben. Mit dem Klimafrühling Oberland wurde diesen kreativen Köpfen und Projekten eine große Bühne für den Klimaschutz in der Region geboten, auf der mit einem großen Spektrum an Themen knapp 2.000 Personen in drei Wochen erreicht wurden. Durch die Vielfalt an Themen und Veranstaltungsformaten wurden neue Zielgruppen von jung bis alt angesprochen und für Klimaschutz sensibilisiert und begeistert. Es sind neue Netzwerke und Kooperationsmöglichkeiten zwischen verschiedensten regionalen Akteuren entstanden, sodass die zukünftigen Herausforderungen beim Klimaschutz in der Region gestärkt angegangen werden können.

(LRA Bad Tölz-Wolfratshausen)

Nachahmen ausdrücklich erwünscht: das Klimaschutzkonzept des Landkreises Freyung-Grafenau

Das Thema Klimaschutz ist in aller Munde und trotzdem werden die Klimaziele, die sich Deutschland gesetzt hat, verfehlt. Jüngst veröffentlichte der Weltklimarat einen Sonderbericht, der die Bedeutung des 1,5-Grad-Ziels noch einmal verdeutlicht. Die Folgen der globalen Erwärmung sind längst Realität. Naturkatastrophen und Schäden an Ökosystemen sind weltweit präsent. Immer häufiger sind auch die Bürger Bayerns mit den Auswirkungen konfrontiert. Noch

können die Folgen des Klimawandels abgeschwächt werden, doch das setzt einen gelebten Klimaschutz jedes Einzelnen sowie der Akteure auf allen politischen Ebenen voraus. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch den Kommunen zu. Der niederbayerische Landkreis Freyung-Grafenau geht hier mit gutem Beispiel voran. Die Klimaschutzmanagerin des Landkreises, Verena Bauer, berichtet über die Erfolge vor Ort.



Aber braucht man eigentlich wirklich einen Klimaschutzmanager? Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) fördert das Bundesumweltministerium Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland. Der Landkreis Freyung-Grafenau hat diese Zuschüsse genutzt, um bereits im Jahr 2016 ein sogenanntes Klimaschutzteilkonzept kreiseigener Liegenschaften erstellen zu lassen. Dabei wurden sowohl die Gebäudetechnik als auch die Bauphysik aller kreiseigenen Gebäude untersucht und Maßnahmen zur energetischen Optimierung definiert. Im Anschluss wurde die zu 90 Prozent über die NKI geförderte Stelle eines Klimaschutzmanagers geschaffen, der diese Maßnahmen umsetzen sollte. Die Lokalpresse betitelte damals einen Artikel mit den Worten „Und jetzt noch ein Manager fürs Klima“. Seit Mai 2017 ist Verena Bauer im Amt der Klimaschutzmanagerin und hat gezeigt, dass sich das Modell bewährt. „Man braucht jemanden, der sich ausschließlich um dieses Thema kümmert, sonst geht es im Tagesgeschäft unter“, erklärt Reinhard Tolksdorf, Leiter des Sachgebiets Liegenschaften, Schulen, Energie am Landratsamt Freyung-Grafenau. Klimaschutzmanagerin Verena Bauer erklärt, dass neben der Initiierung und Koordination von Sanierungsmaßnahmen auch die Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeiter, Hausmeister, Lehrer und Schüler zu ihren Aufgaben gehört. Außerdem ist sie die Anlaufstelle für sanierungswillige Bürger, die sich im Dschungel der rund 6000 Förderprogramme in Deutschland nicht mehr zurecht finden. Der Landkreis Freyung-Grafenau hat dafür ein Projekt ins Leben gerufen, mit dem Energieberatungen bezuschusst werden und so der Einstieg in das energetische Sanieren erleichtert wird. Hohe Einsparungen beim eigenen Energieverbrauch erhofft man sich beim Landkreis auch durch das neu eingerichtete Energiecontrolling.



Drei Klimaschützer bei der Arbeit: Klimaschutzmanagerin Verena Bauer bespricht mit den beiden Hausmeistern des Landratsamts die Einstellungen der Heizung über Fernzugriff.

Energiecontrolling als wichtiges Einspartool

Was bei Firmen bereits seit Jahren gang und gäbe ist, ist im kommunalen Bereich erst im Kommen, das Energiemanagement. Darunter versteht man die Überwachung von Verbräuchen und deren geregelte Optimierung. Im Landkreis Freyung-Grafenau hat man sich im ersten Schritt auf den Heizungsbereich konzentriert, da dieser rund zwei Drittel der Energiekosten verursacht. Zwölf Jahre lang steuerte ein externer Contractor die Heizanlagen der kreiseigenen Liegenschaften. Seit Verena Bauer als Klimaschutzmanagerin dieses Tätigkeitsfeld übernommen hat, gibt es wieder einen internen Ansprechpartner dafür und man hat sich die Technik und das Know-how zurück ins Haus geholt. Dabei hatte man den Vorteil, dass bereits ein Großteil der Liegenschaften an lokale Nah- und Fernwärmenetze angeschlossen war. Der Betrieb der zugehörigen Heizkraftwerke mit Hackschnitzeln hatte zum einen zur Folge, dass man nur noch 34 Prozent konventionelle Heizenergie beziehen musste und zum anderen war in allen angeschlossenen Liegenschaften eine einheitliche Technik installiert, auf die man aufbauen konnte. Mit einer anerkannten Fachfirma als Partner konnte man die Steuerung erweitern und Klimaschutzmanagerin Bauer kann nun zentral von ihrem Rechner im Landratsamt auf alle Anlagen zugreifen und die gewonnenen Daten auswerten. Störungen und Probleme können so mit wenigen Mausklicks behoben werden. Ein ähnliches Controllingsystem soll im kommenden Jahr auch für den Strombereich initialisiert werden.

Der Hausmeister als Hauptakteur im kommunalen Klimaschutz

Wichtigster Mann in den kommunalen Liegenschaften ist noch immer der Hausmeister vor Ort. Er hat ebenfalls die Möglichkeit, über seinen Computer die Heizkreise seiner Liegenschaft zu überwachen, zu optimieren und Probleme zu beheben. Der Gang in den Heizraum wird also seltener, weil auch bequem vom Hausmeisterzimmer aus gearbeitet werden kann. „Die Hausmeister kennen die Schwachstellen der Gebäude am besten, deshalb ist es so wichtig, diese Multiplikatoren bestmöglich in die Prozesse des Klimaschutzmanagements einzubinden“, erklärt Verena Bauer. „Von ihnen kommen in der Regel die Ideen für neue Maßnahmen. Gemeinsam versuchen wir dann diese umzusetzen und die Einsparpotenziale möglichst gut auszuschöpfen“, so Bauer weiter. Einmal jährlich trifft sich die Klimaschutzmanagerin zudem mit allen

Liegenschaftshausmeistern, um sie zum Thema Energieeffizienz zu schulen und für aktuelle Themen zu sensibilisieren.

Das wurde in Freyung-Grafenau schon geschafft

Über 300 Maßnahmen wurden im Klimaschutzteil-konzept des Landkreises Freyung-Grafenau identifiziert. Die Einführung eines Energiecontrollingsystems ist nur eine davon. Sukzessive werden die weiteren abgearbeitet. Großes Thema dabei ist die LED-Technik. Die Anschlussleistung kann dadurch um durchschnittlich zwei Drittel verringert werden. „Natürlich kommen bei einer Beleuchtungssanierung auch hohe Kosten auf Kommunen zu. Bei uns haben sich aber trotzdem einige Projekte bereits nach weniger als einem Jahr amortisiert“, erklärt Klimaschutzmanagerin Bauer. Im Landkreis Freyung-Grafenau wurden etwa ein Wohnheim für Dachdeckerlehrlinge, eine Turnhalle und ein Dienstgebäude des Landratsamts bereits umgerüstet. Die Ausschreibung für die Umrüstung eines weiteren Dienstgebäudes läuft derzeit. Neben den Projekten rund um die LED-Technik rechnet die Klimaschutzmanagerin auch mit größeren Energieeinsparungen durch den Austausch der Fenster im Landratsamtsgebäude. Dabei fiel die Wahl auf dreifachverglaste Holz-Aluminium-Fenster mit einem U-Wert von 0,6 W/(m²K). Außerdem wird derzeit noch ein hydraulischer Abgleich des Heizsystems durchgeführt. Diese beiden Maßnahmen werden durch das Kommunale Investitionsprogramm bezuschusst. Sowohl die neuen Fenster als auch die nun gleichmäßig warm werdenden Heizkörper sparen nicht nur Energie, sie verbessern auch das Raumklima in den Büros. Dies zeigt, dass Energieeinsparung auch einen Komfortgewinn mit sich bringen kann und nicht automatisch mit Verzicht gleichgesetzt werden muss.

Die nächste Generation und die Folgen des Klimawandels

Die nächste Generation wird mit den Folgen des extensiven Ressourcenverbrauchs leben müssen und auf eine Umwelt, wie man sie heute kennt, in immer größerem Umfang verzichten müssen. Deshalb ist es der Klimaschutzmanagerin in Freyung-Grafenau ein wichtiges Anliegen, auch Lehrer dabei zu unterstützen, Jugendliche für das Thema zu sensibilisieren. Verena Bauer kommentiert: „Kinder verstehen die Zusammenhänge oft schneller als Erwachsene und animieren dann ihre Eltern, beim Klimaschutz mitzumachen. Berichte über solche Erfolge zu hören, ist eigentlich das



Schüler des Gymnasiums Grafenau besuchen mit ihrem Lehrer die Ausstellung zum Thema Energiewende.

Schönste an meinem Job.“ Einmal im Jahr organisiert sie eine Ausstellung für Schüler und andere Interessierte. „Energiewende“, „Klimafaktor Mensch“ und „Rettet die Welt“ sind die Titel der bisherigen und geplanten Ausstellungen. Sie zeigen beispielhaft, was jeder Einzelne zum Klimaschutz beitragen kann: weniger Autofahren, öffentlichen Nahverkehr nutzen, Energie sparen, Ökostrom beziehen, biologisch erzeugte Lebensmittel essen und nachhaltiger konsumieren. „Wenn jeder Einzelne einen kleinen Beitrag leistet, ist Klimaschutz machbar“, erklärt Klimaschutzmanagerin Verena Bauer abschließend.

Ein Nachahmen der Klimaschutzaktivitäten des Landkreises Freyung-Grafenau ist ausdrücklich erwünscht. Haben nicht zuletzt auch die Landtagswahlen gezeigt, dass den Bürgern „grüne Themen“ immer wichtiger werden. Die Klimakrise kann nur mit dem Zutun jedes einzelnen Bürgers gelöst werden. Gleichzeitig müssen die Kommunen auch ihrer Verantwortung und Vorbildfunktion gerecht werden und beim Klimaschutz anpacken und vorangehen. Wieso nicht jetzt damit anfangen? (LRA Freyung-Grafenau)

Neue LED und alte Leuchtstoffröhren im Vergleich: Neben Energieeinsparung bieten sie auch eine verbesserte Lichtausbeute.



Landkreis Berchtesgadener Land als Europäische Energie- und Klimaschutzkommune ausgezeichnet



Vertreter des Landkreises mit Gratulanten bei der Verleihung des European Energy Award (von links): Martin Sambale (eea-Landesgeschäftsstelle Bayern), Dr. Marcel Huber, MdL (Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz), Stellvertretender Landrat Rudolf Schaupp, Manuel Münch (Klimaschutzmanager Landkreis Berchtesgadener Land), Dr. Willie Stiehler (Energieagentur Südostbayern), Martin Sailer (eea-Berater) und Dr. Armand Dütz (eea-Bundesgeschäftsstelle) / Foto: © eza!

Seit Jahren arbeitet der Landkreis Berchtesgadener Land konsequent an der Umsetzung seines Klimaschutzkonzeptes, das im Jahr 2013 durch den Kreistag beschlossen wurde. Dem selbstgesteckten Ziel des Landkreises, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um knapp die Hälfte gegenüber dem Jahr 2010 zu reduzieren und erneuerbare Energien bei Wärme und Strom deutlich auszubauen, folgten zahlreiche Klimaschutzprojekte, die seit Beschluss des Konzeptes umgesetzt wurden.

Um Klimaschutz im Berchtesgadener Land voranzutreiben, hat der Landkreis nicht nur seine kreiseigenen Liegenschaften im Blick, die über die letzten Jahre sukzessive energetisch saniert wurden. Mit der Gründung der Energieagentur Südostbayern wurde zusammen mit dem Landkreis Traunstein eine zentrale Anlaufstelle in Energiefragen mit einer kostenlosen Energie-Erstberatung für Bürger geschaffen. Zudem hat der

Landkreis gemeinsam mit allen Städten, Märkten und Gemeinden Energienutzungspläne mit bayernweitem Vorbildcharakter erarbeitet. Diese geben unter anderem ganz konkret darüber Auskunft, welche Dächer sich für eine Solarenergienutzung eignen, wo Wärme eingespart und Wärmenetze ausgebaut werden können sowie welche Möglichkeiten beim Ausbau der Wasserkraft im Landkreis bestehen.

Dieses herausragende Engagement wurde am 23. Oktober 2018 durch den Bayerischen Umweltminister Dr. Marcel Huber mit dem European Energy Award ausgezeichnet. „Klimaschutz passe hervorragend zum Landkreis Berchtesgadener Land mit seiner herrlichen Landschaft“, begann Staatsminister Dr. Marcel Huber seine Laudatio bei der Preisverleihung in Wildpoldsried im Allgäu. Als einziger Landkreis in Bayern ist das Berchtesgadener Land bei der diesjährigen Verleihung als Europäische Energie- und Klimaschutzkommune

mit dem European Energy Award (eea) ausgezeichnet worden. „Klimaschutz beginnt vor Ort. Mit großem Willen und innovativen Projekten gehen die Kommunen im Freistaat jeden Tag mit gutem Beispiel voran“, lobte Umweltminister Huber die insgesamt neun ausgezeichneten Kommunen aus ganz Bayern und betont: „Der European Energy Award soll Anerkennung für das Geleistete und Ansporn für die Zukunft sein.“ Für den Landkreis nahmen der stellvertretende Landrat Rudolf Schaupp, Klimaschutzmanager Manuel Münch, stellvertretend für den Energiebereich, und Dr. Willie Stiehler von der Energieagentur Südostbayern die Auszeichnung entgegen.

Lobend erwähnte Umweltminister Huber auch die Aktivitäten zum Thema Mobilität: der Einsatz des Landkreises zur Schaffung neuer Bahnhaltepunkte, die Finanzierung der kostenlosen Radbeförderung in Zügen und die Entwicklung eines intermodalen

Mobilitätskonzeptes zur Stärkung umweltfreundlicher Mobilitätsformen.

Entscheidend für die Auszeichnung mit dem European Energy Award ist nicht ein einzelnes vorbildlich umgesetztes Projekt, sondern die Summe der Aktivitäten, deren Effekte sowie das langjährige Engagement der Kommune auf verschiedenen Ebenen für eine nachhaltige Entwicklung. Die Bewertung wird durch unabhängige Auditoren nach europaweit standardisierten Kriterien durchgeführt. Zu den Handlungsfeldern zählen: Raumordnung und kommunale Entwicklungsplanung, kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation, Kommunikation und Kooperation. Weitere Informationen zu den Klimaschutzaktivitäten des Landkreises gibt es unter www.klimaschutz-bgl.de.

(LRA Berchtesgadener Land)

Adaptiv. Innovativ. Nachhaltig. Der Klimaschutz im Landkreis Kulmbach.

Von Ingrid Flieger, Klimaschutzmanagement, Landkreis Kulmbach

Vorausschauend veränderte Umwelt- und Klimabedingungen im Blick zu haben, innovative, kreative und nachhaltige Projekte bewusst und zielgerichtet auf den Weg zu bringen, umzusetzen und aktiv Anpassungsstrategien an den Klimawandel zu entwickeln, all das zeichnet den Landkreis Kulmbach aus. Seit mehr als zwei Jahrzehnten setzt er sich unermüdlich und konsequent für den Klimaschutz ein. Die Fähigkeit zur Vernetzung, hohe Kompetenz und das Miteinander sind Markenzeichen der Energie- und Klimaschutzpartner vor Ort. Der Landkreis Kulmbach hat sich in den zurückliegenden Jahren als Klimaschutz-Landkreis positioniert. Zahlreiche Maßnahmen sprechen dafür.

Bereits 1997 wurde in den Gremien des Kreistags über ein Kulmbacher Energiebündnis diskutiert. Nach einem einstimmigen Beschluss für die Umsetzung des Aktionsprogramms Agenda 21 wurde der Agenda-Bei-

rat installiert, die Arbeitskreise „Energie und Klimaschutz“ und „Schule und Umwelt“ sowie das Agenda-Forum eingerichtet.

**Einrichtung. Energieagentur Oberfranken.
1997/1998.**

Unter Federführung des AGENDA 21-Beirates des Landkreises Kulmbach wurde 1998 in Kooperation mit allen Landkreisen Oberfrankens die Gründung der Energieagentur Oberfranken e.V. als zukunftsweisendes Projekt beschlossen. Mitglieder sind nicht nur zahlreiche Städte, Gemeinden und Kreise aus Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie der Oberpfalz, sondern vor allem Akteure der Energiewende aus ganz Deutschland, also Versorger, Stadtwerke oder namhafte Hersteller und Händler, aber auch Umwelt- und Verbraucherverbände. Die Energieagentur Oberfranken berät produktneutral und objektiv in allen Fragen rund um das Thema Energieeffizienz und erneuerbare Energien.



Kommunales Energiemanagement (KEM). Energiemasterplan. Ökostrom für alle Liegenschaften.

Seit 2000 führt die Energieagentur das kommunale Energiemanagement für alle Liegenschaften des Landkreises durch. Erfasst werden die Energie- und Wasserverbräuche. Für jede Liegenschaft wurde ein Masterplan für die Sanierung erstellt. Entsprechende Maßnahmen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung wurden und werden angestoßen. Für alle Liegenschaften des Landkreises Kulmbach kommt Ökostrom zum Einsatz.

Im Rahmen des KEM organisiert der Landkreis Kulmbach in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Oberfranken die Schulung und Fortbildung für die Hausmeister und umweltbeauftragten Lehrkräfte aller Schulen und Liegenschaften des Landkreises. Bei den Schulungen liegt der Schwerpunkt auf den Handlungsfeldern Energie, Wasser und Abfall. Abfallvermeidung und die Steigerung der Recyclingquote ist ein bedeutender Beitrag zum Klimaschutz. Gerade in Schulen kann die Erfassungsquote noch gesteigert werden. Auch die Schulung im Bereich des kommunalen Energiemanagement ist unerlässlich. Zu nennen ist der hydraulische Abgleich sowie das Verdeutlichen der großen Energieeinsparpotenziale in allen Liegenschaften des Landkreises und der Städte, Märkte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften.

Wald. Umbau. Klimawandel. Klimaanpassung. Wald. Erlebnis. Tag.

In Kooperation mit dem Bayerischen Staatsforsten und dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Außenstelle Stadtsteinach, werden seit 1999 Walderlebnistage mit einem umfangreichen Programm für alle Zielgruppen organisiert. Nachhaltiger Waldbau, Zapfenpflücker, historische Baumfällung und historische Schneidmühle, Vorführungen mit dem Spannungssimulator und Fixlängenkatapult, Bauen mit Holz, Blockhausbau für Jedermann, Brennholzaufbereitung, Hackschnitzelerzeugung mit dem Großhacker, Heizen mit Holz, usw. gehören dazu.

Klima-Offensive. Klima-Rat. Klima-Leitstelle.

Bereits 2007 beschloss der Kreistag einstimmig eine verstärkte Klima-Offensive mit der Einrichtung eines Klima-Rates und einer Klima-Leitstelle. Viele Aktionen und Projekte wurden seitdem durch die Gremien des Kreistags gefördert.

Private Haushalte. Energie. Beratung.

Auf Wunsch des Kreistags wurde eine externe und produktneutrale Energie- und Klimaschutzberatungsstelle bei der Energieagentur Oberfranken eingerichtet. Die Kosten hierfür übernimmt der Landkreis Kulmbach. Denn: Nur eine langfristig angebotene Energie-Beratung ist auch eine nachhaltige.

Förderprogramm. Klimaschutz. Vereine.

Vereine, die aktiv Jugendarbeit betreiben, können seit 2008 beim Landkreis Kulmbach für investive Maßnahmen zum Klimaschutz einen Förderantrag stellen. Förderfähig sind u. a. Wärmeschutzmaßnahmen der Gebäudehülle, Solaranlagen, die Erneuerung von Heizungsanlagen, Anlagen zur Regenwassernutzung, der Einbau von BHKW. Die Antragstellung für das Förderprogramm erfolgt über die kommunale Jugendarbeit.

Klimaschutz. Konzept. Controlling. 2009 – 2010.

Das integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises Kulmbach wurde mit Bundesmitteln gefördert. Erstellt wurde es in Kooperation mit der Energieagentur Oberfranken, der Energieregion Nürnberg, den Gemeinden und dem Klima-Rat. Die Kernbereiche zur CO₂-Reduktion sind entsprechend des Klimaschutzkonzeptes unter anderem Steigerung der energetischen Sanierungsquote und -qualität im Gebäudebestand, Ausbau der erneuerbaren Energien bei der Strom- und Wärmeerzeugung, erweiterter Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung, Steigerung der Stromeffizienz bei privaten, gewerblichen und kommunalen Verbrauchern, umweltfreundliche Gestaltung des Verkehrs durch nachhaltige Förderung des ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr. Ein Controllingkonzept mit Indikatorenmodell wurde ebenfalls erstellt.

Unbefristet. Effektiv. Nachhaltig. Klimaschutzmanagement. Bundesförderung. Maßnahme.

Das Tätigkeitsfeld des Klimaschutzmanagements ist breit gefächert. Energie und Klimaschutz sind querschnittsübergreifende Aufgaben.

Das Klimaschutzmanagement fördert die Vernetzung der Aktivitäten in Kooperation mit den verschiedenen Fachabteilungen des Landratsamtes, den Gemeinden des Landkreises, der Energieagentur Oberfranken e.V., der Energieagentur Nordbayern GmbH, dem Kompe-

tenznetzwerk Wasser und Energie Oberfranken Ost, der Energievision Frankenwald e.V., dem Lenkungs-kreis Klimaschutz der Metropolregion und zahlreichen weiteren Partnern aus dem Sektor Energie und Klima-schutz.

Im Rahmen der bewilligten Förderung für die Verlän-gerung des Klimaschutzmanagements konnte der Landkreis Kulmbach einen Antrag auf einen Zuschuss zur Umsetzung einer ausgewählten investiven Maß-nahme stellen. Entsprechend der Förderrichtlinien können ausgewählte Maßnahmen mit 50 % gefördert werden, max. jedoch bis zu 200.000 €.

In Kooperation mit der Hochbauverwaltung und der Kämmerei wurde die Maßnahme „Energetische Sanie-rung von Teilflächen des Flachdachs inkl. Lichtkuppeln, Dach und Fassade der Lüftungszentrale des Beruflichen Schulzentrums mit extensiver Dachbegrü-nung“ ausgewählt. Die Maßnahme wurde 2017/2018 realisiert.

Das Klimaschutzmanagement des Landkreises Kulm-bach wurde von Oktober 2012 bis Oktober 2017 mit bis zu 65 % vom Bund gefördert. Im Anschluss an die Förderphase verstetigte der Landkreis Kulmbach das Klimaschutzmanagement.

Mobilität. Verhalten. Änderung.

Mitfahrzentrale MiFaZ. Pendlerparkplätze.

Gemeinsam fahren und Sprit sparen – ein Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, welches bereits im Jahr 2005 gestartet wurde. Die Kosten für das Online-Port-al übernimmt der Landkreis Kulmbach. Zugleich wurden seitens der Kommunen die Pendler-Parkplätze neu gestaltet.

Elektromobilität. Fuhrparkanalyse. Modellprojekt.

Der erste Aktionstag zur Elektromobilität fand bereits 2012 vor dem Landratsamt Kulmbach statt. Ein Son-derprojekt der Auszubildenden, eine Fuhrparkanalyse für den Einsatz von E-Fahrzeugen in unserem Fuhr-park zu erstellen, gewann 2014 den Ausbildungspreis des AK „Schule und Wirtschaft“. Mittlerweile sind von sieben eingesetzten Dienstfahrzeugen drei E-Fahr-zeuge im LRA-Fuhrpark im Einsatz.

Der Landkreis Kulmbach ist Mitglied im Forum Kli-maschutz der Metropolregion Nürnberg. In Koopera-

tion mit der N-ERGIE (Nürnberger Stadtwerke) wurde eine E-Ladesäule im August 2016 auf dem Besucherparkplatz des Landratsamtes errichtet. Zukunftsforen im Energiewerk Franken sowie der „Treffpunkt Elektromobilität“, Workshops zur Lade-technologie, Reichweiten und zum Aufladen von E-Autos sowie E-Mobilitätssprechstunden tragen zur Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit bei. Für den gezielten Aufbau der Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum wurde ebenfalls 2016 ein Modellprojekt in Kooperation mit der N-ERGIE für die Gemeinden initiiert.

Autofreier Sonntag. KlimaMeile.

Seit dem Jahr 2009 veranstaltet der Landkreis Kulm-bach in Kooperation mit den Gemeinden Ködnitz und Trebgast sowie dem Bund Naturschutz im zweijähri-gen Rhythmus einen autofreien Sonntag mit einer KlimaMeile im bezaubernden Weißmaintal. Pro Ver-anstaltung sind jeweils bis zu 10.000 begeisterte Rad-ler, Walker, Spaziergänger oder Inline-Skater auf der Strecke.

Der 6. Autofreie Sonntag des Landkreises Kulmbach findet am 5. Mai 2019 statt.

Photovoltaik-Anlagen. Fassade. Dach. Netzeinspeisung. Eigenstromverbrauch.

Auf verschiedenen Liegenschaftsdächern wurden PV-Anlagen zur Einspeisung ins Netz installiert, zudem betreibt der Landkreis Kulmbach seit 2016 zwei PV-Anlagen zum Eigenstromverbrauch, d. h. der erzeugte PV-Strom wird direkt in das Netz der Liegenschaft ein-gespeist, weitere Anlagen folgen.

Fachkräfte. Energiewende. Kreativ-Wettbewerb. Schreiner-Innung Kulmbach.

Seit 2012 gibt es einen Kreativ-Wettbewerb, der darauf zielt, bei den Schülerinnen und Schülern die Begeis-terung für den Beruf des Schreiners zu wecken. Dieser Wettbewerb für die Schreiner-Innung ist ein unver-zichtbarer Baustein zur Sicherung der Fachkräfte für die Betriebe, die Region und für die Energiewende ge-worden. Schreiner werden dringend für die aktive Energiewende, z. B. für die energetische Sanierung bei Altbauten (Einsatz Fenster, Türen etc.) gebraucht.

Forum. Zukunft. Landkreis Kulmbach. Cluster „Energie / Innovation / Bauen“.

Der Landkreis Kulmbach präsentierte sich von Mai 2016 bis April 2017 im Haus der bayerischen Landkreise in München mit einer Ausstellung unter dem Titel „Der Landkreis Kulmbach – Das Herz Oberfrankens“. Im Rahmen dieser Ausstellung kreierte das Klimaschutzmanagement des Landratsamtes Kulmbach in Kooperation mit vielen Partnern aus Wirtschaft, Industrie und Handwerk das zweitägige Forum Zukunft des Clusters „Energie / Innovation-Bauen“. Am 9. und 10. November 2016 stellten hochkarätige und international agierende Unternehmen aus dem Landkreis Kulmbach ihre zukunftsweisenden und innovativen Konzepte vor. Dabei wurden in interessanten Fachvorträgen unter anderem die Bereiche Energieversorgung, Anlagenbau, Energieeffizienz, Wärmepumpentechnologie, Geothermie, Bauen, Wohnen und Energetische Sanierung thematisiert. Im Rahmen des Forums konnten nicht nur wirtschaftliche Vertreter, sondern auch die Hochschulen in die Veranstaltung eingebunden werden.

Klimaschule. Bildung. Zukunft.

Die Klimaschule des Landkreises Kulmbach ist ein zukunftsweisendes und nachhaltiges Bildungsprojekt für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Für das herausragende Projekt der Klimaschule wurde ein einzigartiges Kooperationsnetzwerk mit Vereinen, Verbänden und der Wirtschaft im Landkreis Kulmbach geschaffen. Die Klimaschule bietet praxisnahe Bildungspro-

jekte für alle Altersstufen in verschiedenen Handlungsbereichen an. Nach Absprache mit dem Klimaschutzmanagement des Landkreises Kulmbach werden die Kosten für Pädagogik, Referenten und eingesetzte Materialien vom Landkreis Kulmbach übernommen.

Digitale. Energieplanung. 4.0.

Das Forschungsprojekt „Anwendung sektoral gekoppelter Energietechnologien (SEGE)“ bietet dem Landkreis Kulmbach eine nahtlose Fortführung der bereits erarbeiteten Grundlagen im Bereich des Wärmebedarfes im Gebäudebestand und der oberflächennahen Geothermie auf Grundstücksebene an. Der Landkreis Kulmbach beteiligt sich als auserwähltes Reallabor mit einer Liegenschaft, um die Kalibrierung von Energiedaten an einem konkreten Objekt mit realen Daten in Echtzeit zu ermöglichen. Ausgewählt wurde in Kooperation mit allen Beteiligten die Fachschule für Lebensmitteltechnik.

Bio. Fair. Regio.

Auf dem Weg zur Öko-Modellregion.

Der Landkreis Kulmbach hat die Entscheidung getroffen, den Titel „Fair-Trade-Kreis“ anzustreben. Zusätzlich bewirbt er sich im Rahmen des Wettbewerbs BioRegio Bayern für eine staatlich anerkannte Öko-Modellregion.

Radwegekonzept im Landkreis Fürstfeldbruck

Der Landkreis Fürstfeldbruck hat sich zum Ziel gesetzt, den Radverkehr zu fördern und die Anzahl der Fahrradfahrer deutlich zu erhöhen. Radeln hilft nicht nur der eigenen Gesundheit, sondern fördert auch den Umwelt- und Klimaschutz. Zusätzlich kann eine Steigerung des Radverkehrs die regionale Wirtschaft und den Tourismus unterstützen.

Hierfür wird derzeit ein integriertes Radwegekonzept für Alltags- und Freizeitradwege im Landkreis entwickelt. Für das Radwegekonzept wurden mittlerweile rund 700 km an Radverkehrsverbindungen abgefahren und auf Verkehrssicherheit, Wegezustand, Wegebreite sowie auf mögliche Gefahrenstellen untersucht. Neben der Befahrung des Radwegenetzes fand im Februar 2018 eine Bürgerbeteiligung statt, welche großen An-



Eine einheitliche landkreisweite Beschilderung ist im Zuge des Radwegekonzeptes des Landkreises Fürstfeldbruck geplant.

klänge fand und von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt wurde. Derzeit werden die Befragungsergebnisse sowie die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ausgewertet und die Handlungsempfehlungen für jede Kommune zusammengestellt. Zusätzlich zur Aufbesserung der Radinfrastruktur wird auch eine landkreisweite einheitliche Beschilderung Teil des Radwegekonzeptes. Das fertige Radwegekonzept soll bis Anfang nächsten Jahres vorliegen. www.lra-ffb.de/mobilitaet-sicherheit/radverkehr/

Mängelmelder zur Radinfrastruktur im Landkreis Fürstfeldbruck

Die im Februar 2018 stattgefundenene Bürgerbeteiligung zum Thema Radverkehr im Landkreis Fürstfeldbruck hatte einen sehr großen Erfolg. Das hat die Verantwortlichen veranlasst, den Online-Mängelmelder zum Radwegenetz weiterhin zu nutzen. Um die vorhandene Infrastruktur zu erhalten, gibt es auf der Homepage des Landratsamtes deshalb eine interaktive Karte, auf der man kleinere Mängel (umgefahrenere oder verdrehte Schilder, Hindernisse auf den Wegen, Wur-

zelaufbrüche oder Schlaglöcher) melden kann. Diese werden anschließend geprüft und wenn möglich behoben. <https://maps.lra-ffb.de/> (LRA Fürstfeldbruck)



Durch die Verdichtung des Radwegenetzes, die durch das Radwegekonzept erreicht werden soll, sollen bessere und sichere Verbindungen für Radfahrer entstehen.

#BUSFAHREN

Landrat Tritthart stellt Imagekampagne für den ÖPNV vor

Das Herzstück des flächendeckenden öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis Erlangen-Höchstadt sind 45 Buslinien. Im Zusammenspiel mit drei Bahnverbindungen erschließen sie die Region, bringen Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler sowie andere Reisende an ihr Ziel – und gewährleisten landkreisübergreifende Verbindungen. Um die Bekanntheit des ÖPNV zu steigern, stellt das Landratsamt sein Busangebot nun in den Mittelpunkt der Imagekampagne #BUSFAHREN. Sie wurde gemeinsam mit der Agentur KONTEXT public relations entwickelt und ist auf der Internetseite www.busfahren-erh.de beheimatet.

„Aktuell liegt der Anteil der ÖPNV-Nutzerinnen und Nutzer am gesamten Verkehrsaufkommen im Landkreis bei sechs Prozent. Im nationalen Vergleich ist das überdurchschnittlich gut. Wir sehen aber durchaus noch Luft nach oben“, so Landrat Alexander Tritthart (CSU) bei der offiziellen Vorstellung der Kampagne.

„Wir wollen unser Angebot daher konsequent ausbauen, die Bürgerinnen und Bürger mit der Kampagne über alle Neuerungen informieren und so noch mehr Menschen für die Landkreis-Busse gewinnen.“

Zum Auftakt der #BUSFAHREN-Kampagne wurde eigens ein Linienbus vor dem Landratsamt geparkt. Christopher Prohl von KONTEXT public relations erklärt: „Es gibt eine ganze Reihe guter Gründe, in die Landkreis-Busse umzusteigen. Im Zuge der Kampagne wollen wir sie herausarbeiten und mit verschiedenen Online- und Offline-Aktionen in die Bevölkerung tragen.“

Die #BUSFAHREN-Kampagne ist zunächst auf drei Monate angelegt. In jedem Monat steht ein guter Grund fürs Busfahren im Mittelpunkt. Den Anfang macht #BUSFAHRENverbindet, bei dem sich alles um das flächendeckende Liniennetz im Landkreis, die WLAN-Busse und die Begegnungen von Menschen



Christopher Prohl von der Agentur Kontext public relations präsentiert Landrat Alexander Tritthart den #BUSFAHREN-Beutel, einen der Streuartikel der Kampagne.



Das Logo der neuen #BUSFAHREN-Kampagne zielt ab sofort die Heckscheiben der Landkreis-Busse, wie hier vor dem neuen Landratsamt.

im Bus dreht. Anschließend folgt #BUSFAHRENSchont, hier werden vor allem Umweltaspekte beleuchtet. Der dritte gute Grund, #BUSFAHRENSpannt, zielt auf die geschonten Nerven busfahrender Pendlerinnen und Pendler ab, thematisiert aber auch die Möglichkeit, das Verkehrsaufkommen in Städten zu reduzieren. Schließlich ersetzt ein Bus im Schnitt 30 Autos, wie der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer in seiner aktuellen Umweltbilanz mitteilt.

Auf der Webseite und den verbundenen Social-Media-Kanälen stehen neben Argumenten fürs Umsteigen auch weitere Informationen rund um das Thema Bus-

fahren bereit. Hierzu zählen Fahrplaninfos, Neuigkeiten und Ausflugsziele in der Region, die mit Bus und Bahn erreichbar sind.

Über die Kampagne

Website: www.busfahren-erh.de

Facebook:

<https://www.facebook.com/busfahren.erh/>

Instagram:

https://www.instagram.com/busfahren_erh/?hl=de

YouTube:

<https://www.youtube.com/channel/UCFFf98VLA6Tst6qpxlTYFJw/featured>

(LRA Erlangen-Höchstadt)

Modellversuche für den Radverkehr in Bayern

Um das Maßnahmenspektrum zur Sicherung des Fahrradverkehrs zu erweitern, führt die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) gemeinsam mit der Technischen Hochschule Nürnberg im Zeitraum von 2018 bis 2020 ein Forschungsprojekt durch. Auf verschiedenen Straßenabschnitten in bayerischen Kommunen werden unterschiedliche Maßnahmen und deren Wirkung auf die Sicherheit des Radverkehrs untersucht. Das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr unterstützt das Vorhaben finanziell und beratend.

Hintergrund und Ziele des Forschungsprojektes

In zahlreichen bayerischen Kommunen besteht ein sehr großes Interesse, Alternativen zum Mischverkehr oder bessere Führungsmöglichkeiten für den Radverkehr zu finden. Wenn Radfahrer im Mischverkehr auf der Fahrbahn bei vergleichsweise hohen Kfz-Belastungen fahren, keine eigenen Flächen für den Radverkehr zur Verfügung stehen, kritische Verknüpfungsstellen oder Engstellen vorhanden sind, wird Handlungsbedarf für mehr Sicherheit für den Radverkehr gesehen.

Immer wieder ist es aber auch einfach die Unsicherheit bei Radfahrern und Autofahrern, wer wo fahren darf oder soll, die zu Konfliktsituationen führt. Mit dem Forschungsprojekt sollen Maßnahmen für mehr Fahrradfreundlichkeit und Verkehrssicherheit in den Kommunen evaluiert werden, denn nur wer sich als Radfahrer sicher fühlt, wird das Rad auch häufig benutzen.

Die AGFK Bayern untersucht gemeinsam mit den Projektpartnern in folgenden Modellversuchen in besonderen und kritischen Straßenbereichen spezielle Kennzeichnungen und ausgewählte Führungsformen für den Radverkehr, um die Situation für alle Verkehrsteilnehmer klarer und sicherer gestalten zu können:

- Fahrradpiktogramme auf der Fahrbahn
- Kennzeichnung von Radwegen ohne Benutzungspflicht
- Einseitige Schutzstreifen innerorts
- Tempo 30 in Hauptverkehrsstraßen

Elf bayerische Kommunen beteiligen sich an den Modellversuchen. Die Technische Hochschule Nürnberg untersucht die Wirkung der Maßnahmen auf die subjektive und objektive Sicherheit sowie die Wahrnehmung und ggf. Verhaltensveränderung bei allen Verkehrsteilnehmern. Die Evaluation der Wirkungen der Maßnahmen basiert vor allem auf empirischen Erhebungen mit Vorher-Nachher-Vergleich für die Untersuchungsstrecken. Ziel des Forschungsprojektes ist es, Empfehlungen zu Einsatzkriterien der jeweiligen Maßnahme sowie ggf. auch Ausschlusskriterien herauszuarbeiten.

Bei den Projekten wird teilweise über die bisherigen Regelungen in der Straßenverkehrs-Ordnung und deren Verwaltungsvorschriften hinausgegangen. Laut AGFK Bayern Vorsitzenden Landrat Matthias Dießl können von den Modellprojekten zahlreiche Kommunen profitieren: „Ziel der AGFK Bayern ist es, mit den Ergebnissen der Modellversuche die geltenden Regelwerke fortzuschreiben. Wir wollen untersuchen, wie das Miteinander im Verkehr gerade an kritischen Stellen und in engen Straßen sicherer und besser gestaltet werden kann. Die Erkenntnisse aus den Modellversuchen könnten deshalb von bundesweitem Interesse sein.“

Die Ergebnisse der Untersuchungen werden im Frühjahr 2020 erwartet.

Teilnehmende Kommunen

- Andechs (Landkreis Starnberg): Fahrradpiktogramme auf der Fahrbahn
- Cadolzburg (Landkreis Fürth): Tempo 30 in Hauptverkehrsstraßen
- Erlangen: Fahrradpiktogramm auf Fahrbahn, einseitiger Schutzstreifen innerorts
- Fattigau (Landkreis Hof): Fahrradpiktogramm auf Fahrbahn, einseitiger Schutzstreifen innerorts
- Fürstenfeldbruck: einseitiger Schutzstreifen innerorts, Tempo 30 in Hauptverkehrsstraßen
- Gräfenfing: Kennzeichnung von Radwegen ohne Benutzungspflicht
- Gröbenzell: Tempo 30 in Hauptverkehrsstraßen
- Regensburg: Kennzeichnung von Radwegen ohne Benutzungspflicht, Tempo 30 in Hauptverkehrsstraßen
- Weßling (Landkreis Starnberg): Kennzeichnung von Radwegen ohne Benutzungspflicht
- Wolfratshausen: einseitiger Schutzstreifen innerorts
- Wörthsee (Landkreis Starnberg): einseitige Schutzstreifen innerorts

Die Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Ilse Aigner, sowie AGFK Bayern Vorsitzender und Landrat Matthias Dießl und Professor Dr. Harald Kipke kündigen die Modellversuche in einem gemeinsamen Videoclip an: <https://youtu.be/LiJcI4QoECc>. (AGFK)

In der AGFK Bayern haben sich derzeit 65 bayerische Kommunen mit insgesamt mehr als 5,2 Millionen Einwohnern mit dem Ziel zusammengeschlossen, gemeinsam den Radverkehr zu fördern, Erfahrungen auszutauschen und Synergieeffekte zu nutzen. Die AGFK Bayern vertritt die Interessen ihrer Mitglieder im Radverkehrsbereich u. a. in der Landes- und Bundespolitik und bei kommunalen Spitzenverbänden. Dazu zählen sowohl die Förderung einer radverkehrsfreundlichen Mobilitätskultur als auch der Ausbau von Radrouten und die Erhöhung der Sicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer. Alle Mitglieder werden nach einem Kriterienkatalog auf ihre Fahrradfreundlichkeit geprüft.

Kontakt:

AGFK Bayern Geschäftsführung
Sarah Guttenberger
Telefon: 09131 862 419
sarah.guttenberger@agfk-bayern.de

Startschuss für das Mietradsystem im Landkreis München gefallen

Knapp zwei Jahre wurde geplant und gearbeitet, bis es soweit war: Seit Oktober 2018 rollen die ersten Mieträder durch den Landkreis München. Damit schlägt der Landkreis ein neues Kapitel in Sachen Mobilität auf und führt als erste Region außerhalb eines großen Stadtzentrums ein flächendeckendes Mietradsystem ein.

Zu diesem Zweck hatte der Kreistag des Landkreises München 2016 beschlossen, das in der Landeshauptstadt München bereits etablierte System „MVG Rad“ auf das Landkreisgebiet auszuweiten und der engen infrastrukturellen Verbindung von Stadt und Landkreis München somit ein weiteres Element hinzuzufügen. Hierfür sind der Landkreis und die Landeshauptstadt eine umfassende Kooperation eingegangen.

Feierliche Enthüllung der ersten Station mit Staatsministerin Ilse Aigner – aktionsgeladenes Bürgerfest im Anschluss

Die Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr und stellvertretende Ministerpräsidentin Ilse Aigner hat gemeinsam mit Landrat Christoph Göbel und Oberbürgermeister Dieter Reiter die ersten Meter



Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Ilse Aigner, Garchings Erster Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann (halb verdeckt), Landrat Christoph Göbel und MVG-Geschäftsführer Ingo Wortmann bei der Enthüllung der ersten MVG Rad-Stele im Landkreis München am Garchinger Maibaumplatz

mit den neuen Mieträdern rund um den Garchinger Maibaumplatz zurücklegt.

Im Anschluss an die offizielle Enthüllung der ersten Mietradstation im Landkreis veranstaltete die Stadt Garching mit Unterstützung durch Landkreis und MVG ein großes Bürgerfest rund um den Garchinger Maibaumplatz. Gemeinsam hatten die Beteiligten dafür ein buntes Aktivprogramm auf die Beine gestellt. Interessierte hatten die Möglichkeit, die MVG Räder einem ersten Test zu unterziehen, an der Radlwaschanlage die eigenen Zweiräder sauberzumachen, sich beim Slowbiking-Contest im Langsamfahren zu üben oder bei Polizei, ADFC und MVG spannende und wichtige Informationen rund um das Radfahren zu erhalten.

Erste Stationen in Garching und Ismaning – 19 beteiligte Kommunen insgesamt

Bis Mitte 2019 werden insgesamt mehr als 100 Mietradstationen in 19 Kommunen errichtet, die ein bedarfsgerechtes und attraktives verkehrliches Netz bilden. Den Auftakt bilden die Stadt Garching und die Gemeinde Ismaning. Zeitnah folgen sollen die Gemeinden Unterföhring und Oberschleißheim. Bis Juni 2019 sollen alle teilnehmenden Kommunen an das Mietradnetz angeschlossen sein.

Das deutschlandweit erste suburbane Mietradsystem soll als Modellprojekt zeigen, wie Mietradsysteme außerhalb großer Zentren erfolgreich betrieben werden können. Diese Erfahrungen sollen dann an weitere Regionen weitergereicht werden. Dafür erhält der Landkreis auch eine Förderung des Bundes. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit unterstützt das Vorhaben des Landkreises mit mehr als drei Millionen Euro. (*LRA München*)

Kräftiger Schub für den Zugverkehr im Großraum Ulm/Neu-Ulm

Bayerns Verkehrsministerin Ilse Aigner unterzeichnet Kooperationsvereinbarung mit Regio-S-Bahn-Verein

„Die Bahn kommt!“. Dieser Werbeslogan kann jetzt auch auf die Regio-S-Bahn Donau-Iller gemünzt werden. Denn nach dem benachbarten Bundesland Baden-Württemberg hat sich nun auch der Freistaat Bayern klar zum zukunftsgerichteten Ausbau des länderübergreifenden Schienennetzes im Großraum Ulm/Neu-Ulm bekannt.

Bayerns Verkehrsministerin Ilse Aigner kam am Freitag, 28. September 2018, ins Landratsamt Neu-Ulm, um zusammen mit Ulms Oberbürgermeister Gunter Czisch, Vorsitzender des Regio-S-Bahn-Vereins, und dem Neu-Ulmer Landrat Thorsten Freudenberger, stellv. Vorsitzender des Regio-S-Bahn-Vereins, eine Kooperationsvereinbarung zum Projekt Regio-S-Bahn Donau-Iller zu unterzeichnen.

Aigners Ministerium „misst dem Projekt eine hohe verkehrspolitische Bedeutung bei“ und „ist daher bereit, den Fortgang der Projektierungs- und Planungsphase zu unterstützen und zu begleiten“. So heißt es in der Vereinbarung. Zum gegenseitigen Informationsaustausch und zur Abstimmung soll eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe der beiden Partner Regio-S-Bahn-Verein und Bayerisches Verkehrsministerium eingerichtet werden.

Dem Regio-S-Bahn-Verein Donau-Iller, der im Dezember 2015 gegründet worden ist, gehören mittlerweile 91 Städte, Landkreise und Verbände an, darunter auch der Landkreis Neu-Ulm und die Stadt Neu-Ulm.

Auf der baden-württembergischen Seite hat der Regio-S-Bahn-Verein bereits im Dezember 2017 mit dem dortigen Verkehrsministerium eine entsprechende Kooperationsvereinbarung geschlossen. Nun hat Bayern nachgezogen.

Staatsministerin Ilse Aigner sprach im Landratsamt Neu-Ulm von der „Grundsteinlegung“ zum umfassenden Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) „an der Nahtstelle zweier erfolgreicher Län-

der“. Die Mobilität im Großraum Ulm/Neu-Ulm zu stärken, die Luftreinhaltung und den Klimaschutz zu forcieren wie auch die Straßen zu entlasten, seien ihr „zentrale Anliegen“, sagte Aigner.

Neu-Ulms Landrat Thorsten Freudenberger zeigte sich darüber sehr erfreut: „Diese Kooperationsvereinbarung ist ein wichtiger Schritt für unsere Region auf dem Weg zu einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur.“ Er, so Freudenberger, sei sich „sicher, dass wir das Projekt Regio-S-Bahn in unserer Region entscheidend voranbringen und dabei insbesondere den dringend notwendigen Ausbau der Illertalbahn“.

Die Illertalbahn von Ulm nach Memmingen gehört – vor allem zwischen Neu-Ulm und Senden (7.500 Fahrgäste pro Tag) – zu den meistbefahrenen eingleisigen Bahnstrecken Deutschlands. Daher müsse der Ausbau dort beginnen, betonte die Ministerin. Der Regio-S-Bahn-Verein macht sich stark für eine halb-stündige Vertaktung des Verkehrs auf der Illertalbahn, für eine Abstimmung mit Anschlusszügen, für eine Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln sowie für die Barrierefreiheit. Dazu war bereits vor einigen Monaten vereinbart worden, dass der Bahnhof Senden zum leistungsfähigen Knotenpunkt ausgebaut wird. Auch die sechs zusätzlichen Halte im Memminger Raum sollen kommen, so Aigners Zusicherung.

Ihre ehemalige Kabinettskollegin Dr. Beate Merk sagte: „Mobilität ist Freiheit für die Menschen.“ Hans-Joachim Weirather, Landrat des Landkreises Unterallgäu, dankte der Ministerin, dass sie in Sachen Regio-S-Bahn helfe, „nach langem Ringen den Knoten zu lösen“. Die ersten konkreten Überlegungen für eine Regio-S-Bahn mit der Doppelstadt Ulm und Neu-Ulm im Zentrum waren im Jahr 2009 angestellt worden.

Memmingens Oberbürgermeister Manfred Schilder bekräftigte das gemeinsame Ziel, „noch mehr Menschen auf die Schiene zu bringen“. Klaus Holetschek,



Bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zur Regio-S-Bahn Donau-Iller im Landratsamt Neu-Ulm (sitzend von links): Ulms OB Gunter Czisch, Bayerns Verkehrsministerin Ilse Aigner, Neu-Ulms Landrat Thorsten Freudenberger. Stehend von links: Dr. Oliver Dümmler (Geschäftsführer des Regio-S-Bahn-Vereins), Manfred Schilder (OB von Memmingen), Gerold Noerenberg (OB von Neu-Ulm), Dr. Beate Merk (Landtagsabgeordnete), Klaus Holetschek (Landtagsabgeordneter) und Hans-Joachim Weirather (Landrat des Landkreises Unterallgäu).
(Foto: Kerstin Weidner (LRA Neu-Ulm))

Landtagsabgeordneter aus Memmingen, sprach von „einem guten Tag für die Region“. Ulms OB Gunter Czisch meinte, es sei nun „bei der Projektumsetzung ein wichtiger Meilenstein erreicht“. Sein Neu-Ulmer Amtskollege Gerold Noerenberg äußerte sich zuversichtlich, dass man es schaffe, das „Rückgrat Schiene“ zu stärken und gleichzeitig die Vernetzung mit Bus, Auto und Fahrrad zu gewährleisten.

Landrat Freudenberger wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Landkreis Neu-Ulm bereits vorgearbeitet habe. Die Reaktivierung der Bahnstrecke Neu-Ulm – Weißenhorn für den Personennahverkehr habe „alle Erwartungen übertroffen“. Gleichzeitig sei der Linienbusverkehr mit den Haltezeiten der Züge abgestimmt worden. Außerdem stelle der Landkreis

den Bürgerinnen und Bürgern flächendeckend das Rufbussystem „Pfiffibus“ zur Verfügung.

Daran anknüpfend sollen in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren in der Region erhebliche Investitionen in die Bahn-Infrastruktur (Gleiskörper, Elektrifizierung, Bahnhöfe), Züge und Betriebsleistungen fließen. Dafür muss es gelingen, den Bund als Verantwortlichen für die Finanzierung der Schieneninfrastruktur mit ins Boot zu holen. Bayerns Verkehrsministerin Aigner gab sich optimistisch: „Der länderübergreifende Ansatz wird mit Sicherheit ein Pluspunkt sein, um die nötige finanzielle Unterstützung beim Bundesverkehrsministerium zu bekommen.“

(LRA Neu-Ulm)

FREIE WÄHLER stellen Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund auf 13 % in Aussicht

Regierungsprogramme aus Berlin und München bestimmen die Handlungsmöglichkeiten der bayerischen Landkreise maßgeblich mit. Umso bedeutender ist es für sie, bereits lange vor deren Zustandekommen Positionen einzubringen. Aber auch während und nach der Aushandlung von Koalitionsverträgen ist es wichtig, Stellung nehmen zu können. Und da dies im direkten Austausch immer noch am besten geht, waren die bayerischen Landrätinnen und Landräte zufrieden über die Möglichkeit, gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode am 13. November mit den Mandatsträgerinnen und -trägern der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in den Dialog treten zu dürfen.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, freute sich insbesondere darüber, dass neben dem Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl, MdL, und den Abgeordneten auch der stellvertretende Ministerpräsident, Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie), MdL, ebenso wie Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz), MdL, Staatssekretärin Anna Stolz (Unterricht und Kultus), MdL, und Staatssekre-

tär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie), MdL, trotz ihrer zahlreichen Verpflichtungen innerhalb der neuen Staatsregierung seiner Einladung gefolgt waren.

Schwerpunkte des Gesprächs waren die kommunalen Finanzen, der Erhalt der Krankenhäuser und die Personalnöte in den Landratsämtern.

„Wir sind froh, dass im neuen Koalitionsvertrag viele gute Investitionen und Projekte, die Ministerpräsident Dr. Markus Söder in der zurückliegenden Legislaturperiode zugunsten des ländlichen Raumes angestoßen hat, fortgeführt werden. Der Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN findet in vielen Bereichen gute Antworten auf die Sorgen und Nöte der Kommunen. ÖPNV-Angebote, die eine gute Anbindung über Kreisgrenzen hinaus ermöglichen, flächendeckende Gigabitnetze bis 2025, die Beseitigung der weißen Flecken im Mobilfunkbereich, Investitionen in das Straßennetz und einiges mehr wurden aufgegriffen. Hier wurde eine solide Basis für die nächsten fünf Jahre geschaffen“, so Bernreiter.



Am 13. November nutzten viele Landrätinnen und Landräte die Möglichkeit, sich im Haus der bayerischen Landkreise mit den Mandatsträgerinnen und -trägern der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER über aktuelle kommunalpolitisch brisante Themen auszutauschen.



Bereits vor der Landtagswahl hatte Staatsminister Hubert Aiwanger, damals noch als Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, den Landkreisen versprochen, sich insbesondere für den Erhalt der medizinischen Grund- und Regelversorgung in der Fläche einzusetzen. Dafür ist aus Sicht der Landkreise nicht nur viel zu wenig Geld im System, sondern auch die Möglichkeit einer ordentlichen Krankenhausplanung fehlt. Im Koalitionsvertrag wurde dieser Punkt leider nicht entsprechend berücksichtigt. „Wir hätten uns ein deutlicheres Bekenntnis zu einer Neuaufstellung und Intensivierung der Krankenhausplanung gewünscht. Die Forderung nach einer Überprüfung der Betriebskostenfinanzierung ist unterstützenswert, aber primär Angelegenheit des Bundes“, so Bernreiter.

Auch an anderen Stellen wie bei der dringend notwendigen Verbesserung der Personalausstattung der Landratsämter fehlt dem Vertragswerk ein klares Bekenntnis. Positiv ist dafür, dass dringende Infrastrukturfragen im Bereich der Breitbandversorgung oder im Rahmen der Förderung der Mobilität im Sinne der Landkreise aufgegriffen werden.

Der stellvertretende Ministerpräsident erläuterte seine Pläne und Vorhaben für die nächsten fünf Jahre. So

packt er unter anderem das Thema „Wirtshäuser“ an, mit dem die Lebensqualität vor Ort erhalten und gestärkt werden soll. Mit seiner Ankündigung, den Kommunalanteil am Allgemeinen Steuerverbund auf 13 % anheben zu wollen, erntete er von den Landräten mit Blick auf die jährlich anstehende und für den 10. Januar 2019 vorgesehene Verhandlung Beifall. Der aktuelle Anteil von 12,75 % ist seit 2013 unverändert. 0,1 %-Punkte Erhöhung bedeuten aktuell ein Plus von 36,6 Mio. €. Die Kommunen finanzieren einen großen Teil ihrer Aufgaben und damit ihren Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Bayerns in einer digitalen und globalen Welt in erster Linie über den kommunalen Finanzausgleich. Voraussetzung für eine zukunftsfähige Gestaltung der bayerischen Kommunen ist also eine kommunalfreundliche (Steuer-) Politik der Staatsregierung. Schon seit Jahren fordert der Bayerische Landkreistag eine Anhebung der Kommunalanteile an den Steuerverbänden. Die Anhebung beim Allgemeinen Steuerverbund auf 13 % ist vor den bevorstehenden Verhandlungen ein erstes wichtiges und vor allem richtiges Signal.

Die rege Diskussion der verschiedensten Themen zeigte im Laufe des Abends, wie wichtig eine enge Abstimmung der verschiedenen politischen Ebenen ist.

Neue Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise: „Naturparke in Bayern“

19 einzigartige Landschaften, in denen sich die Gipfel der Alpen erheben, wo weite Wälder sich wie ein grünes Meer ausbreiten oder wo man in das Auge des Moors blicken kann: Das sind die bayerischen Naturparke! Hier lässt sich die Natur noch hautnah erleben! Gemeinsam machen sie ein Drittel der bayerischen Landesfläche aus und über 40 Landkreise sind Teil eines Naturparks. Aber was macht eine Landschaft eigentlich zu einem Naturpark? Und was bedeutet es für eine Region, ein Naturpark zu sein? Diese und viele weitere Fragen werden durch eine neue Wanderausstellung im Haus der bayerischen Landkreise beantwortet.

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 23. Oktober 2018 waren neben dem Amtschef des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, Dr. Christian

Barth, Tanja Schorer-Dremel, MdL, (langjähriges Mitglied im Umweltausschuss), Martin Schöffel, MdL, Mitstreiter der Kommunalen Spitzenverbände und anderer Verbände, viele Vertreterinnen und Vertreter der Naturparke und auch eine Reihe von Landräten dabei. Diese haben zu den Naturparks eine ganz besondere Bindung. Über 40 Landkreise sind an einem oder mehreren Naturparks beteiligt. Darüber hinaus besteht seit fast 50 Jahren eine Arbeitsgemeinschaft im Bayerischen Landkreistag. Seit Anfang 2018 wird diese sogar als selbstständiger eingetragener Verein „Naturparkverband Bayern“ mit Geschäftsstelle in Eichstätt fortgeführt. Vorsitzender ist der dortige Landrat Anton Knapp, der es sich selbstverständlich nicht nehmen ließ, im Rahmen der Eröffnung für die bayerischen Naturschätze zu werben.



V.l.n.r.: Präsident Christian Bernreiter, Bayerischer Landkreistag, Landrat Anton Knapp, Eichstätt, Tanja Schorer-Dremel, MdL, Amtschef Dr. Christian Barth, StMUV, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Johann Keller, Bayerischer Landkreistag, 1. Vorsitzender Heinrich Schmidt, Naturpark Bayerischer Wald, Martin Schöffel, MdL

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, zeigt sich bei seiner Eröffnungsrede vom Konzept überzeugt: „Die Naturparke sind aus vielerlei Hinsicht von Bedeutung für unsere Landkreise. Zum einen sind sie „Kümmerer“ für die Natur und für ihren Schutz zuständig. Sie achten auf ein ausgeglichenes Nebeneinander mit den Menschen. Die Naturparke sind geschützte Lebensräume für Tiere und Pflanzen, aber auch für Zweibeiner. Sie machen ein einmaliges Naturerlebnis möglich. Naturparke sind nicht nur Kultur- und Naturschutzlandschaften, unsere Naturparke sind ein Standortfaktor. Als Erholungs- und Naturräume bedeuten sie Lebensqualität. Auf diese kommt es an, wenn sich Leute bei uns niederlassen und bleiben sollen.“

Auch für die Staatsregierung ist der Naturschutz eine wichtige Sache, wie Amtschef Dr. Barth in seiner Festrede hervorhob. So habe der Freistaat in den vergangenen Jahren viele zusätzliche Mittel für Projektarbeit in den Bereichen Naturschutz und naturnahe Erholung, aber auch für die Stärkung der Verwaltungen der Naturparke zur Verfügung gestellt. Durch die Naturparkoffensive können darüber hinaus 60 Naturparkranger eingesetzt werden. Zudem hat die Staatsregierung die Wanderausstellung mitfinanziert. 60 Prozent wurden gefördert. „Naturparke sind Rohdiamanten des Naturschutzes“, so der Amtschef.

Die Wanderausstellung ist ein kleiner Vorgeschmack auf das, was in den 19 Naturparken geboten ist. Alle

Naturparke gemeinsam haben das Konzept dafür entworfen. Im Rahmen eines Wettbewerbs wurden mehrere Firmen gebeten, einem Gremium aus Vertretern der Naturparke ein erstes Ausstellungskonzept zu präsentieren. Ausgewählt wurde die Idee der Firma Magenta4 GmbH.

Die Ausstellung führt unter anderem in die Besonderheiten dieser Vorbild-Landschaften ein und stellt gleichzeitig die Arbeit der Naturparke vor. Sie kann während der Öffnungszeiten des Hauses der bayerischen Landkreise (Kardinal-Döpfner-Straße 8, 80333 München) von Montag bis Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr sowie von 14.00 bis 16.00 Uhr und am Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr besichtigt werden. Darüber hinaus besteht im Rahmen der Langen Nacht der Architektur am 18. Januar 2019 die Möglichkeit, nicht nur die Ausstellung, sondern auch den Bayerischen Landkreistag von 19.00 bis 24.00 Uhr zu entdecken. Arjen de Wit, der Koordinator der bayerischen Naturparke, und Sarah Honold vom Bayerischen Landkreistag freuen sich bereits heute auf alle Besucher und ihre Fragen.



V.l.n.r.: Arjen de Wit, Tanja Schorer-Dremel, MdL, Landrat Anton Knapp und Christoph Würflein, Geschäftsführer des Naturparks Altmühltal, erfreuen sich an der interaktiven Ausstellung.



Haus der bayerischen Landkreise öffnet im Rahmen der Langen Nacht der Architektur am 18. Januar 2019 seine Türen

Im Rahmen der Langen Nacht der Architektur öffnet das „Haus der bayerischen Landkreise“, die Geschäftsstelle des Bayerischen Landkreistags in der Kardinal-Döpfner-Straße 8 in 80333 München, am 18. Januar 2019 von 19:00 bis 24:00 Uhr seine Türen. Dabei kann nicht nur im Foyer die Ausstellung „Naturparke in Bayern“ besichtigt werden, sondern es werden auch Führungen durchs Haus angeboten. Während diese ebenso wie die Information über die Arbeit des Bayerischen Landkreistags die Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbands, Sarah Honold, übernimmt, steht Arjen de Wit vom Naturparkverband für alle Fragen rund um die Ausstellung und die bayerischen Naturparke zur Verfügung.

Bereits seit Mitte der 50er Jahre befindet sich die Geschäftsstelle des Verbands in prominenter Lage zwischen verschiedenen Ministerien, großen Behörden, in der Nähe von Staatskanzlei und Bayerischem Landtag. „Die Lage ist für einen Verband, der die Interessen der Landkreise gegenüber Staatsregierung, Gesetzgeber und anderen Organisationen hütet, ideal“, so Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags.

Nach einer umfangreichen Sanierung unter der Leitung von Emil Schneider, Finanzdirektor beim Baye-

rischen Landkreistag, erstrahlt das Haus seit 2010 in neuem und vom Münchner Büro Morpho-Logic und den Architekten Ingrid Burgstaller und Michael Gebhard geprägten Glanz. Aus verschachtelten Grundrissen wurden funktionale Raumfolgen. Besonders das Foyer hat sich seit der Sanierung zu einem wahren Schaufenster der Landkreise in München entwickelt. Jährlich wechselnde Ausstellungen ermöglichen es auch eingefleischten Münchnern, einen ersten Eindruck von der Schaffens-, Innovations- und Schlagkraft der bayerischen Landkreise zu bekommen. „Mit 71 Landkreisen ist hier immer etwas geboten. Unser Foyer ist bis heute zu einem hervorragenden Forum geworden, um die verschiedensten Interessengruppen zusammenzubringen. Ich freue mich, dass wir im Rahmen der Langen Nacht der Architektur allen Interessierten einen Einblick in die Arbeit der Landkreise geben können“, so Dr. Keller.

Die Obergeschosse bestehen nicht nur aus Büroflächen und Sitzungssälen der Geschäftsstelle. Teile der Flächen sind an den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) Landesverband Bayern e.V., die Europäische Metropolregion München e.V. und den Erholungsflächenverein e.V. vermietet.

Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landkreises Konstanz in München

Nicht nur über Landkreis-, sondern auch über Landesgrenzen hinweg, wird der interkommunale Austausch von Kommunalpolitikern genutzt, um von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Landrat Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck), 1. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, hat es sich deswegen nicht nehmen lassen, die Oberbürgermeister und Bürger-

meister des Landkreises Konstanz im Rahmen ihrer Studienfahrt nach München in der Landeshauptstadt im Namen des Bayerischen Landkreistags zu begrüßen. Landrat Frank Hämmerle aus Konstanz, der die wissbegierige Gruppe angeführt hat, ist selbst Vizepräsident des Landkreistags Baden-Württemberg. Unter anderem waren die Mobilität der Zukunft bei der



Die Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landkreises Konstanz gemeinsam mit dem Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, und dem Vizepräsidenten des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Frank Hämmerle, bei ihrer Ankunft am 7. November 2018 in München

BMW AG, der Umgang mit der Migration im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie Fachkräftegewinnung bei Microsoft auf der Agenda der Kommunalpolitiker. Die beiden

Vizepräsidenten kämpfen schon seit vielen Jahren in den Gremien des Deutschen Landkreistags gemeinsam für ein Fortkommen des „Südens“.

Erfolgreiche Praxistage 2018 des Bayerischen Innovationsrings



Von Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Die Landratsämter in Bayern stehen alle vor ähnlichen Herausforderungen: Die demografische Entwicklung macht es zunehmend schwieriger, die entsprechenden Fachkräfte zu gewinnen. Gleichzeitig schränken Ausgabensteigerungen vor allem im Sozialbereich die finanziellen Handlungsspielräume ein. Trotzdem müs-

sen Landratsämter auch in Zukunft ihre anspruchsvollen Aufgaben sachgerecht erfüllen und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an den Service und die Qualität von Verwaltungsleistungen gerecht werden. Der von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, geleitete Innovationsring des Bayerischen Landkreistags hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, erfolgversprechende und praktisch umsetzbare Lösungsansätze zu erarbeiten und allen bayerischen Landratsämtern zur Verfügung zu stellen. Denn die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden!

Nach dem Motto „gemeinsam weiterkommen“ will der Innovationsring die Landratsämter bei der Umsetzung von Projekten zur Verwaltungsmodernisierung unterstützen und den kollegialen Erfahrungsaustausch

untereinander stärken. Seit 2015 führt der Innovationsring daher im 2-jährigen Rhythmus die Bayerischen Innovationstage durch, wirft dort gemeinsam mit hochkarätigen Referenten einen Blick auf die künftigen Herausforderungen (zuletzt u.a. mit dem damaligen Staatsminister Dr. Markus Söder zum Thema „Verwaltung 2030 – worauf wir uns einstellen müssen“), stellt aktuelle Lösungsansätze aus der Projektarbeit vor und lädt zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch ein.

Praxistage des Bayerischen Innovationsrings 2018

Die Bayerischen Innovationstage wurden in diesem Jahr erstmals durch Praxistage ergänzt, in denen die vier Projektgruppen des Innovationsrings

- Organisation/E-Government unter der Leitung von Landrat Georg Huber, Landkreis Mühldorf a. Inn,
- Personal und Führung, geleitet von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land,
- Service- und Kundenorientierung unter der Leitung von Landrat Robert Niedergesäß, Landkreis Ebersberg, sowie
- Betriebswirtschaft, geleitet von Landrat Michael Fahmüller, Landkreis Rottal-Inn,

konkrete Projekte in den Mittelpunkt stellen und über ihre Erfahrungen bei der Umsetzung berichten. Die Teilnahme war für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landratsämter jeweils kostenlos.

Der erste **Praxistag „Organisation/E-Government“** fand am **27.02.2018 im Landratsamt Roth** statt. Der Bayerische Landkreistag informierte dabei zunächst über die wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für die elektronische Kommunikation, das elektronische Verwaltungsverfahren vom Antrag bis zum Bescheid sowie zur Informationssicherheit und gab Hinweise und Empfehlungen zur Umsetzung in der Praxis. Das Landratsamt Fürth stellte im Anschluss seine E-Government-Strategie vor. Diese beinhaltet insbesondere die technische Anpassung der Landkreis-Homepage und die Entwicklung mobiler Angebote („Bürger-Service-App“), die Entwicklung von Angeboten innerhalb des vorhandenen Bürgerservice-Portals, die Einbindung der E-Government-Dienste in das Konzept für ein künftiges Bürgerservice-Büro, die Einführung eines elektronischen Dokumentenmanagements sowie die Entwicklung hausinterner digitaler Workflows. Im zweiten Teil der Veranstaltung stand die elektronische Aktenführung im Mittelpunkt. Die Landratsämter Roth und Mühldorf a. Inn berichteten über ihre Praxiserfahrungen bei der Einführung der

elektronischen Akte, insbesondere darüber, welche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für das Projekt geschaffen worden sind, in welchen Bereichen die elektronische Akte bereits nutzbar ist, über das konkrete Vorgehen zur Einführung sowie die weiteren Planungen für das Jahr 2018. Neben den Strategien zur Einführung der elektronischen Akte stehen regelmäßig auch Fragen zum rechtssicheren Scannen von Papierdokumenten im Fokus. Das Landratsamt Cham erläuterte hierzu die Anforderungen an das ersetzende Scannen und zeigte Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung auf.



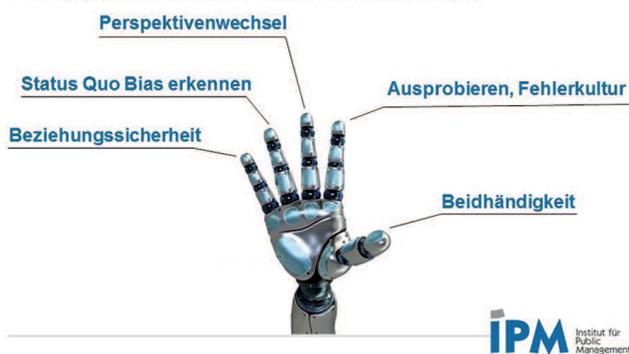
Bereits der erste Praxistag des Bayerischen Innovationsrings am 27.02.2018 war mit rd. 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus über 50 Landkreisen vollbesetzt.

Beim **Praxistag „Personal und Führung“** am **13.06.2018 im Landratsamt Nürnberger Land** ging es zunächst darum, wie sich die Landratsämter als attraktive Arbeitgeber positionieren können. Hierzu zeigten die Mitglieder der Projektgruppe „Personal und Führung“ praxiserprobte Lösungsansätze zur Personalbindung und zur Personalgewinnung auf. Das Landratsamt Nürnberger Land stellte dar, wie sich die Ergebnisse der vom Bayerischen Innovationsring initiierten Bürger-/Kundenbefragungen 2015 sowie der Mitarbeiterbefragungen 2016 auf die Maßnahmen der Personalentwicklung im Landratsamt Nürnberger Land ausgewirkt haben. Das Landratsamt Regensburg zeigte auf, dass das dort umgesetzte betriebliche Gesundheitsmanagement sowie das Audit „Beruf & Familie“ nicht nur der Verbesserung der Gesundheit und der Familienfreundlichkeit für die derzeit am Landratsamt Beschäftigten dient, sondern darüber hinaus eine gute Möglichkeit bietet, sich nach außen hin (beispielsweise auch in Stellenausschreibungen) als gesundheits- und familienbewusster Arbeitgeber zu positionieren. Das Landratsamt Aschaffenburg berich-

tete, wie dort Mitarbeiterinnen über ein berufsbegleitendes Studium weiterqualifiziert worden sind, um weiterhin im Landratsamt beschäftigt bleiben zu können. In einem weiteren Vortrag informierte der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern e.V. darüber, welche finanziellen Spielräume der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zur Entgeltgestaltung bietet, damit sich die Landratsämter auch in dieser Hinsicht als attraktive Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt präsentieren können. Im zweiten Teil des Praxistags stand das Thema „Führung im Landratsamt“ im Fokus. Neben einem Praxisbericht zum Führungskräftefeedback im Landratsamt Aschaffenburg berichtete Hans-Peter Mayer, Direktor am Institut für Public Management, Hochschule für angewandtes Management, über Erfolgsfaktoren guter Führung in Zeiten zunehmender Digitalisierung und erläuterte diese anhand praktischer Beispiele:

Gute Führung in der Digitalisierung

5 Führungskompetenzen in Zeiten von Digitalisierung



Quelle: Auszug aus dem Vortrag „Erfolgsfaktoren guter Führung in Zeiten zunehmender Digitalisierung“ von Hans-Peter Mayer, Institut für Public Management, Hochschule für angewandtes Management, beim Praxistag „Personal und Führung“ des Bayerischen Innovationsrings am 13.06.2018 im Landratsamt Nürnberger Land.

Beim **Praxistag „Service- und Kundenorientierung“** am **04.10.2018 im Landratsamt Ebersberg** stellte die GfK Marktforschung zunächst die wesentlichen Ergebnisse der vom Bayerischen Innovationsring initiierten Bürger-/Kundenbefragungen in den Landratsämtern vor und gab Empfehlungen für konkrete Serviceverbesserungen in der Praxis. Mitglieder der Projektgruppe „Service- und Kundenorientierung“ stellten anschließend konkrete Projekte aus der Praxis vor: Das Landratsamt Oberallgäu berichtete über die Erfahrungen aus „10 Jahren zentraler Kundenservice“,

das Landratsamt Schweinfurt informierte über den aktuellen Stand der Maßnahmen zur Verbesserung der Service- und Kundenorientierung und ging dabei besonders auf das Personal und die Führung als Erfolgsgaranten ein; das Landratsamt Coburg stellte noch das Pilotprojekt des Innovationsrings zum Einsatz von Chatbots in den Landratsämtern vor. Im Anschluss erläuterte das Landratsamt Ebersberg seine Strategie zur kontinuierlichen Verbesserung der Service- und Kundenorientierung und lud die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen verschiedener Workshops zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch ein. Im Mittelpunkt standen die Analyse der zentralen Kundenschnittstellen, nachfrageorientierte Serviceverbesserungen auf Grundlage schlanker Abläufe und dem Einsatz moderner Software sowie zielgruppenspezifische Lösungen, wie etwa das RAL-Gütezeichen „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“. Der Ausbau des Angebots an digitalen Verwaltungsleistungen mit Unterstützungsangeboten und konkreten Umsetzungsempfehlungen war Gegenstand der abschließenden Vorträge des Bayerischen Landkreistags sowie des Landratsamts Bayreuth.



Verschiedene Workshops beim Praxistag „Service- und Kundenorientierung“ am 04.10.2018 im Landratsamt Ebersberg luden zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch ein.

Der **Praxistag „Betriebswirtschaft“** am **25.10.2018 im Landratsamt Rottal-Inn** befasste sich einleitend mit dem Praxisbericht des Landratsamts Rottal-Inn zur zielorientierten Steuerung und zum strategischen Management am Beispiel der Kreisentwicklung Rottal-Inn. Das Landratsamt Ebersberg stellte im Anschluss die Arbeit des dezentralen Controllings in der Jugendhilfe dar. Die E-Rechnung und der konsolidierte Jahresabschluss waren weitere Schwerpunkte. Dabei informierte der Bayerische Landkreistag zunächst über



Die Referentinnen und Referenten des Praxistags „Betriebswirtschaft“ am 25.10.2018 im Landratsamt Rottal-Inn.

die geplante Umsetzung der E-Rechnung in Bayern. Der praktische Einsatz des elektronischen Rechnungseingangsbuchs sowie der elektronische Signaturworkflow waren Gegenstand des anschließenden Praxisberichts des Landratsamts Würzburg. Zum Abschluss informierten das Landratsamt Mühldorf a. Inn und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband über die ersten Umsetzungs- und Prüfungserfahrungen im Zusammenhang mit dem konsolidierten Jahresabschluss.

Austausch über das Landkreisnetz, Leitfäden des Bayerischen Innovationsrings

Nach dem inhaltlichen Austausch folgte bei den Praxistagen jeweils ein Überblick über das soziale Netzwerk des Bayerischen Landkreistags (Landkreisnetz), das auf Initiative des Innovationsrings eingeführt worden ist. Das Landkreisnetz steht seit Juli 2017 allen bayerischen Landratsämtern kostenlos zur Verfügung, um sich stärker miteinander zu vernetzen und so den Informations- und Erfahrungsaustausch weiter zu verbessern. Bereits jetzt haben sich über 2.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landratsämter für das Landkreisnetz registriert und tauschen sich zu den vielfältigen Themen aus der täglichen Praxis aus. Das Landkreisnetz und die Praxistage gehen dabei Hand in Hand. Schließlich erleichtert das persönliche Kennenlernen im Rahmen der Veranstaltung auch den weiteren Austausch über das soziale Netzwerk.

Die von den Projektgruppen erarbeiteten **Leitfäden des Bayerischen Innovationsrings** sind über die

Internetseite des Bayerischen Landkreistags unter www.bay-landkreistag.de/Landkreistag/BayerischerInnovationsring.aspx abrufbar.

Fazit der Praxistage 2018 und Ausblick auf die Bayerischen Innovationstage 2019

Der Bayerische Innovationsring konnte bei seinen vier Praxistagen insgesamt **225 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 61 Landkreisen** sowie verschiedenen Institutionen bzw. Verbänden begrüßen, darunter u.a. der Bayerische Kommunale Prüfungsverband, der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern, die Bayerische Verwaltungsschule oder die Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern. Das Plenum des Bayerischen Innovationsrings hat bei seiner Tagung am 27.11.2018 daher ein positives Fazit gezogen. Angesichts des hohen Interesses der Landkreise hat sich das Plenum zudem dafür ausgesprochen, die Praxistage künftig alle zwei Jahre zu wiederholen („zwischen“ den Innovationstagen).

Bereits im kommenden Jahr finden am 24./25.06.2019 wieder die Bayerischen Innovationstage in der Sparkassenakademie Bayern in Landshut statt. Mit Abtprimas em. Dr. Notker Wolf, OSB, Erzabtei St. Ottilien, und Franz-Reinhard Habel, Publizist, Autor und Gründer des KOMMUNAL.HUB, bis 2017 Sprecher und Beigeordneter beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, konnten wieder hochkarätige Referenten für die Veranstaltung gewonnen werden.

„Radverkehr in der Stadt – Zeitgemäße Mobilität“: ADFC-Mittagsgespräch

Am 29. November fand das 29. ADFC-Mittagsgespräch mit dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl (Augsburg) im Haus der bayerischen Landkreise statt. Der ADFC nutzt als Mieter des Bayerischen Landkreistags das Foyer regelmäßig, um prominente Themen und Redner einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Dr. Gribl, der bei gutem Wetter gerne das Fahrrad für den Weg ins Büro nutzt, befürwortet einen gesamtstädtischen Stadtverkehr, der alle Mobilitätsformen einbindet. In seinem Vortrag „Radverkehr in der Stadt – Zeitgemäße Mobilität“ betonte er aber auch, dass gerade der ÖPNV und Fahrradverkehr durch entsprechende Angebote noch attraktiver gemacht werden könnte. In seiner Heimatstadt Augsburg soll dies durch das Projekt „Fahrradstadt 2020“ erreicht werden. Ziel ist es, einen Fahrradverkehrsanteil von 25 Prozent zu erreichen



Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, begrüßte den Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl (Augsburg).

Yoga in der Mittagspause und ohne Hetze zum Hort im Landkreis Regensburg

Der Landkreis Regensburg positioniert sich mit Familienfreundlichkeit und Gesundheitsmanagement als attraktiver Arbeitgeber in einer Wachstumsregion

In der Boom-Region Regensburg muss sich die Kreisverwaltung im „Kampf um die besten Köpfe“ einer starken Konkurrenz aus der freien Wirtschaft stellen. Um sich als attraktiver Arbeitgeber in der Region zu positionieren, setzt der Landkreis Regensburg auf eine strategisch angelegte familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik. Effektive Instrumente sind hierbei das Audit „Beruf und Familie“ sowie ein umfassendes Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM).

„Der Öffentliche Dienst hat klare Stärken und die müssen wir herausstellen“, sagt Landrätin Tanja Schweiger. Für die junge Mutter, seit 2014 im Amt, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Thema,

mit dem gerade Behörden punkten können. Seit 15.3.2016 ist das Landratsamt Regensburg mit dem Zertifikat „Audit Beruf und Familie“ ausgezeichnet und setzt – entlang der acht Handlungsfelder Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Information und Kommunikation, Führung, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen sowie Service für Familien – ein ganzes Bündel von konkreten Maßnahmen um.

Gleitzeit und über 100 individuelle Arbeitszeitmodelle

So bietet der Landkreis seinen rund 650 Beschäftigten sehr flexible Arbeitszeiten (Gleitzeit) mit über 100 verschiedenen Arbeitszeitmodellen – auch Telearbeit sowie Führung bzw. Ausbildung in Teilzeit ist möglich. Für Kolleginnen und Kollegen in Freistellung (Elternzeit) wurde ein Kontakthalteprogramm mit Paten in den Sachgebieten aufgelegt, außerdem gibt es die Mög-



Übergabe des Audit-Zertifikats (v.l.n.r.): Astrid Gamez, Beauftragte für Betriebliches Gesundheitsmanagement sowie das Audit „Beruf und Familie“, Amtsleiter Robert Kellner, Landrätin Tanja Schweiger, Auditorin Daniela Scheurlen und Personalleiter Franz Ebner (Foto: LRA Regensburg/Retzer/Geier)

lichkeit, Altersteilzeit zu beanspruchen. Auch wird eine bezuschusste Kinderbetreuung in den Sommerferien in Kooperation mit der gfi Regensburg sowie ein „Mitbring-Tag“ am Buß- und Betttag mit Kinderprogramm angeboten. Pflegende Angehörige in der Belegschaft unterstützt der Landkreis mit Informations- und Entlastungsangeboten.

Gesundheitstage organisierte das Landratsamt für seine Mitarbeitenden heuer bereits zum 16. Mal. Vor drei Jahren hat das Landratsamt darüber hinaus mit der Installation eines umfassenden Gesundheitsmanagements begonnen und damit gleichzeitig einen wichtigen Punkt aus seiner Zielvereinbarung zum Audit Beruf und Familie erfüllt. Auch hat die „Beauftragte für Betriebliches Gesundheitsmanagement“ am Landratsamt Regensburg als eine der ersten Absolventen den entsprechenden neuen BVS-Zertifikatslehrgang durchlaufen.



Teilnehmer des Landkreislaufts 2018 aus der Belegschaft (Foto: LRA Regensburg/Retzer/Geier)

Gesundheitsförderung von Obst-Snack bis Resilienz-Training

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freuen sich über Obst und Gemüse, das in den Teeküchen und Sozialräumen bereitliegt. Und auch außerhalb des Gesundheitstages tut das Landratsamt seinen Beschäftigten Gutes mit zahlreichen Angeboten zur Gesundheitsförderung. So gibt es gesunde Kochkurse und Ernährungscoaching, Zuschüsse zu Laufveranstaltungen, Workshops, Vorträge und vieles mehr. Zweimal wöchentlich laden zudem externe Trainer (Yoga, Alexandertechnik, Qigong, Life Kinetik...) und fachkundige Turnerinnen aus den Reihen der Belegschaft zur „Bewegung am Mittag“ ein. Zudem ist das Landratsamt Regensburg Mitglied im Innovationsring des Bayerischen Landkreistages. In der offenen Projektgruppensitzung „Personal und Führung“ am 13.6.2018 hatten Interessierte die Gelegenheit, im Best-Practice-Teil mehr über das Audit Beruf und Familie sowie das Gesundheitsmanagement am Landratsamt Regensburg zu erfahren.

Impulse aus dem Amt für den ganzen Landkreis

Besonders am Herzen liegt Landrätin Tanja Schweiger auch das Thema umweltverträgliche Mobilität: So bietet der Landkreis seinen Mitarbeitenden seit einigen Jahren ein vergünstigtes Jobticket für den ÖPNV an, das er pro Nutzer mit 10 € monatlich bezuschusst. Der Landkreis Regensburg, Netzwerkpartner im Familienpakt Bayern, setzt auch außerhalb der eigenen Behörde Impulse für Familienfreundlichkeit. Die Initiative „Beruf + Familie. Geht gut bei uns!“ wurde von Landrätin Tanja Schweiger 2015 gestartet und wird alle zwei Jahre neu beworben, um in Stadt und Landkreis Regensburg frauen- und familienbewusste Unternehmenskultur in den Mittelpunkt zu stellen und interessierte Betriebe zu vernetzen. (LRA Regensburg)



Gesunde Snacks, die es zum Gesundheitstag 2018 gab. (Foto: LRA Regensburg/Retzer/Geier)

Workshop für Medizinstudenten, Demenzwegweiser und Infomappe - die Gesundheitsregion plus Passauer Land bewährt sich

Ärzte-Ausbildung:

Kleinere Kliniken haben viel zu bieten

Ferien-Workshop für Medizinstudenten soll Lust auf das Passauer Land machen

Die Qualität der medizinischen Ausbildung hängt nicht von der Größe eines Krankenhauses ab. Dass kleine Kliniken und Niederlassungen auch attraktive Ausbildungsstätten für junge Ärzte sein können, zeigte der praktische Ferien-Workshop der Gesundheitsregion plus Passauer Land.

Ziel des Workshops war es, das Passauer Land mit seinen Kliniken und Niederlassungen als medizinischen Ausbildungsstandort, möglichen späteren Arbeitgeber und lebenswerte Region bekannter zu machen. Denn obwohl auch kleinere Kliniken eine gute Ausbildung ermöglichen, sind diese nicht so populär wie beispielsweise Unikliniken. Die Atmosphäre ist familiärer, die Hierarchien sind flacher. Ärzte können sich dort in vielen Bereichen von Anfang an besser einbringen.

Vier Studentinnen nutzten die Chance, sich vier Tage lang über das ärztliche Ausbildungsangebot und die Fachabteilungen in den Landkreiskliniken zu informieren. Dabei wurde ihnen einiges geboten: Fachliche Workshops in den Bereichen Psychosomatik, Rheumatologie, Gipsen, HNO-Endoskopie, Sonografie Abdomen, Geriatrie/Palliativmedizin und Herzkatheterlabor. Die Studentinnen arbeiteten an einem Herzkathetermodell, übten Gipsverbände und hatten mit dem HNO-Facharzt Dr. Hück einen geduldigen Workshopleiter an ihrer Seite, der sich selbst als Patient zur Verfügung stellte. Abgerundet wurde das Programm mit Freizeitaktivitäten wie einem Besuch der Europatherme Bad Füssing, einer Stadtwächterführung durch Vilshofen und einem Besuch des Graphitwerks Kropfmühl.

Überzeugt hat die Teilnehmerinnen das breite Spektrum des praktischen Angebots, die Vielzahl der Fachabteilungen, die organisierten Freizeitaktivitäten, aber vor allem das Engagement aller Beteiligten und die positiven weiblichen Rollenvorbilder.

Der Workshop hat seine Wirkung nicht verfehlt – die Teilnehmerinnen können sich sehr gut vorstellen, eine Aus- oder Weiterbildung im Passauer Land zu absolvieren oder nach ihrem Medizinstudium wieder zurück ins Passauer Land zu kommen.

Die Teilnehmerinnen des Workshops hatten außerdem die Gelegenheit, sich mit Landrat Franz Meyer und Josef Lamperstorfer, 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Wegscheid, über das Passauer Land auszutauschen.

Die Gesundheit der Bevölkerung und die medizinische Versorgung im ländlichen Raum hat im Landkreis Passau eine große Bedeutung und ist ein wichtiges kommunales Handlungsfeld, das durch eine sektorenübergreifende Vernetzung aktiv bearbeitet wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung von pflegenden Angehörigen, die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Medizin und Pflege, sowie ein gelebtes senioren- und gesundheitspolitisches Gesamtkonzept sorgen dafür, dass die Region eine lebenswerte Region bleibt und die medizinische Versorgung auch zukünftig gewährleistet werden kann. Als drittgrößter Flächenlandkreis in Bayern, bedeutende Gesundheitsregion, mit einem Netzwerk von Gesunden Gemeinden und den berühmten Heilbäderstandorten Bad Füssing und Bad Griesbach nimmt der Landkreis Passau die Herausforderungen sehr ernst.

Demenzwegweiser

Eine Hilfe für Fachkräfte und pflegende Angehörige

Gerade die Erkrankung Demenz stellt viele pflegende Angehörige, aber auch Fachkräfte vor große Herausforderungen. In einer Arbeitsgruppe, die von Frau Dr. Siebert, Chefarztin der Akutgeriatrie am Krankenhaus Vilshofen geleitet wird, entstand in Zusammenarbeit mit Fachkräften und pflegenden Angehörigen und koordiniert durch die Geschäftsstelle der Gesundheitsregion plus Passauer Land ein Demenzwegweiser der besonderen Art. Übersichtlich, konkret und anschaulich zeigt der Wegweiser alle Kontakte des Landkreises



auf, mit denen Erkrankte, pflegende Angehörige und Fachkräfte im Laufe der Demenzerkrankung konfrontiert sind. Von der Diagnose bis zur möglichen Hospiz- und Palliativversorgung können Angehörige und Fachkräfte auf einen Blick die richtigen Ansprechpartner finden.

Das Gemeinschaftsprojekt von Landratsamt Passau, Gesundheitsregion plus, den Gesundheitseinrichtungen des Landkreises, dem Caritas Verband für Stadt und Landkreis e.V., dem Azurit Seniorenheim Abundus aus der Gesunden Gemeinde Fürstenzell, dem Bayerischen Roten Kreuz, der Arge Heimleiter, dem VdK, den Seniorenbeauftragten der Gesunden Gemeinde Vilshofen, pflegenden Angehörigen und der AOK Direktion Passau zeigt, welche unterschiedlichen Fragestellungen sich im Laufe einer Demenzerkrankung stellen und zu wie vielen verschiedenen Ansprechpartnern gerade pflegende Angehörige Kontakt haben. Der Wegweiser beweist aber auch, dass die Herausforderungen in Bezug auf Demenz nicht alleine, sondern nur gemeinsam gelöst werden können und ermöglicht eine zeitnahe Kontaktaufnahme ohne lange Recherche.

Informationsmappe „Migration und Gesundheit“ Helfende unterstützen

Auch die Informationsmappe „Migration und Gesundheit“ für Helfende steht nun zur Verfügung. Die AIDS-Beratungsstelle Niederbayern, die Gesundheitsregion plus Passauer Land und die Integrationslotsung und Ehrenamtskoordination entwickelten



Verwaltungsleiter Peter Baumgartner (l.), Verwaltungsleiter Krankenhaus Wegscheid, freute sich über den angenehmen Besuch (v.l.n.r.): Dr. Iris Siebert, Franziska Solger-Heinz, Landrat Franz Meyer, Olivia Garner, Carolina Thielen, Anne Schreiber, Hannah Schwarz, Ulrike Müller-Görtz, Oberärztin der Psychosomatik, sowie Bürgermeister Josef Lamperstorfer.

gemeinsam ein Nachschlagewerk für Helfende und Fachkräfte, die sich im Bereich Asyl und Migration engagieren.

Dabei stellt die Mappe die Informationen zu Themen der Gesundheit dar, die von den Helferkreisen an die Fachstellen herangetragen wurden. Durch die Zusammenstellung haben Helfende, Fachkräfte und Interessierte die konkreten Kontakte der Fachstellen im Landkreis Passau und Wissenswertes zu den einzelnen Themenbereichen auf einen Blick. Die Informationen stehen teilweise in bis zu 20 Sprachen zur Verfügung, wodurch auch eine direkte Weitergabe von Informationen möglich ist. Vor allem Bereiche, die mit Tabus behaftet sind, können so unkompliziert thematisiert werden.

Der Landkreis Passau war gerade im Jahr 2015 stark von den Herausforderungen der Einwanderung betroffen und setzt sich daher auch weiterhin für die gesundheitliche Versorgung und Integration ein. 2015 wurde der Landkreis Passau im Rahmen der Gesundheitsregion plus Passauer Land auch Mitglied im Partnerprozess Gesundheitliche Chancengleichheit.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich das Konzept der Gesundheitsregion plus Passauer Land bewährt. (LRA Passau)



Gesundheitliche Chancengleichheit für alle im Landkreis Miltenberg

Wie kann es der Landkreis Miltenberg schaffen, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe am Leben zu ermöglichen – speziell beim Thema „Gesundheit“? Mit dieser Frage haben sich am 14. November 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem Moderator der Veranstaltung Professor Gunter Adams von der Evangelischen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in Würzburg bei einer Fachtagung der Gesundheitsregion plus beschäftigt.

Einen Nachmittag lang nahmen drei Arbeitsgruppen in der Berufsfachschule für Altenpflege in Erlenbach die Situation im Landkreis unter die Lupe, listeten Lücken auf und suchten nach Möglichkeiten, wie man die Chancengleichheit für Kinder/Jugendliche, junge Erwachsene und Familien mit kleinen Kindern sowie Erwachsene und Senioren herstellen kann. Das Thema „gesundheitliche Chancengleichheit“ sei in der Gesundheitsregion plus priorisiert worden, erklärte Landrat Jens Marco Scherf. Die Akteure dieser Tagung hätten den erforderlichen Sachverstand und die Fachkenntnisse, um das Thema erfolgreich zu behandeln. Der Landrat kündigte an, dass sich die Arbeitsgruppe „Gesundheitsförderung und Prävention“ innerhalb der Gesundheitsregion plus nach der Tagung mit der weiteren Bearbeitung befassen und die Ergebnisse der Fachtagung einfließen lassen werde. Moderiert wurden die drei angebotenen Workshops von Stefan Adams und Iris Neppel vom Kreisjugendamt und Werner Schmitt aus Mömlingen.

Für den Workshop „Kinder und Jugendliche im Schulalter“ stellte Stefan Adams fest, dass es eigentlich genügend Angebote gebe. Es gelte aber, die Eltern für die Inanspruchnahme der Angebote zu motivieren. Gesünderes Essen in Mensen und Kantinen, mehr Sportangebote in den Ganztags- und Grundschulen, mehr Zeit für Ehrenamtliche – dies seien nur einige wünschenswerte Verbesserungen. Die Gruppe forderte die Eltern auf, sich gegen bequeme Lösungen zu stellen: Selbst kochen anstatt Fertigmahlzeiten aufzuwärmen, dem Kind ein Pausenbrot mitgeben statt Geld für den Einkauf im Schulkiosk. Es sei nötig, die Eltern frühzeitig und permanent in dieser Hinsicht zu informieren, formulierte Adams. Es sei gar nicht abwegig, die Kinder in den Schulen so zu bilden, dass diese ihre



In mehreren Workshops entwickelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung „Gesundheitliche Chancengleichheit im Landkreis Miltenberg“ – hier mit Stefan Adams – zahlreiche Lösungsansätze.

Eltern fordern und „erziehen“. Die Krankenkassen sollten stärker in die Schulen mit Präventionsangeboten gehen. Auch müsse man eine Lösung finden, um den massiven Anstieg von psychisch auffälligen Kindern zu bremsen.

Stephan Schreitz von der AWO-Beratungsstelle in Miltenberg zeigte sich für die Gruppe „Junge Erwachsene und Familien mit kleinen Kindern“ erstaunt über die vielfältigen Angebote im Landkreis, was etwa Sport, Ernährung und Beratung betrifft. Seine Gruppe regte an, Angebote nicht zeitlich zu begrenzen (Förderprojekte) und dauerhaft ausreichend Geld bereit zu stellen. Denn, so Schreitz: „Prävention ist besser als Nachsorge.“ Zudem gebe es Doppelstrukturen, da manche Anbieter von anderen Angeboten nicht wüssten. Die Kommunikation unter den Trägern gelte es deshalb zu verbessern, sagte er weiter. Die Barrierefreiheit müsse auch die häufig verwendete Fachsprache betreffen, fand er und forderte dazu auf, eine leicht verständliche Sprache zu nutzen. Angeraten sei es auch, für Ärzte Sprachvermittler bereitzustellen. Alle Anbieter müssten sich darüber hinaus auch als Lotsen verstehen und in der Lage sein, dem Ratsuchenden zu sagen, wo er welche Angebote finden kann.

Christina Jung (Fachstelle Altenhilfeplanung und Seniorenarbeit im Landratsamt), deren Gruppe sich mit der Chancengleichheit für Ältere befasst hatte, listete eine Vielzahl bestehender Angebote auf. Jeder Bürger und jede Bürgerin müsse wissen, welche Ansprüche er oder sie hat und wie man diese auch umsetzen kann, sagte sie. Große Bedeutung komme der Vernetzung der verschiedenen Anbieter zu. Als einen Lösungsansatz zur Erlangung der Chancengleichheit nannte Jung die Beseitigung von Sprachbarrieren von älteren Migrantinnen und Migranten. Dazu gehört unter anderem die Erstellung von Broschüren in diversen Lan-

dessprachen, ebenso eine kultursensible Altenhilfe. Nach wie vor von großer Bedeutung sei die haus- und fachärztliche Versorgung, aber auch die Heilmittelversorgung. Dazu seien wohnortnahe Angebote notwendig, sagte Jung. Auch wäre es sinnvoll, Bauherren eine verpflichtende Beratung in Sachen Barrierefreiheit im Haus aufzuerlegen.

Am Ende eines informativen und arbeitsreichen Nachmittags dankte Landrat Jens Marco Scherf allen Mitwirkenden. „Sie haben viel Struktur in das Thema gebracht“, lobte er und prognostizierte „Arbeit für mehrere Sitzungen.“ Mit den Ergebnissen sei die Grundlage für einen intensiven Prozess gelegt, sagte Scherf. Wer sich einbringen möchte, könne sich an Lena Ullrich und Uwe Eisner (Gesundheitsregion plus) wenden. Scherf unterzeichnete danach mit Iris Grimm (Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit am Bayerischen Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung) eine Partnerschaftsvereinbarung. Darin ist festgelegt, dass Gesundheitsregion plus und Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit aktiv zusammenarbeiten. Die Gesundheitsregion erklärt sich unter anderem bereit, integrierte Strategien zur Gesundheitsförderung bei sozial benachteiligten Gruppen zu entwickeln und auszubauen. Die Erfahrungen sollen über die Internetseite www.inforo.online ausgetauscht werden. Der Kooperationsverbund seinerseits bietet der Gesundheitsregion seine bundesweite Netzstruktur als fachlichen Rahmen und stellt ein innovatives, bedarfsgerechtes Onlineangebot bereit. (LRA Miltenberg)



Landrat Jens Marco Scherf und Iris Grimm unterzeichneten eine Partnerschaftsvereinbarung, die die Kooperation zwischen Gesundheitsregion plus und Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit besiegelt.

App „Integreat“ für Migrantinnen und Migranten im Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen

Für Menschen mit Migrationshintergrund und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Bereich Migration und Integration hat der Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen die mehrsprachige App „Integreat“ eingeführt. Sie enthält landkreisbezogene Informationen rund um Sprache, Arbeitssuche, Asylberatung & Co.

Rund 8.800 ausländische Bürgerinnen und Bürger leben derzeit in Altmühlfranken. Viele davon sind bereits in die Gemeinschaft und den Arbeitsmarkt integriert, auch die deutsche Sprache stellt kein Problem mehr dar. Doch bis es soweit ist, ist es ein langer Weg,

denn die neu ankommenden Migrantinnen und Migranten stehen vor vielen Schwierigkeiten und Aufgaben.

Bei der Bewältigung der Herausforderungen soll künftig die App „Integreat“ unterstützen. Landrat Gerhard Wägemann, Bildungskordinatorin Judith Koch und Martin Schwarzott von der Tür an Tür Digital Factory gGmbH stellten die Integreat-App für den Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen vor. „Die App soll allen Migrantinnen und Migranten in Altmühlfranken einen einfachen Zugang zu passgenauen Informatio-

nen bieten. Damit leisten wir einen wichtigen Baustein zu einer nachhaltigen Integration“, so Landrat Gerhard Wägemann bei der Vorstellung. „Auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowie Behörden können die Inhalte in der Flüchtlings- und Integrationsberatung einsetzen“, so der Landrat weiter.

Neben hilfreichen Informationen zu Themen wie Sprachkurse, Beratungsangebote, Ausbildungssuche oder Wissen zum Leben in Deutschland, werden in der App auch wichtige Anlaufstellen und Ansprechpartner in der Region genannt.

Sie gliedert sich in folgende zehn Bereiche:

1. Willkommen im Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen
2. Sprache und Bildung
3. Ausbildung und Arbeit
4. Wohnen
5. Beratung
6. Gesundheit
7. Mobilität
8. Kinder, Jugendliche und Familie
9. Alltag
10. Mitmachen

Die Texte sind in den Sprachen Deutsch, Englisch und Arabisch verfügbar und können auch offline abgerufen werden. Lediglich beim ersten Download der App aus dem App-Store und zum Aktualisieren ist eine bestehende Internetverbindung notwendig.



Martin Schwarzott von der „Tür an Tür – Digital Factory gGmbH (1. v. l.), Landrat Gerhard Wägemann (2. v. l.), Judith Koch als Bildungs Koordinatorin für Neuzugewanderte (2. v. r.) sowie Sebastian Münch, Leiter des Sachgebiets „Soziales und Senioren“ (1. v. r.), schalteten im Landratsamt die mehrsprachige App „Integreat“ zum kostenlosen Download frei.

Die App gibt es bereits in 45 weiteren Kommunen in Deutschland. Der Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen ist damit die 46. Kommune, die die App einführt. Die Inhalte werden von Personen im Landkreis und nicht von externen Dienstleistern eingepflegt. Dadurch sind Lokalität, Genauigkeit und Aktualität gewährleistet. (LRA Weissenburg-Gunzenhausen)

Die Einführung der elektronischen Akte im Landratsamt Mühldorf am Inn

Von Olga Sidorov, Stabsstelle E-Government beim Landratsamt Mühldorf a. Inn.

Das Bayerische E-Government-Gesetz verpflichtet staatliche Behörden seit dem 01.07.2017 zur elektronischen Aktenführung. Kommunale Behörden können Akten führen, müssen dies allerdings bis auf weiteres nicht. Weil das BayEGovG die Digitalisierung in der Verwaltung fördert und die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung weiter erleichtert, hat sich das Landratsamt Mühldorf a. Inn schon früh als Vorreiter im Bereich E-Akte unter den bayerischen Landkreisen etabliert und sich 2006 für den Einsatz eines Dokumenten-Managements-Sys-

tems (DMS) und somit für die Nutzung der Vorteile der elektronischen Aktenführung entschieden. Seit 2007 wird das System sukzessive erfolgreich über die verschiedenen Geschäftsbereiche, Fachbereiche und Stabsstellen hinweg eingeführt.

Elektronische Akten sind eine standardisierte Lösung zur professionellen, digitalen Aktenführung – sie basieren auf bewährten Dokumentenmanagementlösungen. Das Prinzip hinter der E-Akte ist einfach: Sämtliche Dokumente, die die Verwaltung erreichen oder die von dieser erzeugt werden, werden entweder direkt oder nach dem Einscannen in digitaler Form zentral im elektronischen Archiv abgelegt.



Elektronische Akten können von jedem Berechtigten an jedem Ort recherchiert werden. So ist die gewünschte Akte inklusive aller dazu gehörenden Dokumente unmittelbar auf dem Bildschirm des Sachbearbeiters verfügbar. Schon vor dem Öffnen der Akte hat er die wichtigsten Eckdaten – wie auf einem virtuellen Aktendeckel – übersichtlich im Blick.

Die zahlreichen Vorteile dieser Art von Aktenführung liegen auf der Hand: Dem Bürger kann eine bessere und gehaltvollere Auskunft gegeben werden. Informationen werden nahtlos im Fachverfahren integriert. Schnelle Recherchen sind möglich. Eine automatische Ablage von Akten erfolgt im Digitalen, Bearbeitungsschritte lassen sich nachverfolgen, wichtige Eckdaten einer Akte sind auf Anhieb sichtbar und es kann standortübergreifend und medienbruchfrei gearbeitet werden.

Konsequente und transparente Projektorganisation

Der Einsatz eines solchen DMS-Systems wirkt sich innerhalb der Behörde auf verschiedene Verantwortungsbereiche und Organisationseinheiten aus. Deshalb wurde mit verschiedenen beteiligten Akteuren schnell entschieden, das Projekt von einer neu geschaffenen Stabsstelle „E-Government“ umsetzen zu lassen. Es folgte eine frühe und regelmäßige Beteiligung des IT-Bereiches (technische Administration) und der Verantwortlichen der betroffenen Fachverfahren. In den einzelnen Fachbereichen wurden Ansprechpartner und Multiplikatoren (DMS-Beauftragte) benannt. In regelmäßigen Treffen und Newslettern werden bis heute die DMS-Beauftragten über die aktuellen Entwicklungen im Bereich E-Government informiert.

Auch die Personalvertretung wurde bereits im Jahr 2008 erfolgreich in das Projekt eingebunden. Zwischen dem Landratsamt und dem Personalrat des Landratsamtes besteht eine Dienstvereinbarung zur Einführung bzw. zum Einsatz eines Dokumenten-Management-Systems.

Projektziele

Mit der Einführung des neuen Systems werden verschiedene Projektziele konsequent verfolgt und regelmäßig evaluiert:

- effiziente Vorgangsbearbeitung mit Hilfe einer vollständig elektronisch geführten Akte
- einfacher und aktuell recherchierbarer Bearbeitungsstand
- Reduzierung von Medienbrüchen durch Bearbeitung in einem DMS oder durch Schaffung von automatisierten Schnittstellen
- Optimierung / Anpassung der Prozessabläufe für das digitale Arbeiten (Workflows)

Im gesamten Landratsamt soll die Einführung des DMS zum 31.12.2018 abgeschlossen sein.

Schrittweise Einführung im Landratsamt

Das Projekt „Einführung des DMS“ sieht eine schrittweise Einbindung der einzelnen Bereiche des Landratsamtes vor. So wurde im Jahr 2006 das Gesundheitsamt zum Piloten ausgewählt. Über eine Schnittstelle zwischen dem eingesetzten DMS und der Fachanwendung des Gesundheitsamtes wurde die Vorgangsbearbeitung abgebildet.

Als weitere Bereiche kamen noch im selben Jahr die KFZ-Zulassungsstelle und das Finanzwesen dazu. Sukzessive werden – nach Aufnahme der konkreten fachlichen, organisatorischen und technischen Anforderungen – weitere Einheiten angeschlossen. Diese Vorgehensweise erlaubt eine Orientierung an den vorhandenen Ressourcen und eine Nutzung der Erfahrungen aus den bereits umgesetzten Bereichen.

Aktueller Stand

Heute ist das gesamte Haus an das DMS für den Bereich Allgemeine Schriftgutverwaltung angeschlossen. Zudem wurden in den letzten Jahren mehrere Schnittstellen zu Fachverfahren – zuletzt für die Bereiche Ausländerwesen und Soziales – eingerichtet.

Da die Umstellung auf das Arbeiten mit der elektronischen Akte den gesamten Prozess der Aktenbearbeitung erfassen soll, wurden neben der Einführung eines DMS weitere Digitalisierungsmaßnahmen angesteuert. So befindet sich aktuell die zentrale Scanstelle in der Einrichtungsphase. Ziel ist es, die eingehende Papierpost zentral einzuscannen und über einen Posteingangsworkflow elektronisch an die Fachbereiche weiterzuleiten. Zudem erfolgt aktuell die Vercannung der Bestandsakten vieler Fachbereiche durch externe Dienstleister, um den Mitarbeitern vollständige E-Akten zur Verfügung zu stellen und die Arbeit mit Hybridakten möglichst gering zu halten.

Erfahrungsaustausch

Es hat sich gezeigt, dass Absprachen mit anderen Behörden wesentlich zum Erfolg des Projektes beitragen. So finden regelmäßige Treffen, aber auch bilaterale Gespräche zu verschiedenen Aspekten des Projektes mit Digitalisierungsbeauftragten anderer Behörden statt.

Gern steht das Landratsamt Mühldorf auch Ihnen für Informationen oder einen Erfahrungsaustausch zur Verfügung. Unser Kontakt für Rückfragen unter der Mailadresse: dms@lra-mue.de.

Der Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm rüstet sich für die digitale Zukunft

Die Europäische Kommission erstellt einmal jährlich einen Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Dem kann entnommen werden, wie weit die EU-Mitgliedsländer bei der Digitalisierung schon vorangeschritten sind. Bewertet werden die Schwerpunktbereiche Konnektivität, Humankapital, Internetnutzung, Integration der Digitaltechnik und Digitale öffentliche Dienste.

An der Spitze stehen Länder wie Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande, ganz am Ende finden sich Italien, Bulgarien, Griechenland und Rumänien wieder. Deutschland belegt gegenüber 2017 unverändert den 14. Platz und schneidet damit eher mittelmäßig ab. Den Ergebnissen des Berichts zufolge stellt nach wie vor die Kluft zwischen Stadt und Land hinsichtlich der Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen ein Problem dar. Auch der Anteil der Glasfaseranschlüsse sei im ganzen Land sehr niedrig. Als relativ gut werden hingegen die digitalen Kompetenzen bewertet. Auffällig sei, dass die Deutschen im Online-Einkauf besonders aktiv sind und der Internethandel von deutschen Unternehmen gut genutzt werde.

Ein sehr schlechtes Ergebnis wird Deutschland beim Bereich „Digitale öffentliche Dienste“ attestiert (21. Rang). Hier gebe es größten Nachholbedarf bei der Online-Interaktion zwischen Behörde und Bürger. Nur 19 % der deutschen Bevölkerung würden demnach elektronische Behördendienste nutzen.



Auch der Landkreis Pfaffenhofen ist sich dieser Problematik bewusst und will sich verstärkt den Herausforderungen der Digitalisierung stellen. Zu diesem Zweck wurden für den Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm fünf Säulen für die Digitalisierung erarbeitet, die man konkret bearbeiten will, bzw. die bereits geleisteten Bemühungen vertiefen will. Es handelt sich dabei um folgende Bausteine:

Ausbau von Breitband, WLAN und Mobilfunk

Der Ausbau von Breitband, WLAN und Mobilfunk ist die Grundvoraussetzung für die Digitalisierung. Alle Landkreiskommunen haben in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen und die Versorgung erheblich verbessert. Der Ausbau erfolgt bzw. erfolgte gemäß den Fördervorschriften technologieneutral, d.h. es existiert kein flächendeckender Glasfaserausbau. Die Federführung für den Breitbandausbau liegt bei den Kommunen. Diese werden vom Kommunalunternehmen Strukturentwicklung (KUS) und vom Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ADBV) unterstützt. In Zahlen stellt sich der Ausbaustand wie folgt dar:

Im Landkreis gibt es 43.487 sogenannte Hauskoordinaten. Nach Abschluss aller laufenden Ausbauprozesse werden 42.582 dieser Gebäude mit einer Bandbreite von mehr als 30 MBit/s versorgt sein. Das entspricht einem Versorgungsgrad von etwa 98 Prozent im Landkreis. Die Zahl von 30 MBit/s ist ein Schwellenwert aus der Förderrichtlinie und als Mindeststandard zu verstehen. Mit dem Ausbau wurde jedoch im Regelfall eine Infrastruktur geschaffen, die bereits jetzt oder zukünftig auch wesentlich höhere Bandbreiten ermöglicht.

Über BayernWLAN steht im Landkreis bereits in zehn Gemeinden öffentliches WLAN kostenfrei zur Verfügung. Der Ausbau in Schulen und öffentlichen Verkehrsmitteln ist in Planung.

Die Verbesserung des Mobilfunks in Bayern und im Landkreis wird in den kommenden Jahren vermehrt ein Thema sein. 71 Prozent der Unternehmen in Bayern sind heute auf mobile Technik und schnelle, mobile Datenverbindungen angewiesen, mit zuneh-



mender Erwartung. Fast jedes zweite Unternehmen sieht seine Mitarbeiter negativ beeinflusst durch unzureichende Netzabdeckung oder zu geringe Geschwindigkeiten mobiler Datenverbindungen.

Digitalisierung der Bildung

Die Digitalisierung der Bildung erfolgt durch die Einführung von Glasfaseranschlüssen und WLAN an Schulen im Ganzen und wird durch Komponenten wie dem digitalen Klassenzimmer (Ausstattung der

Klassenräume mit digitalen Endgeräten bzw. der Vermittlung digitaler Bildungsinhalte über Bildungsclouds und -server) mit Leben befüllt. Eine Bewerbung für die Einrichtung einer digitalen Bildungsregion ist in Vorbereitung.

Digitale Verwaltung und E-Government

Die Säule digitale Verwaltung und E-Government wird im Rahmen der Digitalisierung des Landratsamtes bearbeitet.

Ausbau Breitband, WLAN, Mobilfunk	Digitale Verwaltung und E-Government	Digitalisierung der Bildung ⇒ Glasfaseranschluss und WLAN an Schulen ⇒ Digitales Klassenzimmer ⇒ Betreuung von IT-System ⇒ Digitale Bildungsregion	Digitalisierung in der Wirtschaft	Digitalisierung im Gesundheitswesen
Gemeinden KUS ADBV	Abteilung 1 Sachgebiet EDV	Abteilung 1 Sachgebiet 11 Sachgebiet EDV Bildungsbüro Schulen	KUS	Ilmtalklinik

Der Breitbandausbau wurde in allen Landkreisgemeinden in den letzten Jahren vorangetrieben.

Das Landratsamt nutzt die digitalen Chancen

Digitale Wirtschaft

Bei der Digitalisierung in der Wirtschaft liegt der Fokus der Landkreis-Wirtschaftsförderung darauf, die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu sensibilisieren. Die Bedeutung und Chancen der digitalen Revolution sollen aufgezeigt werden. Dazu werden auch Best-Practice-Beispiele aus dem Mittelstand präsentiert sowie auf Förderprogramme und Ansprechpartner aufmerksam gemacht.

Digitales Gesundheitswesen

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen wird unter dem Synonym E-Health behandelt. Dieses beschreibt verschiedene digitale Gesundheitsdienstleistungen, die eine bessere, wohnortnahe Versorgung der Bevölke-

rung ermöglichen. Im Krankenhausbereich stehen die funktionierende Informationstechnik bei Diagnostik und Therapie an erster Stelle sowie die Fokussierung auf digitale Dienstleistungen wie der digitale Arztbrief und die Online-Terminvergabe. Eine Ergänzung durch telemedizinische Anwendungen wie Telediagnose und telekonsiliarische Befundbeurteilung von z.B. Röntgenaufnahmen und Online-Videosprechstunden („Virtuelle Visite“) runden das Thema ab. Der flächendeckende Aufbau einer Telematikinfrastruktur soll die Akteure des deutschen Gesundheitswesens miteinander vernetzen und einen sicheren Austausch von Informationen gewährleisten.

Auch die Verwaltung des Landratsamtes steht mitten im digitalen Wandel. Neben der Begleitung der gesellschaftlichen Themen Bildung, Gesundheit, Wirtschaft und Industrie gilt es die Behörde „Landratsamt“ als öffentliche Verwaltung sowohl nach innen als auch nach außen auf die veränderten Gegebenheiten einer digi-

talen Welt anzupassen und „digital umzubauen“. Unter dem Stichwort „digitale Transformation“ werden dabei bisher analoge Verwaltungsabläufe sukzessive auf digitale Verwaltungsprozesse umgestellt.

Die gesetzlichen Regelungen u.a. des E-Government-Gesetzes geben dabei einen wichtigen Orientierungsrahmen vor. Zudem spielen Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz, VirtualReality, Blockchain und Chatbots eine immer größere und ernstzunehmende Rolle.

Bereits umgesetzt oder kurzfristig geplant

Eine Reihe von Maßnahmen des digitalen E-Governments wurden in den vergangenen Jahren im Landratsamt Pfaffenhofen bereits umgesetzt bzw. sind kurz- bzw. mittelfristig geplant. So soll z.B. die **Elektronische Akte** eingeführt werden. Die elektronische **Zulassungs- bzw. Führerscheinekte** ist bereits vollständig umgesetzt, die Ausdehnung auf weitere Bereiche so im **kreiseigenen Tiefbau** ist noch für 2018 vorgesehen.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Bereitstellung der elektronischen Antragsverfahren und Verwaltungsdienstleistungen für den **Bürgerservice** (Online-dienste). Auch hier stehen mit der **Online-Beantragung von BAFöG** und den internetbasierten Diensten des **KFZ-Zulassungswesens** (Um- und Abmeldung, Wunschkennzeichen) erste durchgehend digitalisierte Verwaltungsdienste bereit. Mit der Teilnahme am Pilotprojekt der „**digitalen Baugenehmigung**“ sollen auch umfangreiche und komplexe Verwaltungsverfahren mit einer Vielzahl von beteiligten Stellen gelöst werden.

Landrat Martin Wolf: „Neben aller Chancen und Möglichkeiten dürfen bei allem Fortschrittsstreben aber auch die Risiken und Gefahren nicht vernachlässigt werden. Die Sicherheit der Informationen und Daten steht deshalb immer als eine sehr entscheidende Komponente beim Gelingen von Digitalisierung im Mittelpunkt. Ebenso sind immer Alternativen auch für die Personen vorzusehen, die an der Digitalisierung nicht teilnehmen können.“

Um weitere Schritte in Richtung „Digitale Verwaltung“ anzugehen hat der Kreistag im September 2018 einen Grundsatzbeschluss in Form eines 7-Punkte-Programms gefasst:



1. Der Landkreis Pfaffenhofen stellt sich der Aufgabe, die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen.
2. Die Verwaltungsprozesse im Landratsamt werden möglichst umfassend auf digitale Verfahren umgestellt.
3. Als Pilotanwendung soll vorrangig an der Verwirklichung digitaler Baugenehmigungen gearbeitet werden, da das Genehmigungsverfahren die gesellschaftlichen Ebenen vielfältig erfasst. Insbesondere gelten als Beteiligte in diesem Verfahren Bürger, Gemeinden, Landratsamt, Planer, Unternehmen, Fach- sowie übergeordnete Behörden.
4. Mit der Umsetzung der Digitalisierung wird das Sachgebiet EDV des Landratsamts beauftragt. Dieses erhält künftig die Bezeichnung „EDV und Digitalisierung“. Dazu wird ein Digitalisierungsbeauftragter mit einer Vollzeitstelle in Entgeltgruppe 11 in den Stellenplan 2019 aufgenommen.
5. Es wird ein ständiger Abgleich der Entwicklungen auf dem Gebiet der Digitalisierung in der Region 10 angestrebt, mit dem Ziel, bei jedem Verfahren den am weitesten entwickelten Stand zu finden und partnerschaftlich möglichst in der gesamten Region umzusetzen.
6. Bei jedem digitalisierten Verfahren ist eine Alternative zu formulieren, die Personen und Institutionen ohne digitales Vorwissen oder ohne technische Ausstattung die Abwicklung des Verfahrens auf Wunsch teilweise digitalisiert oder wie bisher in analoger Form ermöglicht.
7. Dem Kreistag ist mindestens einmal jährlich über Arbeitsergebnisse und Fortschritte bei der Digitalisierung zu berichten. (*LRA Pfaffenhofen a.d.Ilm*)



Möglichkeiten der internen Führungskräftequalifizierung: Masterstudiengang Public Management – Rückblick einer Absolventin

Im Masterstudiengang Public Management der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern (HföD) und der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) wurde Carmen Lechner 2018 als Jahrgangsbeste gekürt. Die Diplom-Verwaltungswirtin (FH) hat berufsbegleitend studiert und darf nun den akademischen Titel Master of Arts (M.A.) führen.

In dem folgenden Interview blickt sie auf die anstrengende Studienzeit zurück und erntet jetzt die ersten Früchte. Das Landratsamt Donau-Ries hat sie als Führungskraft eingestellt. Das breite Spektrum betriebswirtschaftlicher Inhalte und Managementkompetenzen kann sie jetzt gut gebrauchen.

Frau Lechner, wir gratulieren Ihnen nochmal ganz herzlich zu Ihrer Auszeichnung als „Beste Absolventin des Masterstudiengangs Public Management“! Wie war denn Ihr beruflicher Weg bis zu diesem großartigen Erfolg?

2005 erhielt ich mein Diplom an der damaligen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Hof. Seitdem habe ich beruflich verschiedene Stationen durchlaufen. Immer wieder kamen mir dabei Gedanken wie „Das kann nicht alles gewesen sein.“ oder „Ich will mitgestalten, nicht nur geleitet werden!“. Nach einem internen Wechsel meiner Stelle führte ich 2015 ein Gespräch mit meinem Vorgesetzten über meinen weiteren Werdegang. Dabei signalisierte er mir seine Unterstützung, sofern ich den „Master Public Management“ in Angriff nehmen wolle.

In welcher Form hat Sie denn Ihr Vorgesetzter unterstützt? Gab es auch einen Beitrag zur Finanzierung der Studiengebühren?

Mein Vorgesetzter setzte sich dafür ein, dass mein damaliger Dienstherr sich mit 50 v.H. an den Studiengebühren beteiligt und er gab mir die Möglichkeit, meinen Urlaub und Überstunden entsprechend dem Vorlesungsplan zu nehmen. So startete für mich das Unternehmen „Master“ im Sommersemester 2016.

Sie haben ja neben Ihrer Tätigkeit in der Kämmerei an den Wochenenden die Studienmodule in Hof und Deggendorf besucht und in jedem Semester mehrere Studienarbeiten oder Klausuren geschrieben. Wie schafft man das?

Wer denkt, ein berufsbegleitendes Studium sei ein Spaziergang, der täuscht sich gewaltig. Für die Dauer des Studiums musste ich meine Freizeitaktivitäten auf ein Minimum einschränken. Zudem war es immens wichtig, dass mir meine Familie den Rücken frei gehalten hat und auch seitens meines Dienstherrn Rücksicht genommen wurde. Hätte einer dieser beiden Faktoren eine Störsequenz gesendet, so hätte dies meine Konzentrationsfähigkeit auf das Studium massiv beeinträchtigt. Nicht zuletzt forderte das Studium von mir selbst eine hohe Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit und eine ständige Fokussierung auf die Abgabetermine der einzubringenden Leistungsnachweise. Ich habe dabei definitiv die Grenzen meiner Leistungsfähigkeit kennengelernt.

Der Masterstudiengang Public Management hat ja den Anspruch, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Erststudium und Berufserfahrung fachlich weiter zu qualifizieren und für Führungsaufgaben zu qualifizieren. Sehen Sie dieses Ziel bei sich erreicht?

Nun, gut ein halbes Jahr nachdem wir unsere Masterurkunden überreicht bekommen haben, wird mir immer wieder bewusst, wie stark ich doch von den Inhalten des Masters profitiere. Der Masterstudiengang hat meinen Blickwinkel verändert. War ich vor dem Master noch eher dem geführten Mitarbeiterkreis zuzuordnen, stelle ich jetzt fest, dass ich jetzt selbst bewusst führe. Ich vereine nun ein erstes Studium mit mehr als zehn Jahren Praxiserfahrung, welche jetzt nochmals mit einem Masterstudium vertieft und erweitert wurde. Ich handle nun bewusster, plane vorausschauender und sehe und hinterfrage die Hintergründe.

Im Gegensatz zu einer Fortbildung mussten Sie ja beim Hochschulstudium jedes Modul mit einer praxisorientierten Studienarbeit oder Klausur abschließen. Hat sich der Aufwand gelohnt?

Der Schritt aus dem Berufsleben heraus nochmals an die Hochschule war für mich – rückblickend – der einzig richtige, um in dieser großen Breite neuen „Input“ zu bekommen und meinen Wissensdurst zu stillen. Die Fülle an verschiedenen Themengebieten und die Intensivität welche die Auseinandersetzung in den Studienarbeiten geboten haben, wäre im „normalen Job“ auch mit Fortbildungen bei weitem nicht möglich gewesen.

Gab es Module oder Studieninhalte, die für Sie besonders erkenntnisreich waren?

Das Studium greift Inhalte auf, die aktuell die Verwaltung bewegen oder bewegen sollten. Ich fand es sehr spannend, Hintergründe zum Projektmanagement zu erfahren. Denn nicht selten scheitern Projekte in der öffentlichen Verwaltung aus ganz banalen Gründen. Oder auch beispielsweise der IT-Bereich: Wie funktioniert das Verschlüsseln von E-Mails? Oder – brandaktuell – was tut sich im Datenschutz? Aber auch die Fächer „Kommunikation“ und „Interkulturelle Kommunikation“ verdeutlichten Fallstricke, die mir vorher so nicht bewusst waren. Dies sind nur einige Beispiele.

Was wollten Sie mit Ihrem erfolgreichen Master-Abschluss erreichen?

Für meinen persönlichen Werdegang war es wichtig, dass mich der Master „weiterbringt“. Hierbei hatte ich anfangs nicht nur die Studieninhalte im Blick, sondern insbesondere die Einstiegsmöglichkeit in die 4. Qualifizierungsebene. Von daher war es für meine Entscheidung für diesen Studiengang von großer Bedeutung, dass der Studiengang entsprechend akkreditiert ist. Ich habe mich im Rahmen meiner Masterarbeit auch dem Problem des Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst gewidmet.

Welche Empfehlungen würden Sie den Personalverantwortlichen geben, wenn diese beklagen, dass es in Zukunft für die öffentliche Verwaltung schwierig wird, Fachkräfte zu finden?

Es ist bereits jetzt schwierig, geeignetes Fachpersonal zu finden. Durch den Master Public Management wäre es durchaus möglich, hier auf der Ebene der Führungskräfte ein wenig entgegenzuwirken. Über den Master haben die Dienstherren die Möglichkeit, fähige und willige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Ebene der QE 3 aufzubauen und ihnen Führungsver-

antwortung zu übertragen. Für die Dienstherren hat dies den Vorteil, dass sie ihre künftigen Führungskräfte schon lange kennen und sich diese im beruflichen Alltag bewährt haben. Man kauft also nicht die sprichwörtliche „Katze im Sack“, sondern kann gezielt die eigenen Leistungsträger und Führungskräfte der Zukunft aufbauen.

Es gibt ja mittlerweile einige bayerische Landratsämter, die den Master Public Management gezielt für ihre interne Führungskräftequalifizierung nutzen. Konnten Sie von Ihrem Abschluss schon profitieren?

Mir persönlich hat der Master bereits vor dem Abschluss die Möglichkeit eröffnet, mich beruflich – entsprechend meinen Wünschen – zu verändern. Das Kriterium, welches mich von allen anderen Bewerbern unterschied, war eben dieses Masterstudium. Seit März dieses Jahres leite ich nun – mit großer Freude – einen Fachbereich an einem bayerischen Landratsamt. Auch wenn die Zeit des Masterstudiums für mich eine entbehrungsreiche war, so profitiere ich fast täglich von dessen Inhalten und bin sehr froh darüber, mich für dieses Studium entschieden zu haben.

Masterstudiengang Public Management

- Ein Angebot der Hochschule für den öffentlichen Dienst (HfoeD) in Hof in Kooperation mit der Technischen Hochschule Deggendorf (THD) seit 2010
- Die Teilnehmer qualifizieren sich für Managementaufgaben und zur Unterstützung der politischen Steuerung in Kommunen.
- Mit dem erfolgreichen Abschluss des zweijährigen berufsbegleitenden Zweitstudiums erwerben sie den akademischen Titel Master of Arts (M.A.).
- Seit 2017 studiert die sechste Staffel im Masterstudiengang Public Management und ist aktuell im vierten Semester. Im März 2018 startete der achte Jahrgang.
- Der nächste Studienstart ist im März 2019. Bewerbungen sind noch möglich.
- www.th-deg.de (Weiterbildung)
www.aiv.hfoed.de

(Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern)



Am 19. Oktober feierte Landrat **Thomas Schiebel** seinen 60. Geburtstag. Schiebel wurde erstmals 2008 zum Landrat des Landkreises Main-Spessart gewählt und hat sich seitdem über alle Maßen engagiert, um Main-Spessart zum Lernstandort Nummer Eins zu machen. Im Dienst der Öffentlichkeit steht er aber nicht erst seit 2008, sondern er hat dieser sein ganzes Leben gewidmet. Angefangen hat er schon 1979 mit einer Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst.



Auch Landrat **Hermann Hübner**, der am 22. Oktober seinen 65. Geburtstag feierte, kann auf ein beeindruckendes Leben im Dienst für die Menschen in seiner Region, aber auch darüber hinaus zurückblicken. Auch er hat das kommunale Geschäft einst als Mitarbeiter im Landratsamt gelernt. Als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag war der Bayreuther Landrat maßgeblich an der Reform des kommunalen Finanzausgleichs, einer der Haupteinnahmequellen der bayerischen Kommunen, beteiligt.



Landrat a. D. **Roland Weigert** ist seit 12. November 2018 Staatssekretär für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Bevor er Landrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen wurde, war er dort bereits über acht Jahre lang Wirtschaftsreferent. Auch in seiner neuen Funktion wird Weigert das, was in den bayerischen Landkreisen dringend gebraucht wird, sicherlich nicht vergessen und den Blick fürs Kommunale behalten.



Auch Landrat a. D. **Michael Busch** war bei der zurückliegenden Landtagswahl erfolgreich und vertritt die Interessen des ländlichen Raums jetzt im Maximilianeum. Bevor Busch 2008 zum Landrat des Landkreises Coburg gewählt wurde, hatte er sich seine Sporen unter anderem als Geschäftsführer beim Kreisjugendring Coburg verdient. Auch durch eine Ausbildung zum Krankenpfleger hat er ein besonderes Gespür für die brisanten Probleme in diesem Bereich.



Landrat **Armin Kroder** wurde im November zum Bezirkstagspräsidenten von Mittelfranken gewählt. Kroder, der seit 2008 Landrat des Landkreises Nürnberger Land ist, wird in den Gremien des Bayerischen Landkreistags für seine Gabe der scharfen und sachlichen Analyse hoch geschätzt. Gerade beim durchaus emotionalen Thema Bildung ist diese Eigenschaft des Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Bildung gefragt.



Zum Bezirkstagspräsidenten von Schwaben wurde im November Landrat **Martin Sailer** gewählt. Bevor er 2008 Landrat von Augsburg wurde, war er nicht nur Mitglied des Bayerischen Landtags gewesen, sondern hatte sich auch außerhalb der Politik in verschiedenen Unternehmen bewiesen. Dieses betriebswirtschaftliche Praxis-Know-how bringt er heute unter anderem im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag ein.



Landrat **Franz Löffler** wurde am 7. Dezember zum Präsidenten des Bayerischen Bezirkstags gewählt. Seine Erfahrung sowie die Macher- und Schafffermentalität des Chamer Landrats sind nicht nur bei den bayerischen Bezirken gefragt, sondern auch in den Gremien des Bayerischen Landkreistags sehr geschätzt. Unter anderem als Mitglied des Präsidiums und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr ist Löffler bekannt dafür, auch unkonventionelle Wege anzudenken und zu gehen.





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de